B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung

235

2. Quartal 1992

Die Sowjetunion 1917–1953

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Vorbemerkung 1

Rußlands Weg in die Moderne 1
Wurzeln der Russischen Revolution 1
Parlamentarisch-demokratische Ansätze 4

Die Revolution im Jahre 1917 6
Die Februarrevolution 6
Die „Oktoberrevolution" 7
Gründe für das Scheitern der Provisorischen Regierung 9

Bürgerkrieg und ausländische Intervention 10
Der Frieden von Brest-Litowsk 11
Gründe für den Sieg der Bolschewiki 14

Lenin an der Macht 16
Vom Kriegskommunismus zur „Neuen Ökonomischen Politik" 16
Die Festigung der Parteidiktatur 18
Die Gründung der Sowjetunion 19
Außenpolitik zwischen Weltrevolution und Staatsräson 21
Das Erbe Lenins 22

Auf- und Ausbau der Herrschaft Stalins 24
Der Aufstieg zur Macht 24
Die Kollektivierung der Landwirtschaft 25
Die Große Säuberung 30
Die Bildungs-, Familien- und Kulturpolitik 31
Sowjetpatriotismus und neue Verfassung 34

Außenpolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 35
„Sozialismus in einem Land" und Komintern-Politik 35
Von der „kollektiven Sicherheit" zum Hitler-Stalin-Pakt 35
Der „Große Vaterländische Krieg" 37
Die Sowjetisierung Ostmittel- und Südosteuropas 37
Der Spätstalinismus 38
Außenpolitik im Zeichen des „Kalten Krieges" 38
Innenpolitik 39
Die Sowjetunion am Ende der Herrschaft Stalins 40

Zeittafel 45

Glossar 46

Biographisches Namenverzeichnis 47

Literaturhinweise 47

Unterrichtsmaterialien 48

▶ verweist auf Begriffe, die im Glossar S. 46 erklärt werden.

▷ verweist auf Namen, die im Biographischen Namenverzeichnis S. 47 aufgeführt werden.

Vorbemerkung

Nach über 70 Jahren ist ein historisches Ereignis zum Gegenstand heftiger Kontroversen geworden, das die Geschichte des 20. Jahrhunderts wie kein anderes beeinflußt hat: die Eroberung der Macht in Rußland durch die Bolschewiki im Jahre 1917. Erstmals haben auch sowjetische Gelehrte und eine von den Fesseln der Diktatur befreite Öffentlichkeit die Anfänge und die Grundlagen des aus der Revolution hervorgegangenen Staatswesens und die Leistung seines Begründers Lenin offen in Frage gestellt. Die sozialen und nationalen Konflikte der Gegenwart lenken den Blick auf die erbitterten Kämpfe bei der Entstehung des neuartigen Imperiums, die eine epochale Zäsur der russischen Geschichte markieren.

Ein tiefgreifender Wandel des krisengeschüttelten, multinationalen Zarenreiches hatte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts angebahnt. Warum der Modernisierungsprozeß nicht in eine stabile konstitutionelle Monarchie oder in eine demokratische Republik, sondern in den revolutionären Bruch mündete, gehört zu den bewegenden Fragen unseres Jahrhunderts. Der Sowjetstaat lenkte die Sozial- und Wirtschaftsverfassung in neue Bahnen und beanspruchte für sich, als schwächstes Glied in der Kette der „kapitalistischen" Länder den Reigen der Weltrevolution eröffnet zu haben. Die Revolutionäre waren überzeugt – und ihre Nachfahren hielten daran fest –, die Ideen der Französischen Revolution von 1789 und die parlamentarischen Traditionen Englands gleichsam als „Vorgeschichte" hinter sich gelassen zu haben. Für sie war eine neue Zeitrechnung, eine neue Ära der Menschheitsgeschichte angebrochen.

Eine Bilanz des sowjetischen Experiments hat aber auch alle jene Kräfte, Völker, Klassen, Schichten, Parteien, Strömungen und Persönlichkeiten zu berücksichtigen, die sich innerhalb und außerhalb des untergegangenen Zarenreiches dem „Triumphzug" der Bolschewiki entgegenstellten, die vermeintlich auf dem „Kehrichthaufen der Geschichte" (Trotzki) endeten, im Sowjetstaat eingeschmolzen wurden oder aus dem Lande flohen. Ihnen wandte sich die Aufmerksamkeit in der unter Gorbatschow einsetzenden Geschichtsdiskussion zu. Auf der Suche nach politischer Orientierung drängte sich vielen das vergangene Geschehen in besonderer Aktualität auf. Nachdem die jahrzehntelang genährte Überzeugung, einem Volk von „Siegern" anzugehören, gegen Ende unseres Jahrhunderts ins Wanken geraten ist, erscheinen die Geburtswehen des Sowjetstaates, die Übergangsphase der widersprüchlichen „Neuen Ökonomischen Politik" in den zwanziger Jahren, die „Revolution von oben" unter Stalin, Verlauf und Folgen des „Großen Vaterländischen Krieges" sowie die Politik der Machtentfaltung und Machtsicherung unter den Nachfolgern des Diktators in neuem Licht. Wie zu seinem Beginn steht das inzwischen zerfallene sowjetisch-russische Imperium an einem Scheideweg, und nicht wenige Zeitgenossen haben sich auf die Suche nach „Alternativen" in der eigenen Geschichte gemacht, die lange Zeit verschwiegen oder als „bürgerlich-kapitalistisch" oder „antisowjetisch" gebrandmarkt wurden. Ihnen erscheint es nicht länger plausibel, daß die Entwicklung vor 1917 zwangsläufig zum Oktoberumsturz der Bolschewiki geführt habe.

Überall in der ehemaligen Sowjetunion werden die Denkmäler Stalins und anderer Sowjetgrößen demontiert. Es wird sehr lange dauern, bis das unheilvolle Erbe der kommunistischen Herrschaft überwunden ist.

Nikolaus Katzer

Rußlands Weg in die Moderne

Wurzeln der Russischen Revolution

Durch entschlossenen Zugriff seiner Herrscher und begünstigt durch die Schwäche seiner Nachbarn war das russische Imperium seit Peter I. (1689–1725) zur europäischen Großmacht aufgestiegen. Schließlich trat Rußland im 19. Jahrhundert zielstrebig in den Reigen der imperialistischen Mächte ein, indem es seine außereuropäischen Besitzungen im Osten und Südosten (Sibirien, Zentralasien) zu einem zusammenhängenden Kolonialreich ausbaute. In dem Willen, den Weltmachtstatus politisch und militärisch zu behaupten, blieb die gewaltige Territorialmacht trotz beträchtlicher Anstrengungen wirtschaftlich, infrastrukturell und sozial zurück. Spätestens der verlorene Krimkrieg (1853–1856) offenbarte die Notwendigkeit durchgreifender Reformen. Zar Alexander II. (1855–1881) knüpfte an die Tradition einer von oben verordneten Reform an.

Die Bauernfrage

Da Rußland ein Agrarland geblieben war, kam der Lösung der Bauernfrage zentrale Bedeutung zu. Mit einem Manifest vom 19. Februar (3. März) 1861 wurden die Gutsbauern aus der Leibeigenschaft entlassen. Die Reform beendete jenen bedrückenden Zustand, der es dem Gutsbesitzer erlaubte, von den Bauern Frondienst (russisch: barschtschina) oder einen Leibzins (obrok) einzufordern, die Bauern nach Belieben zu kaufen und zu verkaufen, zu verpfänden, ihnen willkürlich Land wegzunehmen oder sie in die Verbannung zu schicken.

Die nunmehr befreiten Bauern erhielten jedoch viel zu wenig Land, und dieses mußten sie auch noch innerhalb von 49 Jahren abzahlen. Damit war das Auskommen schon in Normaljahren kaum gesichert, Mißernten hatten katastrophale Auswirkungen.

Die Entstehung eines selbständigen, wirtschaftlich gesicherten Bauerntums wurde auch durch die Einbindung in die traditionelle bäuerliche „Dorfgemeinde" (▶ Mir; Erklärung siehe Glossar S. 46) behindert. Das Land war Gemeinbesitz aller Bauern des Dorfes und wurde periodisch neu an die Gemeinschaftsmitglieder verteilt, und zwar nach Kopfzahl ihrer männlichen Mitglieder.

Die Dorfgemeinde haftete auch nach der Bauernbefreiung kollektiv für die Steuern, Ablösegelder und sonstigen Verpflichtungen ihrer Mitglieder.

Autokratische Herrschaft

Eine Reihe liberaler Gesetze des „Befreier-Zaren" Alexander II. hatte zwar die Selbstverwaltung ländlicher und städtischer Einrichtungen (▶ Semstwo bzw. Stadtduma) auf den Gebieten Erziehung, Gesundheit, Verkehr und örtliche Wirtschaft stärken können und die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit begünstigt. Auch waren mit der Justizreform von 1864 zumindest tendenziell das Prinzip der Legalität und Elemente der Rechtsstaatlichkeit (weitgehende Abschaffung der Standesgerichtsbarkeit, Geschworenengerichte, Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren, unabhängige Anwaltskammer) eingeführt worden. Allerdings änderte dies wenig daran, daß Rußland dem Wesen nach eine ▶ Autokratie (Selbstherrschaft, unumschränkte, absolute Herrschaft) geblieben war und die Bereitschaft des Zaren zu politischen Zugeständnissen von äußeren und inneren Zwangslagen abhing.

Beginnende Industrialisierung

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft waren zwar die sozialen Verhältnisse im russischen Dorf in Fluß geraten, jedoch war weder die Landnot der Bauern behoben noch der Einfluß des Adels entscheidend begrenzt worden. Der rasch wachsende Bevölkerungsüberschuß auf dem Lande trieb Abertausende von Besitzlosen auf die Straßen und ließ sie nach Arbeit und Brot suchen. Agrarkrisen, Hungersnöte und Bauernrevolten kennzeichneten Rußlands sehr späten Eintritt ins Industriezeitalter. Finanzminister Sergej Ju. Witte steuerte in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen beschleunigten Industrialisierungskurs. Mittels Exporten landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie staatlichen und ausländischen Investitionen hoffte er, Rußland modernisieren zu können. Triebfedern des Aufschwungs sollten die Schwerindustrie und der Eisenbahnbau sein.

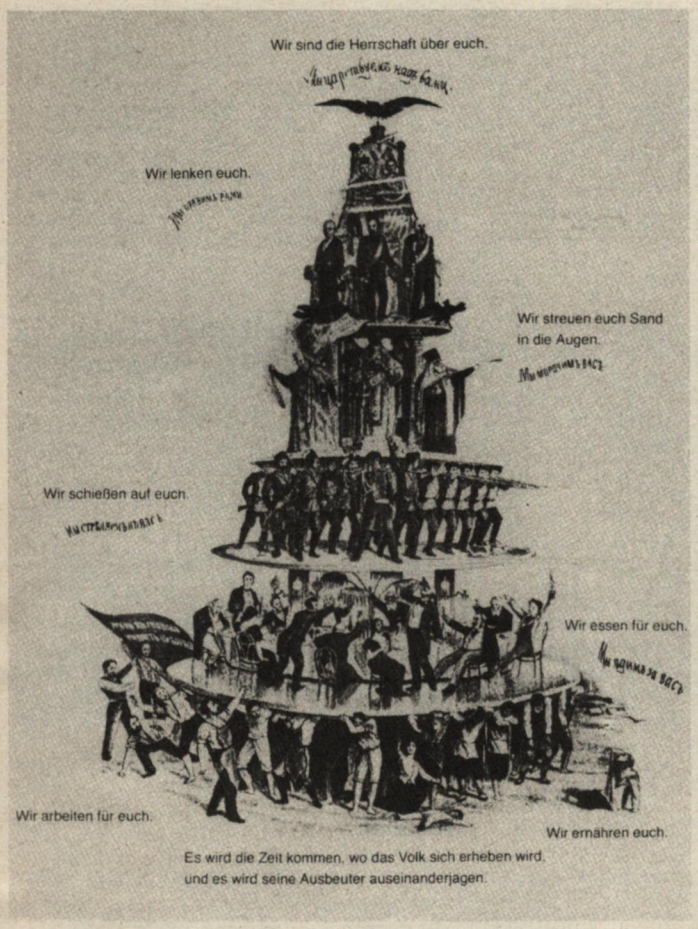
Die Industrie konzentrierte sich an wenigen kostengünstigen Standorten und war dank importierter Technologie auf modernstem Stand. Sie stand deshalb in scharfem Kontrast zum bäuerlichen Gewerbe, zumal Klein- und Mittelbetriebe als verbindendes Element fehlten. Die neugeschaffenen Industriezentren zogen arbeitsuchende Landbewohner an und ließen in kurzer Frist ein verelendetes Proletariat und damit neuen sozialen Zündstoff entstehen. Zwischen 1870 und 1913 stieg die Zahl der Industriearbeiter im europäischen Rußland von knapp 800 000 auf annähernd 2,5 Millionen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges machten sie aber lediglich einen Anteil von 1,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus. Hinzu kam, daß viele Arbeiter im Dorf verwurzelt blieben und sich erst allmählich eine eindeutig sozial abgrenzbare Arbeiterschaft herausbildete. Obwohl Rußland im Grunde ein Agrarstaat geblieben war, wirkte sich der überproportionale, dynamische Anstieg der Arbeiterschaft in den Städten und in den relativ wenigen Industriezentren zunehmend auf die Politik und das städtische Leben aus.

Nationalitätenkonflikte

Neben Streiks und Unruhen verstärkten Nationalitätenkonflikte, die in der Stunde der Schwäche des Regimes nach jahrzehntelanger Unterdrückung aufbrachen, den Eindruck, Rußland sei nur ein „Koloß auf tönernen Füßen". Rußland war kein Nationalstaat, sondern ein Vielvölkerreich, als dessen führende Nation sich die Russen verstanden. Diesen Anspruch hatte die Regierung vor 1914 mit einer rigorosen kulturellen und sprachlichen Russifizierungspolitik durchzusetzen versucht. Zunehmend regte sich jedoch Widerstand bei Völkern und Völkerschaften, die seit jeher über ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein verfügten oder es im Laufe des 19. Jahrhunderts ausbildeten – bei Polen und Finnen, Ukrainern und Weißrussen, Esten, Letten und Litauern, aber auch bei Nationen und Minderheiten Zentralasiens und Sibiriens. Nicht selten waren die nationalen mit religiösen, konfessionellen oder sozialen Gegensätzen verwoben. Gegen das Übergewicht der Orthodoxen Kirche der Großrussen, Weißrussen und Ukrainer meldeten sich etwa die Katholiken Polens und Litauens, die Protestanten des Baltikums und die Muslime Zentralasiens zu Wort. Auch die jüdische Bevölkerung trat für religiöse, bürgerliche und soziale Gleichberechtigung ein. Sie besaß aufgrund von Gesetzen aus den Jahren 1795 und 1835 Wohnrecht nur in den „Ansiedlungsrayons", einem Gebiet, das Russisch-Polen, Litauen, Weißrußland, die Ukraine und einige der westlichen Gouvernements Rußlands umfaßte. Dort lebten 1885 vier Millionen Juden.

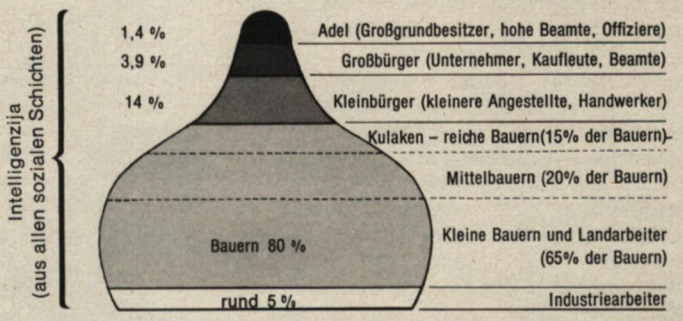
Vor der Aufhebung der Leibeigenschaft: Russische Großgrundbesitzer verspielen ihre Leibeigenen. Karikatur von Gustave Doré 1840.

Die überwiegende Mehrzahl der russischen Bauern lebte in drückenden Verhältnissen. Diese Bauern bessern ihre schmalen Einkünfte auf, indem sie nach getaner Feldarbeit Körbe flechten (Foto ca. 1910).



Die russische Gesellschaft in einer Karikatur, die um 1900 von der „Union russischer Sozialisten" als Flugblatt im Ausland veröffentlicht wurde. Die Pyramide wird getragen von den Bauern und Industriearbeitern; die Fahne trägt die Inschrift: „Wir arbeiten für Euch, wir ernähren Euch."

Soziale Schichtung in Rußland um 1913



Aus der Petition der St. Petersburger Arbeiter vom 9. (22.) Januar 1905

Herrscher! Wir, die Arbeiter der Stadt Petersburg, unsere Frauen, Kinder und hilflosen, greisen Eltern sind zu Dir, Herrscher, gekommen, um Wahrheit und Schutz zu suchen. Wir sind verelendet, wir werden unterdrückt, mit unsagbar schwerer Arbeit belastet, man höhnt uns, sieht in uns keine Menschen, man geht mit uns um wie mit Sklaven, die ihr bitteres Los tragen und schweigen müssen [...]

Hier suchen wir die letzte Rettung. Versage Deinem Volke nicht die Hilfe. Führe es aus dem Grabe der Rechtlosigkeit, der Armut und der Unwissenheit, gib ihm die Möglichkeit, selbst über sein Schicksal zu entscheiden, nimm von ihm das unerträgliche Joch der Beamten. Zerstöre die Scheidewand zwischen Dir und Deinem Volke und laß es zusammen mit Dir das Land regieren [...]

Wenn Du uns auf unser Flehen nicht antwortest, so sterben wir hier auf diesem Platz vor Deinem Palais. Wir sehen keinen Ausweg mehr, und alles ist sinnlos. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und das Glück oder das Grab.

Sigrid Kumpf-Korfes: Blutsonntag 1905 – Fanal der Revolution. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1976, S. 3.

Revolution von 1905. Am 9. Januar versuchte ein Demonstrationszug von Arbeitern, die Zarenbilder und Ikonen vor sich hertrugen, dem Zaren eine Petition zu überreichen. Vor dem Winterpalais eröffneten Soldaten das Feuer auf die Menge. Es gab Hunderte von Toten. Der Tag ging als „Blutsonntag" in die Geschichte ein.

Großmachtrolle

Trotz dieser inneren Probleme hielt die Zarenregierung auf Gedeih und Verderb daran fest, nach außen ihre Großmachtstellung zu bewahren. Sie beharrte in den Balkankrisen auf Rußlands Beschützerrolle vor allem für die orthodoxen Slawen und trieb damit das mangelhaft vorbereitete Zarenreich schließlich in den verhängnisvollen Weltkrieg. Imperialistische Ziele verbanden sich mit dem „Panslawismus", der die Einheit der Slawen unter russischer Führung proklamierte. Mit dem Eintritt in den Krieg hofften führende Politiker, endlich die türkisch beherrschten Meerengen Bosporus und Dardanellen zu erobern und damit den freien Zugang zum Mittelmeer zu gewinnen. Einige sahen in dem Krieg die seit langem erwartete „Entscheidungsschlacht" zwischen „Germanen" und „Slawen". Mit nationalistischem Enthusiasmus hoffte man zudem, die drohende soziale Revolution abwenden zu können.

Parlamentarisch-demokratische Ansätze

Revolution von 1905

Erst die Niederlage in dem im Jahre 1904 leichtfertig im Fernen Osten vom Zaun gebrochenen Krieg gegen Japan veranlaßte den letzten Zaren Nikolaus II., sich dem Verfassungsproblem zu stellen. Streiks und Aufstände hatten sich zu einer revolutionären Krise ausgeweitet. Sie erreichte ihren Höhepunkt nach dem Petersburger „Blutsonntag". Ein Demonstrationszug Petersburger Arbeiter, geführt vom Priester Gapon, war am 9. (22.) Januar 1905, Zarenbilder und Ikonen vor sich her tragend, zum Winterpalais gezogen, um dem Zaren die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Truppen schossen in die Menge, es gab Hunderte von Toten. Die Regierung verlor nun jede Kontrolle über die sich spontan ausbreitende revolutionäre Bewegung.

Bis zum Februar 1918 galt in Rußland der Julianische Kalender, der um 13 Tage hinter dem Gregorianischen zurückblieb (▶ Kalender).

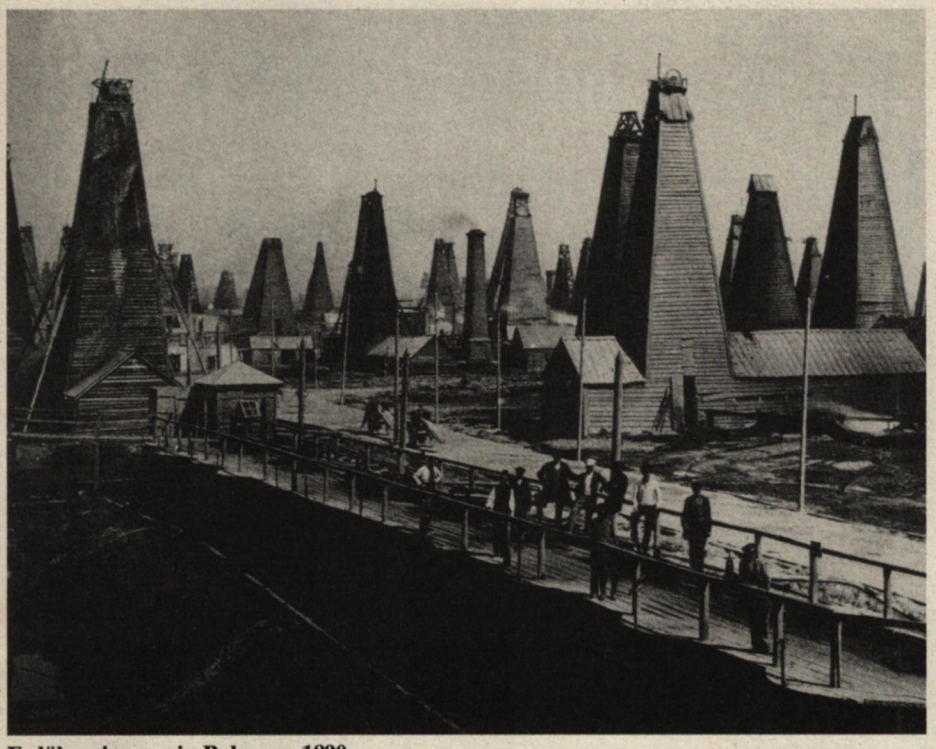
„Scheinkonstitutionalismus"

Am Hofe des Zaren brach Panik aus. In einem Manifest vom 17. (30.) Oktober 1905 stellte erstmals ein russischer Herrscher seinen Untertanen bürgerliche Freiheiten in Aussicht. Ein frei gewähltes Parlament, die Staatsduma (▶ Duma), sollte im Sinne der Gewaltenteilung mit legislativen Befugnissen ausgestattet sein. Rußland schien den Weg einer konstitutionellen Monarchie einzuschlagen. Umgehend wurden jedoch Zweifel an der Aufrichtigkeit des Manifestes und an seiner Durchsetzbarkeit in der reformfeindlichen Bürokratie laut. Das aufgewühlte Land ließ sich mit einer bloßen Absichtserklärung ohnehin nicht sofort besänftigen. Tatsächlich scheute sich der Zar nicht, die angekündigte Verfassung („Grundgesetz") im Frühjahr 1906 unmittelbar vor Zusammentritt der I. Duma selbstherrlich zu verkünden und sich ein Eingriffsrecht in die Belange des Parlaments zu sichern.

Feierlichkeiten anläßlich der Krönung von Zar Nikolaus II. 1896.

In den vier Sitzungsperioden zwischen 1906 und Februar 1917 hat die Duma niemals die Rolle einer unabhängigen Legislative spielen können. Das ursprünglich freie, allgemeine Wahlrecht war vom Zaren in ein Zensuswahlrecht verwandelt worden. Wenngleich die Duma deshalb – und wegen wiederholter Auflösung – wenig Achtung im Volk besaß, stellte sie dennoch die einzige Instanz dar, die das Land mit begrenzt demokratischen Verfahrensweisen vertraut machen konnte. Mit einiger Berechtigung haben schon Zeitgenossen von einem „Scheinkonstitutionalismus" gesprochen. Nicht von der Hand zu weisen war, daß die erneut unvollkommene Reform das widersinnige Gebilde einer konstitutionellen Autokratie hervorgebracht hatte. Deren unauflösbarer Widerspruch bestand in einer Polarisierung sowohl zwischen der Staatsmacht und den zur politischen Mit-

Während des Krieges in Petrograd. Ball beim Fürsten Schachobski. Foto aus dem Jahre 1916.

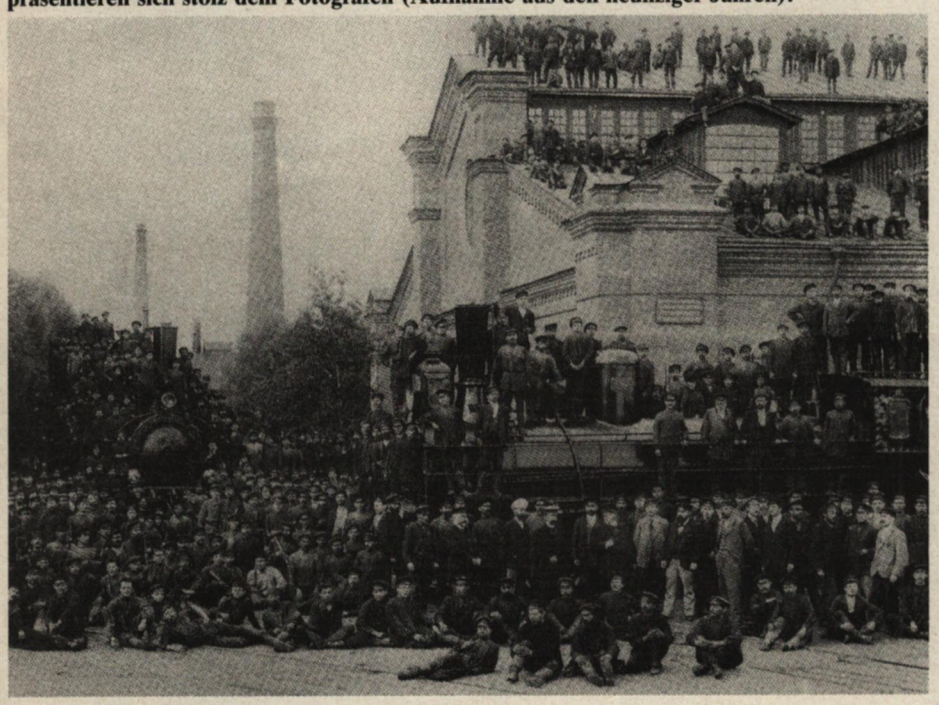


Erdölgewinnung in Baku um 1890.

bestimmung drängenden Teilen der Gesellschaft als auch zwischen diesen und den sozialen Kräften der Bauern und Arbeiter. Ungeachtet der verhinderten Parlamentarisierung und der nur vordergründigen Beschränkung der Zarenmacht befand sich Rußland in einer Phase hektischen Wandels, der nicht mehr einzudämmen war.

Die Modernisierungsversuche hatten politische Bestrebungen unterschiedlicher Herkunft und Zielsetzung freigesetzt. Aus der revolutionären Bewegung des 19. Jahrhunderts gingen radikale Parteien hervor. Die Selbstverwaltungsorgane entwickelten sich zur Vorschule eines russischen Liberalismus, und die stürmische Industrialisierung förderte Bestrebungen zu Standes- und Berufsvertretungen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen. In vielen Landesteilen traten nationale Bewegungen der Zentralmacht mit Forderungen entgegen. Die Autokratie stand vor der Frage, wie sie ihren Besitzstand wahren und gleichzeitig die neuen politischen, sozialen und nationalistischen Kräfte bändigen könnte.

Die Schlüsselindustrien für die Industrialisierung waren wie in den anderen angehenden Industrieländern die Zulieferer des Eisenbahnbaus. Die Arbeiter einer Lokomotivfabrik präsentieren sich stolz dem Fotografen (Aufnahme aus den neunziger Jahren).



Sozialistische Parteien

Der agrarische Charakter Rußlands spaltete die Anhänger sozialistischer Ideen in zwei gegensätzliche Strömungen. Die 1901 gegründete Partei der ▶ Sozialrevolutionäre (PSR) knüpfte an die Traditionen der Volkstümler (▶ Narodniki) des 19. Jahrhunderts an, die einen eigenen russischen Weg zum (Agrar-)Sozialismus verfochten und zum Teil den „individuellen Terror" als Kampfmittel billigten. Obwohl nicht unbeeinflußt vom Marxismus, hofften die Sozialrevolutionäre, Rußland werde den Weg des westlichen Kapitalismus nicht vollends gehen müssen und auch ohne bürgerlich-demokratische Revolution ins Zeitalter eines bäuerlichen Sozialismus eintreten.

Demgegenüber glaubten die russischen Marxisten, die formell seit 1898 über eine Dachorganisation, die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (RSDRP ▶ KPdSU), verfügten, das noch unbedeutende Proletariat werde entsprechend der westeuropäischen Entwicklung zur herrschenden Klasse eines industrialisierten Landes werden. In ihren Augen kam die beschleunigte Industrialisierung einem Akt aufholenden Fortschritts gleich. Zunächst aber wollten sie die „bürgerliche Revolution" abwarten. Ein eigenständiges sozialdemokratisches Agrarprogramm fehlte und erschien den Marxisten auch nicht dringlich.

Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow) hatte der Partei im Blick auf die russischen Verhältnisse in seiner Programmschrift „Was tun?" (1902) den Weg einer Kaderorganisation von Berufsrevolutionären vorgeben wollen, die als Avantgarde die Geschikke des Proletariats in der Masse der Bauern lenken sollte. Darüber zerbrach die Sozialdemokratie. Nach dem II. Parteikongreß (1903) operierten der reformerische Flügel der ▶ Menschewiki (Minderheitler) und der radikale Flügel der ▶ Bolschewiki (Mehrheitler) in zunehmendem Maße getrennt voneinander. Die Bezeichnungen – sie gehen auf das zufällige Stimmenverhältnis während einer Abstimmung auf dem Parteikongreß von 1903 zurück – sagen nichts über die tatsächlichen Anhängerzahlen aus. Aus den beiden Fraktionen wurden schließlich getrennte Parteien, die sich 1917 unversöhnlich gegenüberstanden.

Liberale

Die sozialistischen Parteien waren zunächst ausschließlich von Vertretern der ▶ Intelligenzija beherrscht. Dies galt durchweg auch für den russischen Liberalismus, der in den örtlichen und landschaftlichen Selbstverwaltungsorganen wurzelte und sich weitgehend aus der Bildungsschicht, dem Landadel und der berufsständischen Intelligenz rekrutierte. Während sich die revolutionäre Bewegung und die aus ihr hervorgegangenen sozialistischen Parteien von Beginn an gegen die bestehende Ordnung stellten und von daher rücksichtsloser vorgehen konnten, litten die Liberalen, die auf legale Mittel der gesellschaftlichen Veränderung vertrauten, unter der mangelnden Absicherung demokrati-

scher und rechtsstaatlicher Institutionen. Da sie zwischen radikalen und gemäßigten Positionen schwankten, büßten sie rasch an Glaubwürdigkeit ein. Die Zarenregierung beschleunigte die Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft, indem sie selbst wohlmeinende Kritiker als „Staatsfeinde" bezeichnete. Hinzu kam, daß im Zarenreich ein solides Bürgertum und eine machtvolle, politisch aktive Unternehmerschicht als eigenständige Kraft weitgehend fehlten. Der „dritte Stand" als soziale Basis liberaler und bürgerlicher Parteien fiel damit gleichsam für die Geschichte der russischen Revolution aus. Die erst 1905 gegründete radikal-liberale Partei der Konstitutionellen Demokraten (▶ „Kadetten", benannt nach den Anfangsbuchstaben des Parteinamens) konnte zwar bei den Wahlen zur I. Duma 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und kurzzeitig den Eindruck einer „nationalen Befreiungsbewegung" erwecken, langfristig diese starke Position aber weder nutzen noch behaupten. Dazu fehlte ihr eine funktionsfähige organisatorische Basis im Lande.

Zahlenmäßig bedeutungslos, aber politisch überaus aktiv waren zahlreiche Rechtsparteien, teils nationalistischer und antisemitischer, teils monarchistischer und antidemokratischer Ausrichtung.

Im Vergleich zu den revolutionären Kräften blieben die überzeugten Befürworter einer konstitutionellen, demokratischen Entwicklung ohne dauerhaften Rückhalt. Die Duma spiegelte wegen des Zensuswahlrechts die Mehrheitsverhältnisse und die Interessenlage im Land nicht wider. Der Parlamentarismus als Gegenbild zur autokratischen Regierungsform blieb blaß. Die Volksvertretung konnte sich nicht zu einer Schule der Demokratie entwickeln. Wenngleich ein sprunghaft wachsender Presse- und Buchmarkt die Voraussetzungen für eine breitere politische Öffentlichkeit schuf, fehlten die Erprobungsmöglichkeiten in der politischen Praxis.

Die längst fällige Agrarreform wurde 1906 durch den Ministerpräsidenten ▷ Stolypin (siehe Personenverzeichnis Seite 47) eingeleitet. Schon im Vorjahr waren die restlichen Loskaufschulden aus der Reform von 1861 erlassen worden. Das Ziel der neuen Reform war die Schaffung einer starken Schicht von Mittelbauern, auf die sich der Zar stützen konnte. Die Bauern sollten aus der Dorfgemeinde (Mir) ausscheiden und ihren Landanteil als Privateigentum nutzen können. Billige Kredite ermöglichten den Ankauf von zusätzlichem Land, zumeist aus adligem Großgrundbesitz. In den wenigen Jahren vor dem Krieg wechselten 10 Millionen Dessjatinen (1 Dessjatine = 1,09 ha) den Besitzer. Bis 1913 war ein Fünftel des Bauernlandes in privatem Eigentum, als die Privatisierung durch den Krieg ins Stocken geriet. Die Reform kam zu spät, um noch voll wirksam zu werden. Wäre sie vollendet worden, so urteilte Trotzki später, hätte „das russische Proletariat im Jahre 1917 keinesfalls an die Macht gelangen können".

Nikolaus Katzer

Die Revolution im Jahre 1917

Der Erste Weltkrieg unterbrach jäh die inneren Konsolidierungsversuche, ohne daß eindeutig entscheidbar wäre, ob sie dem Zarismus tatsächlich eine Überlebenschance eröffnet hätten. Wirtschaftlich und militärisch unzureichend gewappnet, trat Rußland mit hochgesteckten Zielen in den Krieg ein. Verheerende Niederlagen der russischen Armee (etwa in der Schlacht bei Tannenberg vom August 1914) zerstreuten rasch die anfängliche Kriegsbegeisterung. Versorgungs- und Transportprobleme verschlechterten zusehends die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Städten. Die nationale Euphorie, die allen politischen Zwist vergessen lassen sollte, schlug schon 1915 in Streiks und Demonstrationen um. Nur der Ausnahmezustand half der Zarenregierung über den kritischen Moment hinweg. Doch der weiterhin negative Kriegsverlauf steigerte die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Soldaten und begünstigte fortan die Parolen der Radikalen.

Unter dem Banner nationaler Interessen und angesichts der zugespitzten Lage fanden sich 1915 alle Dumaparteien mit Ausnahme der radikalen Rechten und Linken zu einem „Progressiven Block" zusammen und forderten eine „Regierung des gesellschaftlichen Vertrauens". Doch gelangte die Notgemeinschaft zu einer nur vagen politischen Einigung und zielte nicht auf einen Bruch mit dem autokratischen System. Ausgerechnet jetzt übernahm Zar Nikolaus II. persönlich den Oberbefehl über die Armee. Das hatte zwar keinerlei Auswirkungen auf die militärischen Operationen, hielt ihn aber von der Hauptstadt und damit den zivilen Staatsgeschäften fern. An seiner Stelle übernahm die Zarin Alexandra Fjodorowna eine Art inoffizieller Herrschaft, die sich in Intrigen gegen die Regierung erschöpfte. Unter dem verhängnisvollen Einfluß ihres Vertrauten, des undurchsichtigen Mönchs ▷ Rasputin, setzte sie Minister ab und ernannte neue.

Unterdessen wuchs im Land die Überzeugung, daß die weitere Entwicklung in revolutionären Bahnen verlaufen würde. Ebenso hatten bereits viele Revolutionäre des 19. Jahrhunderts gedacht. Die einen fürchteten Anarchie, Chaos und Gewalt; andere hingegen knüpften an die Vorstellung von einer Revolution die Erwartung eines völligen Neubeginns.

Die Februarrevolution

Der harte Kriegswinter 1916/17 verschärfte die gespannte Lage. Vor allem in der Hauptstadt Petrograd (wie Sankt Petersburg nach der Kriegserklärung des Deutschen Reiches im August 1914 hieß) nahm die Streikbewegung zu. Im Februar 1917 wurde das Brot knapp. Hamsterkäufe riefen Panik hervor. Am 23. Februar (8. März) demonstrierten Frauen und forderten Brot. Arbeiter der Putilow-Werke schlossen sich ihnen an. Es kam zu ersten bewaffneten Zusammenstößen mit Armee und Polizei. Über 200 000 Arbeiter traten in den Ausstand. Der Generalstreik vom 25. Februar (10. März) veranlaßte den Zaren, den Truppen Schießbefehl zu erteilen und die Unruhen rücksichtslos einzudämmen. Die Meuterei der Petrograder Garnison am 26./27. Februar (11./12. März) und ihr Überlaufen auf die Seite der Streikenden und Demonstranten besiegelte das Ende der Autokratie und den Sieg der Revolution.

Auf die Entwicklung bis zum Umsturz hatten die radikalen Parteien nur begrenzten Einfluß ausgeübt. Anlaß des spontanen Geschehens war die verzweifelte Lage der Bevölkerung. Noch war völlig offen, wer die Macht, die auf der Straße zu liegen schien, an sich reißen würde. Eine neue Regierung bedurfte nicht nur der Zustimmung der aufständischen Massen, sondern auch genügender Autorität, die ausufernde Gewalt und die Plünderungen zu unterbinden. Sie mußte die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern sicherstellen und über eine Beendigung des Krieges entscheiden.

Am ehesten schien die Duma zum Handeln aufgefordert. Tatsächlich widersetzte sie sich einem erneuten Auflösungsbeschluß des Zaren vom 26. Februar (11. März). Doch scheuten sich die Abgeordneten, den Ältestenrat zur Regierung oder sich selbst nach dem Vorbild der Generalstände in der Französischen Revolution zur Verfassunggebenden Versammlung aufzuwerten. Man einigte sich am 27. Februar (12. März) lediglich auf die Bildung eines Provisorischen Dumakomitees, das der Wiederherstellung der Ordnung dienen, nicht aber politische Grundsatzentscheidungen treffen sollte.

Ende der Monarchie

Abgesandte des Dumakomitees erwirkten am 2. (15.) März in Pleskau (Pskow) die Abdankung des Zaren. Der folgende Thronverzicht seines Bruders besiegelte das Ende der dreihundertjährigen Herrschaft des Hauses Romanow. Rußland war Republik geworden. Den Vertretern des Dumakomitees fiel diese Einsicht schwer. Der Kadettenführer P. N. Miljukow verschrieb sich weiterhin einer konstitutionellen Monarchie. Nach seiner Meinung war allein sie in der Lage, die verfeindeten politischen Kräfte des Reiches zu einigen und die Rettung vor der Anarchie zu gewährleisten. Dementsprechend weigerte er sich, vor Zusammentritt einer Verfassunggebenden Versammlung und vor ihrer Entscheidung über die künftige Staatsform, die Republik ausrufen zu lassen. Offiziell wurde Rußland erst am 1. (14.) September 1917 zur Republik erklärt.

Doppelherrschaft: Provisorische Regierung – Sowjets

Das Dumakomitee blieb nicht das einzige Machtzentrum mit Regierungsfunktion. Parallel zu ihm hatte der Petrograder Rat (▶ Sowjet) der Arbeiterdeputierten auf seiner ersten Sitzung am 27. Februar (12. März) als eine Art Gegenregierung ein mehrheitlich sozialistisches Provisorisches Exekutivkomitee gebildet. Alsbald stand es mit einer Vielzahl der sich im ganzen Lande nach dem Vorbild von 1905 bildenden Sowjets der Arbeiter, der Soldaten und später auch der Bauern in Verbindung und übernahm die Rolle einer zentralen Vertretung. Diesen Zustand einer faktischen „Doppelherrschaft" beendete auch die nach Verhandlungen zwischen Dumakomitee und Exekutivkomitee am 3. (16.) März eingesetzte ▶ Provisorische Regierung nicht. Sie bestand aus liberalen Mitgliedern des Progressiven Blocks und hatte wegen der Weigerung der Sowjets, eigene Kandidaten zu entsenden, nur einen sozialistischen Minister (▷ Kerenski) in ihren Reihen. Als ihre Hauptaufgabe betrachtete die Regierung die Durchsetzung der bürgerlichen Freiheiten und die Vorbereitung der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung. Menschewiki und Sozialrevolutionäre hielten sich bewußt aus dem Organ der „bürgerlichen Demokratie" heraus. Sie wollten mit den Räten dessen Erbe erst antreten, wenn die bürgerliche Revolution abgeschlossen war. So lange blieb die Machtfrage ungeklärt.

Die ▶ Februarrevolution hatte somit keinen eindeutigen Sieger hervorgebracht. Die Monarchie war an ihrer inneren Schwäche zugrundegegangen und hatte den wenig erprobten, ihrer selbst unsicheren demokratisch-parlamentarischen Kräften und den zunächst abwartenden revolutionären Parteien das Feld überlassen. In dieser ungewissen inneren Lage Rußlands hatte die rasche Anerkennung der Provisorischen Regierung als legitimer Erbin der Zarenmacht durch die wichtigsten Staaten nur begrenzte Wirkung.

Die „Oktoberrevolution"

Die Provisorische Regierung hatte sich ihre Duldung durch die Armeeführung mit einem Bekenntnis zur Bündnistreue gegenüber den Alliierten erkauft. Der Zusicherung des Außenministers Miljukow, den Krieg an der Seite der Alliierten bis zu einem siegreichen Ende fortzuführen, setzte der Petrograder Sowjet einen Aufruf an die „Völker der Welt" vom 14. (27.) März 1917 für einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" entgegen. Unter dem Druck der sozialistischen Parteien stimmte die Regie-

Die Revolution in Petrograd. Eine zarentreue Truppe vor dem Winterpalast Anfang 1917 (oben). Aufständische Armee-Einheiten marschieren im Februar 1917 durch Petrograd. Ihre Losung: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (Mitte). Bolschewiki fordern den Rücktritt der Provisorischen Regierung. Ihre Losung: „Nieder mit den kapitalistischen Ministern" (unten).

rung dieser Formel zu. Noch weiter ging der Allrussische Sowjetkongreß, der vom 29. März bis 2. April (11.–15. April) tagte. Er stellte der Regierung weitere Unterstützung nur noch für den Fall in Aussicht, daß diese sich das „Programm der revolutionären Demokratie" zu eigen machte. Damit waren ihre Tage gezählt. Anfang Mai billigte der Sowjet den Eintritt sozialistischer Minister in die Regierung. Im Juli übernahm Kerenski das Amt des Ministerpräsidenten.

Doch blieb der Gegensatz zwischen Regierung und Sowjets bestehen. Es überstieg die Möglichkeiten von Ministern, den Arbeitern, Soldaten und Bauern die Prinzipien von Recht, Ordnung und Freiheit einsichtig zu machen, während diese nach Brot, Land und Frieden verlangten.

Lenins Rückkehr aus dem Exil

Inzwischen gewannen die nicht an der Regierung beteiligten Bolschewiki immer mehr Zulauf. Lenin hatte die Partei bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Exil im April 1917 auf eine unversöhnliche Haltung gegenüber der Regierung und den gemäßigten Sozialisten eingeschworen. Damit beendete er das Schwanken der im Lande agierenden Bolschewiki. In seinen „April-Thesen" forderte er den Austritt Rußlands aus dem Krieg, die Machtübernahme durch die Sowjets unter der Parole „Alle Macht den Räten!", den Entzug jeder Unterstützung für Provisorische Regierung, Armee, Polizei und Beamtenschaft sowie die Nationalisierung von Grundbesitz und Banken.

Lenin stand mit dieser extremen Position zunächst allein. Die mißglückte russische Offensive an der Südwestfront („Kerenski-Offensive") unter General A. A. Brussilow am 18. Juni (1. Juli) 1917 löste Unruhen aus, die am 3./4. (16./17.) Juli in bewaffnete Zusammenstöße in Petrograd mündeten („Juli-Putsch"). Die Regierung machte vor allem die Bolschewiki verantwortlich, verhängte den Ausnahmezustand und ging gegen die extreme Opposition vor. Nach einem Haftbefehl mußte Lenin untertauchen.

Der Regierung Kerenski entglitt zunehmend die Unterstützung durch die Arbeiter und Soldaten. Der Ministerpräsident überschätzte seine Möglichkeiten und maßte sich diktatorische Vollmachten an. Hingegen konnten die Bolschewiki ihren Einfluß in den Sowjets von Petrograd und Moskau ausbauen. Der Petrograder Sowjet wählte am 25. September (8. Oktober) Lew Dawidowitsch ▷ Trotzki zum Vorsitzenden. Am 10. (23.) Oktober errangen die Bolschewiki im Moskauer und Petrograder Sowjet die Mehrheit, und Lenin setzte in einer Geheimsitzung des Zentralkomitees der Partei gegen die Stimmen seiner Parteigenossen ▷ Kamenjew und ▷ Sinowjew den Beschluß zum bewaffneten Aufstand durch. Ein am 12. (25.) Oktober auf Initiative der Menschewiki geschaffenes „Revolutionäres Militärkomitee", das die Verteidigung Petrograds gegen konterrevolutionäre Truppen und gegen die vorrückende deutsche Armee organisieren sollte, diente den Bolschewiki alsbald als Zentrale ihrer Umsturzplanung.

Revolutionäre Soldaten unter der Losung „Allgemeiner demokratischer Friede" im Oktober 1917 in Petrograd.

Staatsstreich der Bolschewiki

Obwohl die Provisorische Regierung am 24. Oktober (6. November) über die Stadt den Ausnahmezustand verhängte, gelang es dem Komitee, aus übergelaufenen Militäreinheiten Arbeitermilizen (Rote Garden) zu bilden und die strategisch wichtigen Punkte zu besetzen. In der folgenden Nacht vom 24. auf den 25. Oktober (6./7. November) übernahmen die Bolschewiki die Macht. Die in den Winterpalast des Zaren geflohene Regierung wurde verhaftet, nur Kerenski entkam. Die Mehrheit des Allrussischen Sowjetkongresses aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären billigte umgehend den Staatsstreich. Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre verweigerten die Zustimmung und verließen unter Protest den Kongreß. Zwar verwiesen sie mit Recht auf den Verschwörungscharakter der bolschewistischen Militäraktion und forderten Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung. Doch überließen sie mit ihrem Auszug den Bolschewiki kampflos das Feld und verschafften ihnen damit eine ungefährdete Mehrheit im Sowjetkongreß.

Trotzki, der gemeinhin als die „Seele" des Aufstands und als entscheidender militärischer Koordinator gilt, ließ am Morgen des

Sturm auf den Winterpalast. Das weit verbreitete Foto ist nicht authentisch; die Szene ist für einen Film nachgespielt worden.

25. Oktober (7. November) allen Bürgern Rußlands verkünden: „Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das Revolutionäre Militärkomitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen." Die generalstabsmäßig geplante Aktion war weitgehend unblutig und unauffällig verlaufen und hatte sich nur auf die Hauptstadt beschränkt.

Gründe für das Scheitern der Provisorischen Regierung

Trotz häufiger Umbesetzungen und einer Verschiebung zugunsten der sozialistischen Parteien war die Provisorische Regierung zwischen Februar und Oktober 1917 Gefangene ihrer Ausgangspositionen geblieben:

● Angesichts der verbreiteten Kriegsmüdigkeit und der von Rußland immer aussichtsloser und verlustreicher geführten Kämpfe untergrub die Regierung mit ihrem strikten Beharren auf der Bündnistreue gegenüber den Alliierten im Krieg gegen die Mittelmächte ihre ohnehin begrenzte Autorität. Die Räte sprachen sich hingegen gegen eine Fortsetzung des Krieges aus.

● Die mehrfache Aufschiebung der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, des für die Glaubwürdigkeit der Regierung entscheidenden demokratischen Organs, lenkte die Hoffnungen der breiten Masse auf andere Machtzentren, namentlich die Räte. Obwohl die Mehrheit der Räte die parlamentarisch-demokratische Revolution als zweitrangig erachtete, bekannte sie sich zur Verfassunggebenden Versammlung. Sie sollte das revolutionäre Programm vollenden und legitimieren. Der breite Rückhalt der Räte in den revolutionären Massen erlaubte es dem Zentralen Exekutivkomitee, deren Verhalten zu steuern und der Provisorischen Regierung als machtvolles Organ entgegenzutreten.

● In der überaus dringlichen Agrarfrage blieb die Regierung untätig. Die Entscheidung über eine Agrarreform sollte der Verfassunggebenden Versammlung vorbehalten bleiben. Damit hatte sich die Regierung jeden Handlungsspielraum genommen. Dagegen drängten die Räte auf eine soziale Revolution, deren Kern eine radikale Agrarreform bilden sollte.

● In der nationalen Frage hielt die Regierung an der Idee eines einigen, unteilbaren Rußland fest, während das Gesetz vom März 1917 zur Gleichstellung aller Bürger des Reiches ohne nationale, konfessionelle und soziale Beschränkungen Unabhängigkeitsbestrebungen eher anspornte als besänftigte.

Die Gewichte der „Doppelherrschaft" waren damit von Beginn an ungleich verteilt. Die Räte verweigerten die Übernahme von Regierungsverantwortung und agierten auch

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten 1917.

nach der Entsendung sozialistischer Minister politisch weitgehend unabhängig. Für die Regierung hingegen schuf die Aufgabe, außenpolitische Ziele mit innenpolitischen Notwendigkeiten zu verbinden, einen unauflösbaren Widerspruch. Da sie vor grundlegenden Weichenstellungen zurückschreckte, ließ sich die akute Versorgungskrise nur durch Notverordnungen regeln.

Während das Land der Anarchie zutrieb, fiel den Sowjets in einem dynamischen Radikalisierungsprozeß wachsende Bedeutung zu. Letztlich zogen daraus die Bolschewiki den größten Nutzen. Dieser Entwicklung lag keine Gesetzmäßigkeit zugrunde. Vielmehr verstand es eine radikale Minderheit mit zwei entschlossenen Führern, Lenin und Trotzki, an der Spitze, einen günstigen historischen Moment zu nutzen, um einer zwischen bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Prinzipien schwankenden, unentschlossenen Regierung das Steuer zu entreißen. Sie bündelten die zentralen Forderungen der Bauern, Soldaten und Arbeiter nach sofortigem Frieden, Land und Brot und machten sie sich durch taktische Anleihen bei den sozialistischen Parteien dienstbar.

Im Oktober 1917 setzte sich somit nur eine von verschiedenen denkbaren Alternativen durch: Das Zarenregime war in sich zusammengestürzt; die Provisorische Regierung verspielte ihre Autorität; die Militärdiktatur scheiterte an mangelnder Unterstützung; die Räte entzogen sich als unmittelbarste, ursprünglich spontane Organisationsform der politischen Verantwortung und gerieten danach in die Abhängigkeit der in ihnen vertretenen, rivalisierenden Parteien. Die Bolschewiki konnten sich in der verfahrenen Lage machtpolitischer Kräfteneutralisation als unabhängige, unverbrauchte und entschlossene Elite präsentieren. Entscheidender als die Usurpation der Macht mußte unter den gegebenen Bedingungen deren Bewahrung sein. Alsbald sahen sich die Bolschewiki einer Widerstandsbewegung gegenüber, die trotz weltanschaulicher und politischer Gegensätze kurzfristig durch das Bild eines gemeinsamen Feindes vereint wurde. Der Oktoberumsturz mündete im Bürgerkrieg.

Waffenstillstand mit den Mittelmächten, Dezember 1917. Russische Soldaten tanzen im Schnee.

Nikolaus Katzer

Bürgerkrieg und ausländische Intervention

Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung

Insgesamt sind die Chancen, das Russische Reich nach den Grundsätzen einer liberalen Demokratie zu erneuern, nicht groß gewesen. Den bürgerlichen Parteien fehlte eine breite soziale Basis auf dem Lande. Die nach dem Oktoberumsturz durchgeführten Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 25. November (8. Dezember) 1917 erbrachten den Kadetten lediglich einen Anteil von knapp fünf Prozent der Stimmen (1,97 Millionen von 41,7 Millionen abgegebenen bzw. ausgezählten Stimmen). Als eindeutige Sieger gingen die Sozialrevolutionäre mit 53 Prozent der Stimmen (22 Millionen) aus der Wahl hervor. Die Bolschewiki erzielten knapp 25 Prozent (9,84 Millionen), die Menschewiki nur etwas mehr als drei Prozent (1,36 Millionen); andere sozialistische Parteien sechs und bürgerliche Parteien acht Prozent.

Das klare Votum gegen die neuen Machthaber war nicht mit stabilen politischen Verhältnissen gleichzusetzen. Fast 20 Prozent der sozialrevolutionären Abgeordneten waren Ukrainer, die wie die anderen in der Verfassunggebenden Versammlung vertretenen nicht-russischen Abgeordneten in der nationalen Frage nicht mit der Mutterpartei übereinstimmten. In den Machtzentren Petrograd und Moskau rangierten die Sozialrevolutionäre zudem weit hinter den Bolschewiki, und selbst die Kadetten konnten hier immerhin etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen. Darüber hinaus zerfielen die Sozialrevolutionäre in einen rechten und einen linken Flügel. Der letztere ging zeitweilig mit den Bolschewiki zusammen (seit dem 9. [22.] Dezember 1917), was eine Spaltung in zwei Parteien unausweichlich machte.

Bolschewiki lösen Verfassunggebende Versammlung auf

Die Verfassunggebende Versammlung bot damit das schillernde Bild einer Mehrheit sozialistischer Parteien und Flügel, die am ehesten noch die Hoffnung verband, man werde sich gegen die Anmaßung der Bolschewiki verteidigen können. Dies erwies sich als Illusion. Die Mehrheit widersetzte sich zwar beim ersten Zusammentritt am 5. (18.) Januar 1918 dem Ansinnen der Bolschewiki, das neue Regime durch eine „vorbehaltlose Anerkennung der Sowjetmacht" zu bestätigen. Am folgenden Tag aber wurde die Versammlung mit Waffengewalt von den Bolschewiki an der Weiterarbeit gehindert und durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare aufgelöst. Dieser Akt wurde zum Fanal des Bürgerkrieges.

Lenin war sich bewußt gewesen, daß die Umgestaltung Rußlands nach den von ihm festgelegten Prinzipien gegen den Willen der anderen revolutionären Parteien nur mit Gewalt durchsetzbar war. Obwohl er die Mehrheitsverhältnisse der Verfassunggebenden Versammlung vorhersehen konnte, hatte er den Wahltermin aus taktischen Gründen bestätigt. Gleichzeitig ließen er und seine vom II. Allrussischen Sowjetkongreß im Oktober 1917 ausschließlich aus Bolschewiki gebildete „Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung" (Rat der Volkskommissare) keinen Zweifel an ihrer Ablehnung westlicher Demokratievorstellungen. In Lenins Sicht bestand ein „Mißverhältnis zwischen den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung und dem Volkswillen". Letzterer werde allein in der angestrebten „Räterepublik" seinen Ausdruck finden.

Bolschewiki festigen ihre Macht

Bereits am Tag der Bestätigung des Wahltermins zur Verfassunggebenden Versammlung, dem 27. Oktober (9. November) 1917, hatte der Rat der Volkskommissare beschlossen, die Freiheit der „konterrevolutionären" Presse einzuschränken. Mit den beiden ersten Dekreten, dem „Dekret über den Frieden" und dem „Dekret über Grund und Boden" bekundete er den Willen, die zentralen Forderungen der Bevölkerungsmehrheit einzulösen. Die Verordnung vom 28. Oktober (10. November) „Über die Arbeitermiliz"

forderte die Sowjets auf, bewaffnete Einheiten zu bilden. Damit stellte man sich auf eine militärische Verteidigung der Macht ein. Die Bildung der „Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage“ (▶ Tscheka) unter der Leitung von Feliks ▷ Dzierzynski am 7. (20.) Dezember schuf die organisatorische Voraussetzung für einen gezielten „roten Terror“, der sich gegen Angehörige aller Schichten, zunächst aber vor allem gegen die des Adels, des Bürgertums, der Intelligenz, der Geistlichkeit und der antibolschewistischen Parteien richtete.

Die wegweisenden Dekrete hatten den provisorischen Charakter der Räteregierung als vermeintliches Übergangsorgan bis zum Zusammentritt der Verfassunggebenden Versammlung längst widerlegt. Die Auflösung des bestehenden Gerichtssystems, das alleinige Verfügungsrecht des Staates über landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, die Verstaatlichung des kirchlichen Schulwesens mit dem Einzug des dazugehörenden Vermögens, die Nationalisierung der Banken sowie das Dekret über die Zivilehe signalisierten einen revolutionären Bruch mit der Vergangenheit und die Festlegung auf ein neuartiges zentralistisches System.

Der Frieden von Brest-Litowsk

In der Übergangsphase zwischen Oktober 1917 und Januar 1918 konnte das Regiment der Bolschewiki als vorübergehender Spuk von Putschisten gelten, zumal da der Zusammentritt der Verfassunggebenden Versammlung noch bevorstand. Bei den heimkehrenden Bauernsoldaten überwog noch die Überzeugung von einem friedlichen Neubeginn auf einem eigenen Stück Land. Voraussetzung dafür war aber ein Friedensschluß mit dem Deutschen Reich.

Rote Arbeiter und Soldaten vor dem Smolny-Institut, von Oktober 1917 bis März 1918 Sitz der Bolschewistischen Regierung.

Die deutsche Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung hatten Lenin und einigen seiner Anhänger im Frühjahr 1917 die Rückreise aus dem Schweizer Exil nach Rußland ermöglicht. Sie verbanden damit die Hoffnung, die entschiedenen Kriegsgegner um den Führer der Bolschewiki könnten einen Friedensschluß im Osten begünstigen und damit die deutsche Front entlasten. Die Rechnung der deutschen Seite schien nach dem Oktoberumsturz aufzugehen. Vergleichsweise rasch wurde ein Waffenstillstand erzielt. Die Friedensvertragsverhandlungen gestalteten sich aber ab Dezember 1917 überaus schwierig. Nun zeigte sich, daß Lenin kein willfähriges Objekt oder gar ein deutscher Agent war, sondern mit dem Friedensschluß eigene weitreichende Pläne verband. Zunächst hatte ihm die Friedenspropaganda den Zulauf kriegsmüder Soldaten und anderer Teile der Bevölkerung gesichert. Nach der Machtergreifung brauchten die Bolschewiki ein Ende des Krieges, um ihr Programm gegen den inneren Widerstand durchzusetzen. Sie gerieten unter den Zwang eines Friedens um jeden Preis.

Trotzki hatte die Alliierten nicht zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen bewegen können. Somit stand die Delegation der Sowjetregierung (zunächst unter der Leitung von A. A. Joffe, später von Trotzki) beim erstmaligen offiziellen Kontakt mit der Außenwelt allein. Lenin war von der Notwendigkeit einer „Atempause“ für seine Regierung so fest überzeugt, daß er sogar bereit war, die deutsche Forderung nach Abtretung aller von deutschen Truppen besetzten Gebiete des Russischen Reiches zu erfüllen. In der Führung der Bolschewiki fand er aber kaum Zustimmung. N. I. ▷ Bucharin etwa forderte, den „revolutionären Krieg“ gegen alle imperialistischen Mächte auszurufen. Fürs erste setzte sich Trotzki mit der Formel

Parteitag der KPdSU 1919. Von links: Stalin, Lenin, Kalinin.

LANDUNG VON TRUPPEN DER ENTENTE AM 9.3.1918
NORWEGEN
SCHWEDEN
Bottnischer Meerbusen
FINNLAND
Ostsee
Weißes Meer
Murmansk
Archangelsk
Onega
MILLER
Onega-see
Ladoga-see
Helsinki
Stockholm
Dagö
Reval
JUDENITSCH
ESTLAND
24.2.1918 unabh.
Ösel
Narwa
Petrograd
Nowgorod
Pskow
LETTLAND
11.11.1918 unabh.
Libau
Riga
Memel
LITAUEN
16.2.1918 unabh.
Dünaburg
Kowno
Königsberg
Danzig
Gumbinnen
Tannenberg
Wilna
Grodno
Bialystok
WEISS-RUTHENIEN
25.3.1918 Volksrepublik
1.1.1919 Sowjetrepublik
Minsk
Witebsk
Smolensk
Gomel
Warschau
POLEN
Proklamation 6.11.1916
Brest-Litowsk
Weichsel
Krakau
Tarnow
Lemberg
Przemysl
Tarnopol
ÖSTERREICH-UNGARN
Czernowitz
Kischinew
BESS-ARABIEN
9.4.1918 zu Rumänien
Odessa
Nikolajew
Cherson
Kiew
Tschernigow
UKRAINE
22.1.1918 unabh. 8.4.1919 Sowjetrepublik
Charkow
Jekaterinoslaw
Rostow
Nowotscherkassk
Asowsches Meer
ENTENTE
Simferopol
Kertsch
Sewastopol
Noworossijsk
Tuapse
RUMÄNIEN
Bukarest
Donau
Konstanza
SERBIEN
Sofia
Plewna
BULGARIEN
Warna
Schwarzes Meer
Adrianopel
Konstantinopel
GRIECHENLAND
Gallipoli
OSMANISCHES REICH
DEUTSCHES REICH
RUSSISCHES REICH
Jaroslawl
Nishnij Nowgorod
Moskau
Rjasan
Tula
Orel
Woronesch
Pensa
Saratow
Kasan
Kama
Ufa
Samara
Perm
Jekaterinburg
Tscheljabinsk
Orenburg
Aktjubinsk
Ural
Gurjew
Astrachan
Zarizyn
Wolga
Don
Donez
Dnepr
Dnestr
Dwina
Nördl.
Ob
TSCHECHOSLOWAKEN
KOLTSCHAK
URAL- UND ASTRACHAN-WEISS-KOSAKEN
KRASNOW
DENIKIN
Wladikawkas
Grosnyj
Petrowsk
Kaspisches Meer
Suchumi
Poti
GEORGIEN
4./5.1918 unabh.
Batumi
Tiflis
1920/21 türkisch
Kars
ARMEN
4./5.1918 unabh.
Jerewan
ASERBAIDSHAN
4./5.1918 unabh.
Baku
Trabzon
Erzurum
Täbris
Urmia
PERSIEN
Grenze des Russischen Reiches 1914
Im Frieden von Brest-Litowsk (3.3.1918) festgelegte Westgrenze Rußlands. Im Ergänzungsvertrag vom 27.8.1918 Estland und Lettland abgetreten.
Grenzen neuer Staatsbildungen nach Beendigung des 1. Weltkrieges auf dem Gebiet des Russ. Reiches
Vorkriegsgrenzen außerhalb Rußlands
Petrograd Zentren der Revolution im Okt./Nov. 1917
Kiew Sitz "Weißer" Regierungen
Weitestes Vordringen der Mittelmächte, der antisowjet. "Weißen" Streitkräfte u. der alliierten Interventionstruppen 1918
DENIKIN "Weiße" antisowjet. Truppen im Bürgerkrieg
Von den Mittelmächten und ihren Verbündeten besetzte Gebiete Rußlands 1918
Im Jahre 1918 von "Weißen" und Interventionstruppen besetzte Gebiete
Gebiete, die 1918 in der Hand der Sowjetmacht verblieben
Vordringen der Roten Armee bis zum Frühjahr 1919
0 200 400 km

„Weder Krieg noch Frieden" durch, die auf Zeitgewinn und den baldigen Ausbruch der Weltrevolution vertraute. Die Weigerung, die deutschen Bedingungen anzunehmen, brachte zwar Zustimmung im eigenen Land, die erhoffte Weltrevolution freilich blieb aus, und das Deutsche Reich begann am 18. Februar 1918 eine durch einen Friedensschluß mit der Volksrepublik Ukraine abgesicherte Offensive gegen Sowjetrußland.

Trotzki trat als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten zurück und unterstützte nun Lenins Haltung. Erst nach einem weiteren Vormarsch ging das Deutsche Reich mit nochmals verschärften Bedingungen auf das Friedensangebot Lenins ein und forderte ultimativ die Unterzeichnung innerhalb von 48 Stunden. Nach heftigen Auseinandersetzungen in der Sowjetregierung (sieben Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen, vier Enthaltungen) wurde der Vertrag am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnet. Die Mittelmächte erklärten sich zur Räumung besetzter Gebiete (mit Ausnahme Estlands und Livlands) und zum Verzicht auf Reparationen bereit. Im Gegenzug forderten sie von Rußland die Demobilisierung der Armee, den Verzicht auf territoriale Ansprüche gegenüber Polen, Litauen und Kurland sowie die Anerkennung Finnlands und der Ukraine als unabhängige Staaten. In auswegloser Lage hatte die Sowjetregierung vorbeugend den Regierungssitz von Petrograd nach Moskau verlegt. Obwohl Lenin wußte, daß er die nationalen Kräfte im eigenen Land extrem herausforderte, setzte er den Diktatfrieden durch.

Rußland verlor über ein Viertel seiner einstigen Bevölkerung, seines anbaufähigen Landes und seines Eisenbahnnetzes, ein Drittel seiner Textilindustrie sowie drei Viertel seiner Eisenindustrie und seiner Kohlebergwerke. Die Bolschewiki, die sich auf dem VII. Außerordentlichen Parteikongreß vom 6. bis 8. März 1918 in „Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)" (▶ KPdSU) umbenannten, sahen sich einer noch erbitterteren Widerstandsfront gegenüber. Lenin war entschlossen, die von dem Friedensvertrag erhoffte „Atempause" zur Machtsicherung zu nutzen. Mit den „energischsten, unnachgiebigsten und drakonischsten Maßnahmen", hieß es in einer Geheimresolution, sollte darüber hinaus erneut militärische Disziplin erzwungen werden, um in einem „sozialistischen Krieg" zur „Befreiung des Vaterlandes" zu schreiten. Nach dem „erdrückendsten und schmählichsten Friedensvertrag" waren die linken Sozialrevolutionäre endgültig aus dem ausschließlich bolschewistischen Rat der Volkskommissare ausgeschieden.

„Rote" und „Weiße" Armee

Gegen Ende des Jahres 1917 gelang es einigen Generälen der alten Armee, im Gebiet der Donkosaken eine kleine Freiwilligenarmee aufzustellen. Dorthin zogen auch Politiker, die von der Notwendigkeit entschiedener Maßnahmen zur Vertreibung der Bolschewiki überzeugt waren. Denn der militärische Widerstand hatte sich bis dahin in einigen übereilten Aktionen im Gebiet der Hauptstadt erschöpft.

Während die politischen Flüchtlinge von einem „Weißen General" träumten, dessen Patriotismus, legendäre Kühnheit und eiserner Wille Rußland von der Tyrannei des Mobs erlösen und zu alter Größe führen werde, nutzten die Bolschewiki die allgemeine Kriegsmüdigkeit zur Festigung ihrer Lage. Für Trotzki war die Zeit der Worte vorüber und die Stunde des „tödlichen Duells zwischen Revolution und Konterrevolution" angebrochen.

Revolutionäre Umgestaltung Rußlands

Zielstrebig wurden die Organe der Revolution in reguläre Einrichtungen des Sowjetstaates überführt. Das Rätesystem fand seine fortan gültige Ausprägung in der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 10. Juli 1918.

Die revolutionäre Umgestaltung drang auch in die Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur vor. Gleichsam im Zeitraffer schien Sowjetrußland die ausgebliebene Säkularisierung des 18. Jahrhunderts, liberale Ideen des 19. Jahrhunderts und den Sozialismus der Gegenwart nachholen zu müssen. Bei der Suche nach dem „neuen Menschen" wurden jedoch von Beginn an viele ausgegrenzt oder standen – wie die Masse der russischen Bauern – den Experimenten der Städter und der Intelligenz verständnislos und mißtrauisch gegenüber.

Im Geschehen der Revolution kamen unterschiedliche Kräfte und Gegensätze zum Tragen. Am konsequentesten trieben die Bolschewiki mit ihrer unversöhnlichen Politik des Klassenkampfes das Land in den Bürgerkrieg. Für die Anhänger der Republik gab es erst nach der Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung keinen Zweifel mehr, daß die neuen Machthaber nur mit Gewalt aus ihren Stellungen vertrieben werden

Admiral Koltschak besichtigt seine Truppen. Unter seiner Führung drangen die „Weißen" aus Sibirien bis fast an die Wolga vor.

konnten. Die Patrioten unterschiedlichster Herkunft verstanden den Friedensschluß von Brest-Litowsk als Aufruf, den Ausverkauf nationalrussischer Interessen zu verhindern.

Der Abfall der Nationalitäten

Die Krisensituation zu Beginn des Bürgerkrieges gestaltete sich aber noch weitaus komplexer. Nichtrussische Völker kehrten dem einstigen Imperium den Rücken. Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Ukraine und Weißrußland erhielten kraft des Vertrages von Brest-Litowsk (der im Herbst 1918 hinfällig wurde) die Selbständigkeit oder erklärten sich wie Georgien, Armenien und Aserbajdschan aus eigenem Willen für unabhängig. Sie konnten sich auf die Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts durch die Bolschewiki in der „Deklaration über die Rechte der Völker Rußlands" vom November 1917 berufen. Die Unabhängigkeitsbestrebungen gingen einher mit sozialen und politischen Kämpfen, die einer Einflußnahme von außen offenstanden.

Bürgerkrieg

Eindeutig schien in den Bürgerkriegswirren nur das Feindbild zu sein: das Sowjetregime auf der einen Seite und alle Gegner zusammengenommen auf der anderen. Die Polarisierung entsprach den Interessen beider Parteien: Die „Roten", die Bolschewiki, bezeichneten alle Gegner ihres Regimes unterschiedslos als „Konterrevolutionäre". Die antibolschewistischen „Weißen" versuchten das Bild des alle bedrohenden Feindes zur Vereinigung der auseinandertreibenden Kräfte zu nutzen. Dies konnte bestenfalls für den militärischen Überlebenskampf gelingen. Politisch ließen sich sozialistische, liberale, konservative und reaktionäre Parteien und Strömungen schwerlich auf ein gemeinsames Programm festlegen.

Der Bürgerkrieg um Räteherrschaft, demokratisch-parlamentarische Republik, Monarchie oder Militärdiktatur griff im Frühjahr 1918 auf das ganze Reich über. Deutsche Truppen standen in Weißrußland, in der Ukraine und in der baltischen Region. In Südrußland und Sibirien konzentrierten sich die Hauptkräfte der Weißen. Unterstützt wurden sie ab dem Sommer durch alliierte Interventionstruppen der Engländer, Franzosen, Amerikaner und Japaner, die im Norden (Archangelsk, Murmansk), im Süden (Sewastopol, Odessa, Baku, Krim), in Sibirien und im Fernen Osten (Wladiwostok) landeten, aber nur teilweise aktiv in die Kämpfe eingriffen. Im Frühjahr 1920 zogen sie sich mit Ausnahme der Japaner wieder zurück und leisteten nur noch materielle und finanzielle Hilfe.

Das Geschehen bewegte sich im Sommer 1919 auf eine Entscheidungsschlacht zu. Die Fronten des Bürgerkrieges schlossen sich ringartig um das zum „bewaffneten Lager" erklärte Sowjetrußland, das zeitweise auf den Umfang des mittelalterlichen Moskauer Großfürstentums zusammenschmolz. Gleichzeitige Offensiven aus dem Süden (General A. I. ▷ Denikin) und dem Osten (Admiral A. W. ▷ Koltschak) bedrohten die Hauptstadt. Auch Petrograd stand vor dem Fall.

Zar Nikolaus II. mit seiner Familie in Jekaterinburg. Eine der letzten Aufnahmen vor der Ermordung.

Offiziere einer Einheit der „Weißen", der „Wilden Division".

Der allzu rasche Vorstoß der Weißen brach jedoch bald in sich zusammen, als die Vereinigung der beiden Hauptfronten mißlang und das heftig umkämpfte Zarizyn (später Stalingrad bzw. Wolgograd) von den Bolschewiki zurückgewonnen werden konnte. Für eine kurze Zeit lag die Eroberung des Machtzentrums im Herzen Rußlands für den von den Weißen zum „Obersten Regenten" ausgerufenen Admiral Koltschak greifbar nahe.

Sowjetisch-polnischer Krieg

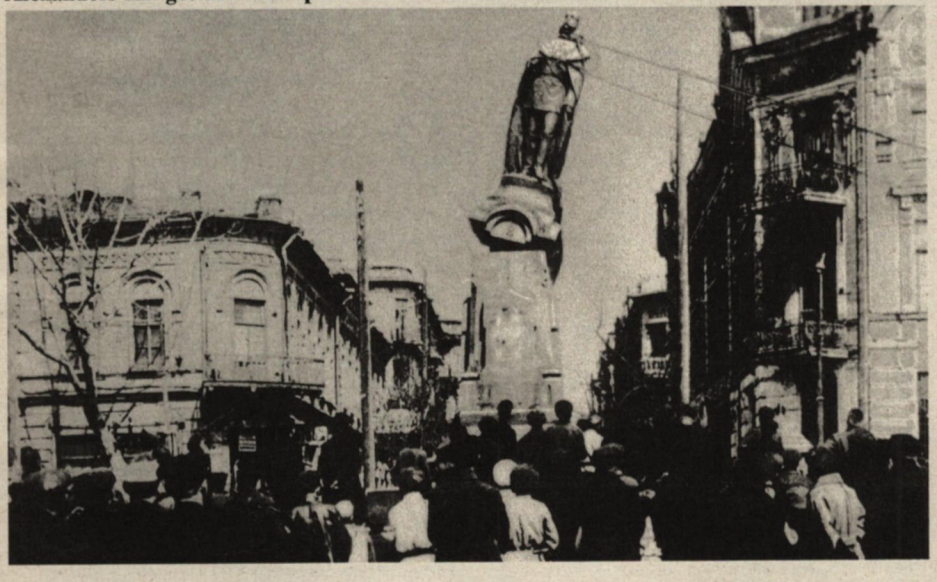
Offensiven der Roten Armee sprengten die Umklammerung im Herbst/Winter 1919/20 auf. Der polnische Angriff unter Josef Pilsudski gegen Sowjetrußland im April 1920 in Verbindung mit antibolschewistischen Verbänden der ukrainischen Regierung verschaffte der Roten Armee unter der Parole „Rettung des Vaterlandes" weiteren Zulauf. Im Mai und Juni drängte eine Armee unter General M. N. ▷ Tuchatschewskij und die Erste Reiterarmee unter S. M. ▷ Budjonnyj die polnischen Truppen auf das eigene Territorium zurück. Im August stand die Rote Armee vor den Toren Warschaus, wo ihr Vormarsch zum Stehen gebracht werden konnte. Dieses „Wunder an der Weichsel" verhinderte die dauerhafte Besetzung Polens durch Sowjettruppen und erzwang ihren Rückzug. Im November gelang der Roten Armee durch die Eroberung der Krim der endgültige Sieg im Süden. Die Reste der Weißen Armee mußten über das Schwarze Meer evakuiert werden. Damit war der Bürgerkrieg faktisch entschieden. In letzten Gefechten eroberten revolutionäre Truppen und Partisanenverbände im Oktober 1922 die Fernost-Republik und zwangen die japanischen Interventionstruppen zum Abzug.

Gründe für den Sieg der Bolschewiki

Die Gründe für die Niederlage der Weißen waren vielfältig und reichten über das rein militärische Geschehen hinaus. Im-

1. Mai 1919 auf dem Roten Platz. Lenin schreitet, umgeben von Offizieren der Roten Armee, die Front der angetretenen Arbeitermilizen ab.

Nach dem Einmarsch der roten Truppen in Rostow am Don wird das Denkmal Zar Alexanders III. gestürzt und später durch ein Lenin-Denkmal ersetzt.



merhin gilt es zu erklären, wie es der Sowjetregierung mit einer eben erst gegründeten Armee von einem begrenzten Territorium heraus gelang, fast das gesamte alte Zarenreich zurückzuerobern. Für diesen Siegeszug lassen sich sowohl militärische als auch politische Gründe anführen:

● Die militärischen Operationen der einzelnen Weißen Armeen und Verbände waren mangelhaft aufeinander abgestimmt und durch Rivalitäten der kommandierenden Generäle beeinträchtigt. Eine möglicherweise kriegsentscheidende Vereinigung der Truppen Denikins mit denen Koltschaks mißlang.

● Die Intervention der ausländischen Mächte war halbherzig oder auf Eigeninteressen beschränkt. Die Unterstützung der „Weißen" erfolgte vorwiegend in Form von Materiallieferungen und Geld. Der Plan des französischen Marschalls Ferdinand Foch, einen „Kreuzzug" aller antibolschewistischen Kräfte zu organisieren, wurde vom Obersten Rat der Alliierten abgelehnt.

● Hingegen war den Bolschewiki in erstaunlich kurzer Frist die Schaffung einer einheitlichen, straff geführten und disziplinierten „Roten Armee der Arbeiter und Bauern" gelungen, in deren Reihen nach einigen ideologischen Skrupeln auch Offiziere der alten Armee aufgenommen wurden.

Fanatisch überzeugte Kader kommunistischer Offiziere und Politische Kommissare gewährleisteten die Unterordnung der Armee unter den Parteiwillen. Neben der Armee und der streng zentralistisch geführten Partei stützten die Bolschewiki ihre Macht auf eine skrupellose, brutale Geheimpolizei (Tscheka) und eine in sich geschlossene Ideologie.

● Die antibolschewistischen Kräfte besaßen kein gemeinsames politisches Entscheidungszentrum. Die verschiedenen Gegen- und Teilregierungen vermittelten nur kurzzeitig den Eindruck politischen Gestaltungswillens. Die wechselnden Koalitionen aus Sozialrevolutionären, Menschewiki, Kadetten, Monarchisten und nationalen Parteien oder die diktatorischen Regimes einzelner Generale erwiesen sich meist als aus der Not geborene Provisorien. Die Militärdiktatoren boten keine politische Alternative an. Das Aufschieben aller Grundsatzentscheidungen – etwa über die Staatsform und die Wirtschaftsverfassung – setzte sie dem Verdacht aus, die Rückkehr zum zaristischen Regime und zu den vormaligen Besitzverhältnissen zu betreiben. Als besonders verhängnisvoll erwies sich das lange Zögern im Hinblick auf eine Lösung des Agrarproblems.

● Die Nationalisierung des Bodens und der Industrie sowie die Duldung bzw. Forcierung der „wilden" Landaneignung durch Bauern und heimkehrende Soldaten brachten den Bolschewiki zumindest die für das Überleben entscheidende Unterstützung durch Bauern und Arbeiterschaft. Auf Dauer hielten sie die Macht aber nur durch eine Systematisierung des Terrors. „Revolutionstribunale", Revolutionäre Gerichte und Kriegsgerichte übernahmen die Aufgaben einer ordentlichen Justiz und sprachen Urteile ohne Strafgesetzbuch.

● Die Bolschewiki hatten in der „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands" das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen bis hin zum Ausscheiden aus dem russischen Staatsverband verkündet. Das stellte sich später als eine Täuschung heraus, verhinderte aber ein Zusammengehen der nichtrussischen Völker mit den „Weißen". Diese machten keinen Hehl daraus, daß sie großrussische Nationalisten waren und das „einige unteilbare Rußland" wiederherstellen wollten.

Bauernkrieg

Der Bürgerkrieg forderte sechs Millionen Opfer. Zu ihnen zählten auch Zar Nikolaus II. und seine gesamte Familie, die am 17. Juli 1918 in Jekaterinburg (1924 bis 1991 Swerdlowsk) mit Wissen Lenins und Trotzkis von einem bolschewistischen Kommando ermordet worden waren. Die hohe Zahl der Opfer erklärt sich vor allem daraus, daß es sich nicht allein um einen Kampf der Bürgerkriegsparteien „Rot" und „Weiß" handelte.

Darüber hinaus waren beide Seiten gleichermaßen mit einer Bewegung konfrontiert, die nachhaltig an den eigentlichen sozialen Kern der russischen Revolution erinnerte: die Bewegung der „Grünen". Diese in regulären militärischen Verbänden, in Partisaneneinheiten und unabhängigen Banden kämpfenden Bauern bildeten „innere Fronten" in den von „Roten" oder „Weißen" gehaltenen Gebieten und setzten sich gegen deren rücksichtsloses Vorgehen in den Dörfern, gegen die Massenexekutionen, Vergeltungsmaßnahmen, Zwangsrekrutierungen und gewaltsamen Beschaffungsexpeditionen zur Wehr.

Gerade in diesen Kämpfen, die besonders erbittert in Gebieten mehrfacher Eroberung und Rückeroberung geführt wurden, spiegelte sich das unermeßliche Leid des Volkes und die Erbarmungslosigkeit von „rotem" und „weißem" Terror – gefolgt von der ebenso maßlosen Vergeltung der „Grünen".

Nikolaus Katzer

Lenin an der Macht

Viele Maßnahmen der Bolschewiki zwischen 1917 und 1921 entsprangen nicht dem Notstand des Bürgerkrieges, sondern bildeten das „Regierungsprogramm" der Kommunisten. Nach dem militärischen Sieg stand die Klärung einer Reihe offener Fragen an: Wie würde die RSFSR ihr Verhältnis zu den Völkern des untergegangenen Zarenreiches auf Dauer gestalten? Was hatten die Bauern, die fürs erste die eigentlichen Gewinner der Revolution waren, von der „Diktatur des Proletariats" in Gestalt der Kommunistischen Partei künftig zu erwarten? Die bisherige Stärkung der kleinbäuerlichen Struktur stand nicht im Einklang mit sozialistischen Vorstellungen und konnte nicht als das letzte Wort bolschewistischer Agrarpolitik gelten.

Von ebenfalls nur vorübergehender Art konnte die Bestätigung der „Arbeiterkontrolle" in den Industriebetrieben und die Rücksichtnahme auf das Selbstbestimmungsverlangen der Arbeiter sein. Schon früh hatte Lenin auf eine an der deutschen Kriegswirtschaft orientierte staatskapitalistische Wirtschaftsorganisation gedrängt und eine grundsätzliche Militarisierung der Arbeitswelt favorisiert.

Die Frage, ob die aus dem Weltkrieg geborene und im Bürgerkrieg unter Lenins eiserner Führung entwickelte Sowjetmacht im Frieden eine prinzipiell andere Politik betreiben würde, ließ sich am Beispiel eines Aufstandes der Matrosen von Kronstadt im März 1921 beantworten. Nach der Schließung zahlreicher Betriebe in Petrograd infolge Brennstoffmangels waren Streiks ausgebrochen, die rücksichtslos unterdrückt wurden. Die Unruhen weiteten sich aus und griffen auch auf die Seefestung Kronstadt über, die Petrograd vorgelagert war.

Der Kronstadter Aufstand

Die Matrosen von Kronstadt, einst führend am Umsturz der Bolschewiki beteiligt, forderten die Rückkehr zur freien und geheimen Wahl der Räte, die „Freiheit der Rede und Presse für Arbeiter, Bauern, Anarchisten und linkssozialistische Parteien", die Abschaffung der Vorrechte der Kommunistischen Partei, die Versammlungsfreiheit für Gewerkschaften und Bauernvereinigungen, die Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Reihen der sozialistischen Parteien, der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen, die Auflösung aller kommunistischen Kampfabteilungen in Armee und Industrie sowie die Verfügungsgewalt der Bauern über ihr Land und ihr Vieh. Ihre Opposition gegen die Diktatur der Kommunisten erfolgte also im Namen sozialistischer Ideale.

Die Aufständischen hatten nicht nur die Verfassunggebende Versammlung mit ihrer bürgerlichen Ordnung, sondern auch die Diktatur der kommunistischen Partei mit ihrer Tscheka und ihrem Staatskapitalismus hinter sich lassen wollen. Einen solchen dritten Weg verdammte der X. Parteikongreß, der vom 8. bis 16. März 1921 tagte, als „konterrevolutionär". Für Lenin war der Aufstand der Matrosen von Kronstadt gefährlicher als alle weißen Armeen zusammengenommen. Er mußte unverzüglich niedergeschlagen werden. Gegen die 5000 Matrosen wurden 50 000 Angreifer aufgeboten, die am 18. März Kronstadt erstürmten. Die gefangenen Aufständischen wurden erschossen oder kamen in Lagern um. Die sowjetische Geschichtsschreibung denunzierte den Aufstand als eine „weißgardistische Verschwörung" mit dem Ziel, die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen.

Vom „Kriegskommunismus" zur „Neuen Ökonomischen Politik"

„Versorgungsdiktatur"

Die Verfassung der RSFSR vom Juli 1918 hatte die Arbeitspflicht mit dem Leitsatz eingeführt: „Wer nicht arbeitet, hat kein Daseinsrecht." Doch bedurfte die Wirtschaft mehr als einer disziplinierten Arbeiter-

Der Kronstadter Aufstand

Die aufständischen Matrosen: „Wofür wir kämpfen"

Als die Arbeiterklasse die Oktoberrevolution zum Erfolg führte, hoffte sie, ihre Befreiung zu erlangen. Das Ergebnis aber war eine noch größere Versklavung der menschlichen Persönlichkeit.

Die Macht des Polizeimonarchismus ging in die Hände der kommunistischen Eindringlinge über, die den Werktätigen statt der Freiheit ständige Furcht vor der Folterkammer der Tscheka brachten, deren Greueltaten die der Gendarmerieverwaltung des zaristischen Regimes noch um ein Vielfaches übertrafen ...

Am schändlichsten und verbrecherischsten ist jedoch die moralische Versklavung durch die Kommunisten: sie machten auch vor der inneren Einstellung der Werktätigen nicht halt, sondern zwangen sie, nur so zu denken wie sie selbst.

Mit Hilfe der staatlichen Gewerkschaften fesselten sie die Arbeiter an ihre Werkbänke und machten so die Arbeit nicht zur Freude, sondern zu einer neuen Sklaverei. Auf die Proteste der Bauern, die in spontanen Aufständen zum Ausdruck kamen, und der Arbeiter, die schon durch die Lebensbedingungen selbst zu Streiks gezwungen waren, antworteten sie mit Massenerschießungen und mit einer Blutgier, die sie sich nicht erst bei den zaristischen Generälen auszuborgen brauchten ...

Immer klarer zeichnete sich das ab, was jetzt offenbar wurde, nämlich daß die RKP nicht, wie sie vorgab, für die Werktätigen eintritt; die Interessen des werktätigen Volkes sind ihr fremd, und einmal an die Macht gelangt, kennt sie nur die Sorge, sie nicht wieder zu verlieren, und deshalb sind alle Mittel erlaubt: Verleumdung, Gewalt, Betrug, Mord und Rache an den Familienangehörigen der Aufständischen. Die Langmut der Werktätigen ist am Ende.

Im Kampf mit der Unterdrückung und Gewalt flammte hier und dort im Land das Feuer des Aufstandes auf. Arbeiterstreiks brachen aus, aber die bolschewistischen Spitzel schliefen nicht und ergriffen alle Maßnahmen, um die unvermeidliche dritte Revolution zu verhüten und zu unterdrücken.

„Mitteilungen des Provisorischen Revolutionskomitees der Matrosen, Rotarmisten und Arbeiter der Stadt Kronstadt, 8. März 1921."
Aus: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Hrsg. von Fritz Kool und Erwin Oberländer (Dokumente der Weltrevolution, Bd. 2). Freiburg 1967, S. 386–388.

Aus der „Geschichte der KPdSU"

Ein krasser Ausdruck der neuen Technik des Klassenfeindes war die konterrevolutionäre Meuterei in Kronstadt. Sie begann eine Woche vor dem X. Parteitag im März 1921. An die Spitze der Meuterei traten Weißgardisten, die mit den Sozialrevolutionären, den Menschewiki und Vertretern fremder Staaten in Verbindung standen. Ihre Bestrebungen, die Macht und das Eigentum der Kapitalisten und Gutsbesitzer wiederherzustellen, versuchten die Meuterer anfangs hinter einem „sowjetischen" Aushängeschild zu verstekken. Sie stellten die Losung auf: „Sowjets ohne Kommunisten". Die Konterrevolution machte den Versuch, die Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Massen auszunutzen, um unter angeblich sowjetischen Losungen die Sowjetmacht zu stürzen.

Die Meuterer bemächtigten sich der erstklassigen Festung, der Flotte und einer gewaltigen Menge von Waffen und Geschossen. Die internationale Konterrevolution feierte einen Sieg. Aber die Feinde frohlockten zu früh. Die Meuterei wurde von den Sowjettruppen rasch niedergeworfen.

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946, S. 302 f.

Der Aufstand der Matrosen im Kriegshafen Kronstadt am 28. Februar 1921.

schaft. Zwar waren die Produktionsmittel gemäß der marxistischen Ideologie sozialisiert und damit ein erster Schritt des Übergangs zum Kommunismus getan worden. Krieg und Bürgerkrieg hatten jedoch den Wirtschaftsorganismus so weit zersetzt, daß diese Maßnahme in ein unüberschaubares Chaos führte. Mit Sondervollmachten leitete das im Mai 1918 gebildete Volkskommissariat für Ernährungswesen eine „Versorgungsdiktatur" ein. Sie bildete die Grundlage des „Kriegskommunismus". Das staatliche Getreidemonopol wurde zum erbarmungslosen Zwangsmittel gegen die Bauern. Geld sollte als Tauschmittel entbehrlich gemacht werden, da der Handel verstaatlicht, zentrale Planungsinstanzen für die Wirtschaft eingesetzt und das Ende der Marktproduktion verkündet worden war. Eine anachronistische Naturalwirtschaft breitete sich aus. Nach einer Definition des ehemaligen bolschewistischen Funktionärs Victor Serge bestand das Wesen des Kriegskommunismus in:

1. Requisitionen (Beschlagnahmungen) auf dem Lande;
2. unerbittlicher Rationierung für die Stadtbevölkerung, aufgeteilt nach Kategorien;
3. totaler ‚Sozialisierung' der Produktion und der Arbeit;
4. durch Papierkrieg extrem komplizierter Verteilung der letzten Vorräte von Industrieartikeln;
5. Monopol der Macht mit der Tendenz zur Einheitspartei und Erstickung aller abweichenden Meinungen;
6. Belagerungszustand und Tscheka.

Verfall der Produktion

Wegen der gewaltsamen Requisitionen ihrer Erträge beschränkten sich die Bauern zunehmend auf die Produktion zur Eigenversorgung. Insgesamt erzielte die Landwirtschaft nicht einmal mehr die Hälfte der Vorkriegsergebnisse. Die Industrieproduktion fiel auf unter dreißig Prozent des Standes von 1913. Unzählige Arbeiter verloren ihre Stelle und reihten sich in die Massenwanderung aus den Städten auf das Land ein. Dort war bereits der „Klassenkampf" entfesselt worden: Die mobilisierte „Dorfarmut" (Klein- und Kleinstbauern, landlose Tagelöhner, Knechte) übernahm mit den „Lebensmittelabteilungen" der Partei die Getreiderequisition. Selbst lebenswichtiges Saatgut wurde beschlagnahmt. Unterdessen debattierten die Bolschewiki auf dem VIII. Parteikongreß im März 1919 über spitzfindige Unterscheidungen zwischen der nunmehr geduldeten „bäuerlichen Mittelklasse" und den weiterhin verfolgten ▶ „Kulaken" (eher Mittel- als Großbauern).

Neue Ökonomische Politik

Die verzweifelte Wirtschaftslage zwang Lenin, das Ruder herumzuwerfen. Gegen erheblichen Widerstand in der Partei konstruierte er mit der Formel vom „ökonomischen Wettstreit zwischen dem im Aufbau befindlichen Sozialismus und dem nach Wiedererstehung strebenden Kapitalismus" das Konzept einer „Neuen Ökonomischen Politik" (▶ NEP, nach den Anfangsbuchstaben der russischen Bezeichnung). Sollte das Land nicht in völliger Anarchie versinken, war ein taktischer Friedensschluß mit den Bauern unumgänglich. In einem Aufruf des Rates der Volkskommissare und des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees vom 23. März 1921 hieß es: „Jetzt ist der Augenblick gekommen, um die Lasten der Bauern zu verringern, ohne den Verlust der kostbarsten Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution zu risikieren." Lenin sprach auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale von der Einführung eines Kapitalismus, der sich in einem proletarischen Staat gegen die Bourgeoisie und für die Arbeiter entwickeln müsse.

Die willkürlichen Requisitionen wurden durch eine festgelegte, niedrigere Naturalsteuer ersetzt. Überschüsse verblieben den Bauern zur freien Verfügung. Damit sollten sie zur Produktionssteigerung und zur Vergrößerung der Anbaufläche angeregt werden. 1923 wurde die Hoffnung auf eine Regelung des Warenverkehrs auf der Basis des Tausches mit der Einführung einer reinen Geldsteuer begraben. Trotz staatlicher Förderung blieben die landwirtschaftlichen Genossenschaften (▶ Kolchosen) wegen offenkundiger Mißwirtschaft wenig anziehend.

Vergleichbare Anreize gewährte man auch dem Kleingewerbe und dem Handel. Privatbetriebe mit bis zu zwanzig Lohnarbeitern konnten gegründet werden. Staatsbetriebe standen Privatpersonen zur Pacht offen.

Staatswirtschaft

Der Staat blieb aber weiterhin in der Wirtschaft bestimmend. In seinen Händen konzentrierten sich die „Kommandohöhen" der Wirtschaft: die Groß- und mittlere Industrie, das Bankwesen, der Außenhandel, das Verkehrswesen und der Binnengroßhandel. Zwar sollten der Oberste Volkswirtschaftsrat und die Staatliche Plankommission (russische Abkürzung: Gosplan) eine wirksame Kontrolle des Privatsektors und die Lenkung der Gewinne in die Großbetriebe gewährleisten. Indessen gerieten die Staatsbetriebe in den Sog des Rentabilitätsdenkens und der „wirtschaftlichen Rechnungsführung" – und damit des freien Marktes. In der Lohnpolitik hielt das Leistungsprinzip Einzug. Allmählich kam auch der Handel mit dem „kapitalistischen Ausland" wieder in Gang. Ausländische Firmen durften Konzessionen erwerben.

Hungersnot

Die katastrophale Hungersnot, die durch Mißernten ausgelöst wurde und der mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen, konnte durch diese Maßnahmen weder gemildert noch verhindert werden. Danach aber erholte sich die zerrüttete Landwirtschaft rasch. Bereits 1926 war der Vorkriegszustand der Erträge, der Aussaatfläche und des Viehbestandes wieder erreicht.

Ziel: Industrialisierung

Ähnliches galt mit Abstrichen auch für die Industrie. Allerdings war sie in dem weiterhin rückständigen Agrarland eine untergeordnete Größe geblieben. Die Industriezentren wirkten wie Inseln im gewaltigen Meer bäuerlichen Wirtschaftens und verfügten zudem nur über einen veralteten Maschinenpark. Trotz ungünstiger Voraussetzungen waren die Ziele der Bolschewiki für den weiteren Industrieaufbau hochgesteckt. Lenin faßte sie in der einfachen Devise „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes" zusammen, unter der Anfang 1920 eine Staatskommission zur Auf-

stellung eines entsprechenden Perspektivplans gebildet worden war. In diesem Zusammenhang sprach Lenin von einem „zweiten Parteiprogramm", das ein Ein- und Überholen der kapitalistischen Länder ins Auge faßte. An diesem Planziel hielten erklärtermaßen Stalin und später auch Chruschtschow fest.

Lenins Agrarpolitik

Der Warenmangel und der Verfall der Agrarpreise trieben das Land erneut einer schweren Krise zu, deren Keim in der Bauernpolitik der Partei von Beginn an angelegt war. Sie förderte nur widerwillig die 1919 noch als „absterbende Übergangsform" bezeichnete bäuerliche Wirtschaft, die in der „Landgemeinde" (obschtschina) mehrerer Höfe eingebunden war und in den zwanziger Jahren ungebrochen weiterbestand.

Im Kampf gegen die wirtschaftlich erfolgreichen Bauern operierte die Partei mit einem Feindbild, das Willkür begünstigte und Neidgefühle schürte. Ein Dorfkorrespondent berichtete im Jahre 1927:

> „Es fällt schwer, festzustellen, wo der Kultur- oder Mittelbauer aufhört und wo der Kulak anfängt ... Nehmen wir an, in der Wirtschaft gibt es eine kleine Mühle, die gerade so durchkommt. Und es arbeiten zwei: Der eine ist die ganze Zeit in der Mühle, der andere auf dem Feld. Außerdem stellen sie für die Feldarbeiten noch eine Arbeiterin an. In einer anderen Wirtschaft jedoch gibt es eine besser ausgestattete Mühle, die guten Gewinn abwirft, Lohnarbeiter hat man jedoch nicht, weil die eigenen Arbeitskräfte reichen. Nun, welche von diesen Wirtschaften ist dann kulakisch und welche nicht? ... Meiner Meinung nach ist es unmöglich, feste Grenzen für den Kulaken anzugeben. Die Bauern vor Ort bestimmen je nach Auftreten, was das für ein Mensch ist: ein Kulak, ein Mittelbauer oder ein Kulturbauer."

Im Kern zielte Lenins Agrarpolitik auf einen Ausbau des unattraktiven Genossenschaftswesens. Das „Bündnis" zwischen dem Proletariat, das die Staatsmacht und die Verfügung über alle großen Produktionsmittel besaß, und den „vielen Millionen Klein- und Zwergbauern" sollte dafür die Voraussetzungen schaffen. Allen privatwirtschaftlichen Tendenzen der NEP zum Trotz hatte der „Agrarkodex" der RSFSR jedes Recht auf Privatbesitz an Land, Bodenschätzen, Gewässern und Wäldern „auf immer" abgeschafft.

Die Festigung der Parteidiktatur

Zu früh frohlockten jene Kritiker, die meinten, das Scheitern des „Kriegskommunismus" käme einem politischen Bankrott gleich. Die Maßnahmen zur Behebung der akuten Notlage und zur Sanierung der Wirtschaft gingen mit einer verschärften

Kaum war der Bürgerkrieg zu Ende gegangen, führte eine längere Trockenperiode im Sommer 1921 zu einer entsetzlichen Hungersnot mit Millionen von Toten. Hungernde Kinder warten mit ihren Müttern auf einen Teller Suppe.

Innenpolitik einher. Jede Form politischer Opposition innerhalb und außerhalb der Partei sollte „ausgemerzt" werden (Fraktions- und Plattformverbot). Der X. Parteitag beendete auf Betreiben Lenins abrupt die erbitterten Auseinandersetzungen um die innerparteiliche Demokratie, die Innenpolitik und die Rolle der Gewerkschaften. Um fast ein Viertel verringerte sich die Mitgliederzahl (etwa 659 000 im Jahre 1921) nach dem Beschluß zur „Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen". Das Leninsche Prinzip einer „Kaderpartei" erhielt wieder eindeutigen Vorrang vor der Verbreiterung der Basis im Sinne einer Massen- oder Volkspartei. Durch Repressionen und durch Verbote der verbliebenen Restparteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre wurde die elitäre, diktatorische Einparteiherrschaft zusätzlich abgesichert.

Verfolgung der Orthodoxen Kirche

Die Orthodoxe Kirche sah sich schärfster Verfolgung ausgesetzt. In einem streng vertraulichen Schreiben vom 19. März 1922 forderte Lenin die Mitglieder des Politbüros

Irgendwo in der Ukraine suchen Kinder zwischen den Pflastersteinen nach herabgefallenen Sonnenblumenkernen.

auf, die verzweifelte Lage der hungernden Bauern und die dadurch bedingte Schwächung ihrer Widerstandskraft für „die entscheidende und unerbittlichste Schlacht" gegen den Klerus zu nutzen. „Gerade jetzt und nur jetzt", so schrieb er, „wo in den Hungergebieten Menschenfleisch gegessen wird und auf den Straßen Hunderte, wenn nicht Tausende von Leichen liegen, können wir (und müssen wir deshalb) die Kirchenschätze mit wildester und schonungsloser Energie beschlagnahmen". Davon versprach sich der Sowjetführer nicht nur „einige Milliarden" Rubel für den Staatshaushalt, sondern vor allem auch die Ausschaltung des kirchlichen Einflusses auf die Gesellschaft „für einige Jahrhunderte". Mittels rücksichtslosem Terror sollte jeder Widerstand gebrochen werden: „Je mehr Vertreter des reaktionären Klerus und der reaktionären Bourgeoisie wir aus diesem Grund erschießen, desto besser."

Bürokratisierung des Parteiapparates

Mit der Straffung der Parteiorganisation ging ein weiterer Machtzuwachs des Politbüros und – trotz der angesagten „Bekämpfung des Bürokratismus" – eine fortschreitende Bürokratisierung des Apparates einher. Der am 3. April 1922 auf Vorschlag Lenins vom Plenum des Zentralkomitees (ZK) zum Generalsekretär gewählte Stalin vermochte es daher, den Auftrag des Politbüros zur Parteisäuberung zu persönlicher Machtentfaltung auf der Basis des Apparates zu nutzen. Künftig bot die „streng konsequente kommunistische Linie", wie eine von Lenin formulierte Resolution des Parteitages forderte, als bewährtes Mittel, „jede Art von Abweichung" rücksichtslos zu bekämpfen.

Die Partei wurde als „Kaderpartei" nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus" organisiert, das heißt, die Beschlüsse der höheren Parteiorgane waren für die niederen Organe unbedingt verbindlich. Dieselben Prinzipien galten für Staat und Gesellschaft. Die Entscheidungen der Partei bzw. ihrer Führungsgremien (Zentralkomitee, Politbüro, Sekretariat) waren für alle Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft verpflichtend und diese hatten für ihre Durchführung Sorge zu tragen. Dabei unterlagen sie wiederum der Kontrolle der Partei. Die Partei war somit die „lenkende Kraft", während die übrigen Organisationen als „Transmissionen" fungierten.

Ein sowjetisches Plakat aus dem Jahre 1922. Der Untertitel lautet „Hilf". Die Sowjetregierung appellierte an die Arbeiter der Industrienationen zu helfen. Tatsächlich lief eine große internationale Hilfsaktion an, die aber letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein konnte. Notwendig war eine Änderung der Wirtschaftspolitik.

Festigung der Macht

Die Tscheka wurde nach dem Ende des Bürgerkrieges aufgelöst, jedoch umgehend durch eine „Staatliche Politische Verwaltung" (GPU ▶ Tscheka) ersetzt, die bereits im Oktober 1922 erneut das Recht erhielt, Zwangsverschickungen und Todesstrafen zu verhängen. Je mehr im Wirtschaftssektor unter dem Schlagwort der „Neuen Ökonomischen Politik" unabhängige, der kommunistischen Doktrin zuwiderlaufende Kräfte freigesetzt wurden, desto rigoroser verlegten sich Parteifunktionäre auf die Festigung ihrer politischen Macht. Nachdem Trotzki auf dem Parteitag ihre „planmäßige Umwandlung ... in Apparate des Arbeiterstaates" angemahnt hatte, verloren auch die Gewerkschaften ihre unabhängige Kontrollfunktion.

Die „Neue Ökonomische Politik" mit ihrer begrenzten Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zauberte sofort ein wenn auch bescheidenes Angebot an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs auf die Märkte der Städte und Dörfer.

Die Gründung der Sowjetunion

Am 25. Januar 1918 hatte der Allrussische Rätekongreß die von der Verfassunggebenden Versammlung abgelehnte „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" als Staatsgrundgesetz verabschiedet. Der Text ging vollständig als erster Abschnitt in die Verfassung der RSFSR vom 10. Juli 1918 ein. Die beiden Artikel des ersten Kapitels lauteten:

1. Rußland wird zur Räterepublik der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale wie örtliche Gewalt steht diesen Räten zu.

2. Die Russische Räterepublik gründet sich auf die freie Vereinigung der freien Nationen als ein Bund nationaler Räterepubliken.

Der Status der Nationalitäten

Umstritten war, ob die Verfassung künftige Verhältnisse oder den Ist-Zustand beschreiben sollte, welche Kompetenzen den einzelnen Räten zufielen oder wie das Wahlrecht zu definieren war. Darüber hinaus bedurfte der Status der Nationalitäten in dem bis 1922 zwar wiederhergestellten, aber verkleinerten und veränderten Reich konkreter Bestimmung.

Mit der „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands" war der Rat der Volkskommissare am 2. (15.) November 1917 für den Erhalt des Reiches auf neuer Grundlage eingetreten. Die Oktoberrevolution habe, so hieß es darin, Rußland aus der Knechtschaft der Gutsbesitzer, Generäle und Kapitalisten befreit. Nun bedürften noch „die Völker Rußlands" der „Entsklavung" durch eine „offene und ehrliche Politik, die zu einem vollen gegenseitigen Vertrauen" führe. Der solchermaßen zu begründende „ehrliche und feste

Bund" werde als revolutionäre Kraft „den Angriffen der imperialistisch-annexionistischen Bourgeoisie" standhalten.

Die von Lenin und Stalin unterzeichnete Proklamation bekannte sich am Ende zu vier allgemeinen Prinzipien:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates.
3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen.
4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen.

Ein dramatischer Aufruf des Rates der Volkskommissare „An die gesamte werktätige muslimische Bevölkerung in Rußland und im Orient" vom 3. (16.) Dezember 1917 beschwor die Abkehr der neuen Macht von der Unterdrückung der Vergangenheit, um jene zum Verbleib im Staatsverband zu bewegen:

„Russische Moslems, Tataren von der Wolga und von der Krim, Kirgisen und Sarten Sibiriens und Turkestans, Türken und Tataren jenseits des Kaukasus, Tschetschenen und Bergvölker des Kaukasus, alle, deren Moscheen und Bethäuser zerstört wurden, deren Glauben und Sitten von den Herrschern und Unterdrückern Rußlands mit Füßen getreten wurden!
Von nun an sollen Eure Religionen und Sitten, Eure nationalen und kulturellen Einrichtungen frei und unantastbar sein!
...
Orientalische Moslems, Perser und Türken, Araber und Inder ... wir erklären, daß die Geheimverträge des gestürzten Zaren über die Eroberung von Konstantinopel, die der gestürzte Kerenskij bestätigt hat, von nun an null und nichtig sind. Die russische Republik und ihre Regierung, der Rat der Volkskommissare, sind gegen die Eroberung von fremden Ländern ..."

Zentralistische Befehlsstruktur

Nur sehr bedingt fanden sich aber diese Vorgaben und Verpflichtungen in der Verfassung der RSFSR vom Juli 1918 wieder. Ein ausdrücklicher Hinweis auf die konkreten Rechte der Nationalitäten fehlte. Somit blieb das Bekenntnis des 3. Allrussischen Rätekongresses vom Januar 1918 uneingelöst. Statt dessen überwog insgesamt eine zentralistische hierarchische Befehlsstruktur des Rätesystems.

Wählen durften auch nur diejenigen, „die ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit bestreiten". Städtische Arbeiter und Angestellte genossen durch ein direktes Wahlverfahren Bevorzugung vor den Bauern. Das aktive und passive Wahlrecht blieb allen Personen vorenthalten, „die zwecks Erzielung von Gewinn Lohnarbeiter verwenden, die von arbeitslosem Einkommen leben wie: Zinsen, Kapital ... usw.", sowie allen Privatkaufleuten, Mönchen und Priestern, Angehörigen der ehemaligen Polizei, Mitgliedern des vormaligen Herrscherhauses, Geisteskranken und Vorbestraften.

Ab 1921 beginnt Sowjetrußland eine Reihe von Handelsverträgen mit westlichen Ländern abzuschließen. Das Bild zeigt den sowjetischen Delegierten Krassin mit Gattin in London anläßlich der Wirtschaftsverhandlungen mit Großbritannien.

Die Vermeidung konkreter Festlegungen mochte sich aus der militärischen Lage des Sommers 1918 erklären, doch entpuppte sich das vermeintliche Provisorium als endgültige Regelung. Dem Vorbild der RSFSR wurden alle Verfassungen der bisher nur lose verbundenen nationalen Sowjetrepubliken angeglichen. Im Transkaukasus fand die 1918 entstandene, unabhängige Transkaukasische Demokratische Föderative Republik im März 1922 eine Nachfolgerin unter der roten Fahne in der „Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik". Sie vereinigte Armenien, Aserbaidschan und Georgien und bestand bis zur Stalin-Verfassung von 1936. Neben der RSFSR, der Ukrainischen SSR und der Belorussischen SSR gehörte sie zu der im Dezember 1922 gebildeten „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" (UdSSR).

Die Verfassung der UdSSR von 1922

Aus dem Vertragsvorschlag des 10. Allrussischen Sowjetkongresses „26. Dezember 1922" ging die – am 30. Dezember vom I. Allunions-Sowjetkongreß gebilligte – Verfassung hervor. Sie sah eine „freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker" vor und bekräftigte das Recht der vier Republiken auf „freien Austritt aus dem Bundesstaate". In der Verfassungswirklichkeit blieb dieses Recht Fiktion, da es weder einklagbar noch gegen die über den Parteiapparat gesicherte Vorherrschaft der Zentralgewalt durchsetzbar war. Letzterer oblagen unter anderem die gesamte Außenpolitik, der Außenhandel, die Wirtschaftsplanung, die Landesverteidigung, das Justizwesen, die Volksbildung und das Gesundheitswesen sowie die Verfügungsgewalt über alle natürlichen Ressourcen.

Keine wirkliche Bedeutung besaß auch das Recht auf „selbständigen" Gebrauch der „Staatsmacht" einer Republik in den eigenen Grenzen. Formal fungierte der erstmals am 30. Dezember 1922 zusammengetretene, jährlich tagende Allunionssowjet (mit 2215 Delegierten, davon 1727 aus der RSFSR, 364 aus der Ukraine, 91 aus der Transkaukasischen und 33 aus der Belorussischen SSR) als oberstes Staatsorgan, dessen Geschäfte zwischen den Tagungen das Zentrale Exekutivkomitee (ZEK) führte. Das ZEK bestand aus dem Unionsrat und dem Nationalitätenrat. Zwischen den Sitzungen des ZEK übernahm wiederum dessen Präsidium (21 Mitglieder) die Aufgaben des „höchsten legislativen, ausführenden und verfügenden Organs der UdSSR". Es konnte Verordnungen des Rates der Volkskommissare und der Zentralen Exekutivkomitees sowie der Rätekongresse der Unionsrepubliken aufheben und mußte sich dies nur im letzten Fall vom Allunionskongreß bestätigen lassen. Nicht vorgesehen war ein nominelles Staatsoberhaupt. Eine vergleichbare Aufgabe übernahm der Erste Vorsitzende des Präsidiums mit rein repräsentativen Pflichten (von 1923 bis 1946 M. I. Kalinin, von 1946 bis 1953 N. M. Schwernik). Die faktische Regierungsgewalt übte weiterhin der Rat der Volkskommissare aus.

Zwei wesentliche Bereiche ließ die Verfassung unerwähnt. Erstens fehlte ein Katalog von Grundrechten. Die „Befestigung der revolutionären Gesetzesordnung" oblag nun einem Obersten Gerichtshof der UdSSR,

dem ordentliche Gerichte und Sondergerichte unterstanden. Die Justizreform von 1922 sollte zwar durch den Erlaß einer Strafprozeßordnung, eines Strafgesetzbuches, eines Gesetzes über die Staatsanwaltschaft, eines Gerichtsverfassungsgesetzes, eines Zivilgesetzbuches und einer Zivilprozeßordnung die „revolutionäre Willkür" durch „Gesetzlichkeit" ablösen. Doch fehlten in der Praxis die Garantie für die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtssicherheit. Zweitens war in der Verfassung von 1922 die eigentliche Machtinstanz des Staates, die Kommunistische Partei, an keiner Stelle konkret faßbar. Sie hielt alle Fäden der Politik fest in der Hand und war personell mit den Regierungsgeschäften verflochten.

Außenpolitik zwischen Weltrevolution und Staatsräson

Erwartung der Weltrevolution

Die sowjetrussische Außenpolitik nach der Oktoberrevolution stand ganz im Zeichen weltrevolutionärer Erwartungen. Anders als der amerikanische Präsident Woodrow Wilson verband Lenin mit dem scheinbar gleichlautenden Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker eine globale revolutionäre Perspektive. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Exil sagte er in einer Rede vom 3. (16.) April 1917 auf dem Finnländischen Bahnhof in Petrograd:

> „Der imperialistische Raubkrieg ist der Beginn eines Bürgerkrieges in ganz Europa ... Die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution hat schon begonnen ... In Deutschland brodelt es ... Der ganze europäische Imperialismus kann jeden Tag zusammenbrechen, wenn nicht heute, so morgen."

Das Mutterland der Revolution bot sich den vom Kapitalismus befreiten Völkern als natürlicher Verbündeter an. Nur wenige radikale Stimmen – wie etwa Bucharin – glaubten, der Entwicklung auch noch durch einen „revolutionären Krieg" nachhelfen zu müssen. Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, die Ausrufung von Räterepubliken in Ungarn im März 1919 und einen Monat später in Bayern schienen eher für den zwangsläufigen Zusammenbruch alter oder neuer bürgerlicher Regime zu sprechen.

„Gerechter Krieg"

Da die Weltrevolution jedoch ausblieb, gerieten die Bolschewiki rasch in die außenpolitische Isolation. An einen grenzüberschreitenden Bürgerkrieg war vorerst nicht mehr zu denken. Allerdings hielt Lenin an seiner Überzeugung von der Notwendigkeit eines solchen „gerechten Krieges" fest:

> „Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und tierische Sache verurteilt. Aber unsere Stellungnahme zum Krieg ist grundsätzlich anders als die der bürgerlichen Imperialisten ... (Wir unterscheiden uns von ihnen) durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, den Kriegen ohne die Aufhebung der Klassen und den Sieg des Sozialismus eine Ende zu bereiten; wir unterscheiden uns von ihnen ferner dadurch, daß wir die Berechtigung, den fortschrittlichen Charakter, die Notwendigkeit der Bürgerkriege voll und ganz anerkennen, daß heißt der Kriege der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie."

Stalin bekräftigte später diese Maxime. Sie blieb Kern des außenpolitischen Denkens der russischen Kommunisten, wenngleich der offensiv-expansive Zug zeitweise in den Hintergrund trat.

Internationale Anerkennung

Der innenpolitische Stabilisierungskurs der NEP bedurfte äußerer Absicherung. Da die Weltrevolution ausgeblieben war, verkündete Lenin die These von der zeitweiligen Parallelexistenz des Sowjetstaates mit den kapitalistischen Ländern. Die herkömmliche Diplomatie wurde neu belebt und erhielt die Aufgabe, Handelsbeziehungen herzustellen und Kredite zu beschaffen. Auf diesem Wege gelang es bis 1933, die diplomatische Anerkennung der wichtigsten Staaten zu erlangen, angefangen von Deutschland (1922) bis zu den Vereinigten Staaten von Amerika (1933). Das erste Handelsabkommen war am 16. März 1921 mit Großbritannien abgeschlossen worden.

Den Durchbruch in den internationalen Beziehungen hatte der am 16. April 1922 am Rande der Internationalen Wirtschaftskonferenz von Genua vom deutschen Außenminister W. Rathenau und dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten G. W. Tschitscherin unterzeichnete Vertrag von Rapallo gebracht. Beide Seiten verzichteten auf den Ersatz von Kriegskosten, Kriegs- und Zivilschäden, vereinbarten diplomatische und konsularische Beziehungen und räumten einander im Wirtschaftsverkehr die Meistbegünstigung ein. Der Vertragsabschluß erregte beträchtliches Aufsehen, waren die Partner doch nicht nur zwei einstige erbitterte Kriegsgegner, sondern vor allem zwei sich als Benachteiligte des Versailler Vertrages fühlende einstige Großmächte. Trotz Spekulationen über Geheimabsprachen blieb die schon vorher vereinbarte Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, die bis 1933 währte, vorerst unbekannt. Im Jahre 1926 schlossen die Sowjetunion und das Deutsche Reich zusätzlich ein Neutralitätsabkommen (Berliner Vertrag).

Bereits vor der Rückkehr auf das diplomatische Parkett Europas stand eine Wendung nach Asien, die unter die lockende Parole eines gemeinsamen antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes gestellt wurde. Vor allem Stalin, der Volkskommissar für Nationalitätenfragen, trat in Artikeln wie „Vergeßt den Osten nicht!" für Bündnisse im Nahen und Fernen Osten ein, die den einstigen oder verbliebenen Kolonialmächten bedrohlich werden konnten.

Zweigleisige Außenpolitik

Die sowjetische Außenpolitik fuhr zweigleisig: Zum einen blieb die sowjetische Führung ihrem (welt-)revolutionären Anspruch verpflichtet, zum anderen schien sie eine tradi-

Vertrag von Rapallo: Reichskanzler Joseph Wirth (2.v.l.) im Gespräch mit den sowjetischen Delegierten Krassin und Tschitscherin.

tionelle Diplomatie betreiben zu wollen. In einem Referat am Rande des 8. Sowjetkongresses vom 21. Dezember 1920 erklärte Lenin:

„Unsere Außenpolitik besteht, solange wir allein sind und die kapitalistische Welt stark ist, ... darin, daß wir die Differenzen ausnützen müssen (alle imperialistischen Mächte zu besiegen wäre natürlich das angenehmste, aber wir werden noch ziemlich lange nicht imstande sein, das zu tun) ... Der Frieden von Versailles hat eine solche Situation geschaffen, ... daß die einzige Rettung für Deutschland ein Bündnis mit Sowjetrußland ist ... Sie sind wütende Feinde Sowjetrußlands, sie hassen die Bolschewiki, sie erschießen ihre eigenen Kommunisten, wie es richtiggehende Weißgardisten tun ..., aber die internationale Lage drängt sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Sowjetrußland. Das, Genossen, ist der zweite Eckpfeiler unserer ... Außenpolitik: den Völkern, die sich der kapitalistischen Unterjochung bewußt werden, zu beweisen, daß es für sie keine andere Rettung gibt als die Sowjetrepublik."

Frühe „Zwei-Lager-Theorie"

Lenin erhoffte sich eine „Atempause" für die späteren, unvermeidlichen Konflikte mit den „imperialistischen" Staaten. Diese Perspektive erhielt 1923 auch Verfassungsrang:

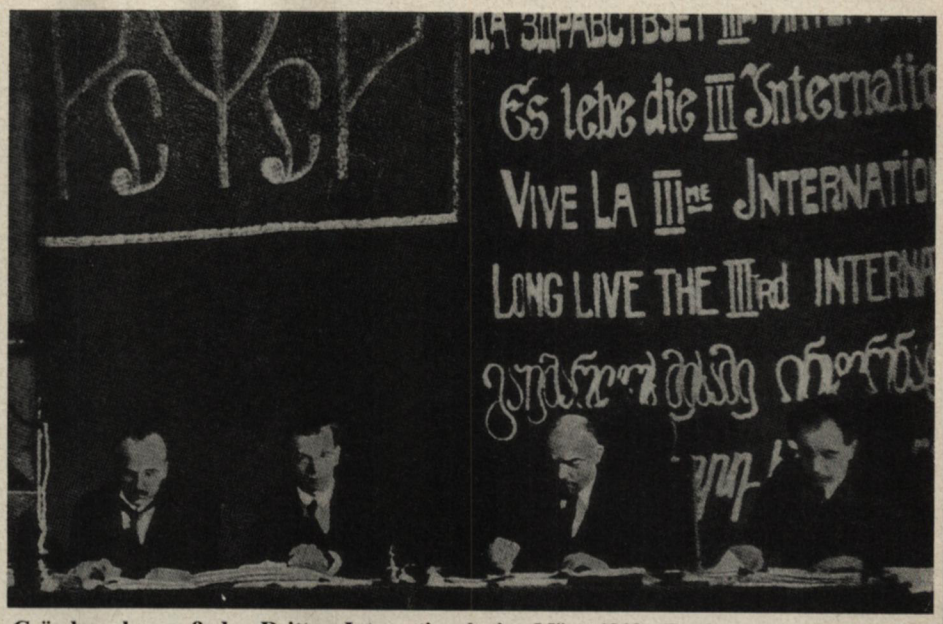
„Seit der Bildung der Sowjetrepubliken zerfielen die Staaten der Welt in zwei feindliche Lager: in das Lager des Kapitalismus und in das Lager des Sozialismus. Dort, im Lager des Kapitalismus, herrschen nationale Feindseligkeiten und Ungleichheit, koloniales Sklaventum, Chauvinismus, nationaler Haß und Pogrome, imperialistische Grausamkeit und Kriege – hier, im Lager des Sozialismus, gegenseitiges Vertrauen und Friede, nationale Freiheit und Gleichheit, friedliches Zusammenleben und brüderliches Zusammenarbeiten."

Diese Lage verlangte nach einer „Einheitsfront der Sowjetrepubliken gegenüber der kapitalistischen Umgebung" als Grundstein „auf dem Weg in eine sozialistische Familie" künftiger Rätestaaten. Der spätere „Sowjetpatriotismus", die „Zwei-Lager-Theorie" und die These von der „Friedlichen Koexistenz" wurzeln somit in der frühen Sowjetzeit.

Komintern

Neben dem regulären außenpolitischen Apparat bestand seit dem März 1919 mit Sitz in Moskau die Dritte (Kommunistische) Internationale (Komintern), deren Ziel nach Lenins Vorstellung die Zusammenfassung der kommunistischen Weltbewegung in eine „einzige kommunistische Weltpartei" mit nationalen Sektionen war. Die Führung übernahmen die sowjetischen Kommunisten. Bereits 1914 und dann wieder in den „April-Thesen" von 1917 hatte Lenin die Ablösung der alten, sozialistischen Zweiten Internationale durch eine neue, „revolutionäre" gefordert. Deren Mitgliedsparteien sollten, wie er in einem Thesenentwurf von 1920 schrieb, nach der „Übergangsform" einer Föderation in der „völligen Einheit der Werktätigen verschiedener Nationen" aufgehen. Ein Neujahrsaufruf der Komintern von 1920 faßte dies in die Worte: „Wir werden auch in Berlin und Warschau, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen, und die Macht der Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt erstrecken!" Neben den offiziellen Kommunistischen Parteien arbeiteten Geheimorganisationen, die Aufstände oder Revolutionen vorbereiteten.

Als Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik diente die Komintern einerseits weltrevolutionären Bestrebungen und stellte andererseits einen schwer berechenbaren verlängerten Arm des Außenministeriums dar. Diese „undurchsichtige Doppelbödigkeit" erlaubte es zu Zeiten, mal die russische Staatsräson ideologisch, mal den sowjetischen Weltherrschaftsanspruch pragmatisch zu verschleiern und miteinander in Einklang zu bringen.



Gründungskongreß der Dritten Internationale im März 1919. Zweiter von rechts Lenin. Rechts neben Lenin der Delegierte G. Eberlein (Deutschland), links von ihm F. Platten (Schweiz), die beide Opfer der stalinistischen Säuberungen wurden.

Das Erbe Lenins

Lenin hat nur noch begrenzt die Ausformung des Kurswechsels von 1921 mitgestalten können. Ein Schlaganfall zwang ihn im Mai 1922 zu einem mehrmonatigen Rückzug aus der Politik. Nach kurzzeitiger Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte trat er im November letztmals öffentlich auf. Im Dezember erlitt er einen zweiten Schlaganfall, im März 1923 einen dritten, der ihn halbseitig lähmte und der Sprache beraubte. Seine Wahl zum Vorsitzenden der ersten Unionsregierung, des Rates der Volkskommissare der UdSSR, am 6. Juli 1923 war ein bloß symbolischer Akt. Am 21. Januar 1924 starb Lenin.

Lenins „Politisches Testament"

Zwischen Dezember 1922 und März 1923 diktierte Lenin letzte Briefe und Aufzeichnungen. Sie gelten als sein politisches „Testament". Ansätze einer Revision seiner Weltanschauung oder Zweifel an seiner Politik finden sich darin nicht. Wichtig war allenfalls der Versuch, Stalin wegen charakterlicher Mängel aus der Schaltstelle der Partei entfernen zu lassen.

N. Bucharin hingegen erschien dem Parteiführer zwar als „ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei", und er gelte mit Recht als „Liebling der ganzen Partei". Seine theoretischen Anschauungen wollte Lenin aber nur „mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen" rechnen.

Der todkranke Sowjetführer richtete keinen kritischen Blick zurück. Ihn bewegte allein die künftige Gefahr, das Erreichte könnte verspielt werden. Seine Einschätzung von Stalins Charakter mochte zutreffen und sogar prophetische Züge tragen. In den politischen Zielvorstellungen kamen im „Testament" keine neuen richtungsweisenden Themen hinzu. Dafür fehlten Lenin nicht nur die Kraft und vom Krankenbett aus die Einflußmöglichkeiten, sondern vor allem die Fähigkeit, jenseits von taktischen Kursänderungen Grundprinzipien der bisherigen Politik in Frage zu stellen. Längst war der Machtkampf in der Partei um das zwiespältige Erbe ausgebrochen (dem Politbüro gehörten neben Lenin, Stalin und Trotzki Sinowjew und Kamenjew als Mitglieder, Bucharin, Kalinin und Molotow als Kandidaten an), ohne daß der todkranke Lenin ernsthaft noch hätte eingreifen können.

Lenins letzte Gedanken kreisten – abgesehen von den personalpolitischen Überlegungen – um die Praxis der Nationalitätenpolitik, die Bürokratisierung des Partei- und Staatsapparates sowie die Notwendigkeit einer Über-

windung der kulturellen Rückständigkeit des Landes. Die Einheit der von ihm geprägten Partei neuen Typs hatte ihm stets am Herzen gelegen, und er hatte sie zuletzt 1921 mit eiserner Hand um den Preis der endgültigen Beseitigung innerparteilicher Demokratie durchgesetzt. Die unerbittliche Verdammung der internationalen Sozialdemokratie als besonders zu bekämpfender Teil der „bürgerlich-kapitalistischen" Welt wurde festgeschrieben. Lenin selbst leitete die Machtkonzentration in wenigen Gremien und Händen ein. Nach der Auffrischung der Mitgliederreihen durch gezielte Werbung unter Arbeitern im Jahre 1924 („Lenin-Aufgebot") bot die erneut von „unzuverlässigen Elementen" gesäuberte Partei dem skrupellosen Generalsekretär Stalin ein geeignetes Betätigungsfeld für sein persönliches Machtstreben, denn eine wirksame Kontrolle war nicht vorhanden. In der demokratisch traditionslosen bzw. bewußt traditionsbrüchigen Partei mußte sich dies fatal auswirken.

Bilanz der Herrschaft Lenins

Zur Bilanz von Lenins Herrschaft ist festzuhalten:

● Die Russische Revolution war nur in einem engeren Sinne das Werk einzelner Persönlichkeiten wie Lenin und Trotzki. Sie wirkten im Rahmen eines epochenübergreifenden Veränderungsprozesses mit tiefliegenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen und nationalen Ursachen. Die von Lenin geformte Partei verstand es aber, als entschlossene Minderheit die Forderungen und Hoffnungen der Völker des Reiches, der Bauern, der Arbeiter und Teilen der Intelligenz für die Machtübernahme zu nutzen. Als deutlich unterlegen erwiesen sich im Machtkampf die parlamentarisch-demokratischen Kräfte, weil der Mangel an „demokratischer Kultur" in Rußland der „Elitepartei" entgegenkam.

Aus Lenins „Testament"

Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Anderseits zeichnet sich Gen. Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen ...

Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch *einen* Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.

Brief an den Parteitag, 24. 12. 1922, und Ergänzung hierzu, 4. 1. 1923.
Aus: W. I. Lenin. Werke. Bd. 36: 1900–1923. Berlin (Ost) 1962, S. 579 f.

Zu Beginn des Jahres 1921 erkrankte Lenin schwer. Dennoch verbrachte er die meiste Zeit in Gorki bei Moskau. An diesem Zufluchtsort empfing er nur wenige Besucher. Die Echtheit des Fotos links wurde lange bezweifelt. Auch wenn es mehrfach retuschiert wurde, geht es anscheinend doch auf mehrere authentische Aufnahmen zurück, die Lenins Schwester Maria Uljanowa bei einem Besuch Stalins in Gorki im Sommer 1922 machte. Stalin schienen diese aber nicht zu genügen, denn zu Beginn der dreißiger Jahre wurde ein völlig zusammengestükkeltes Bild verbreitet (rechts). Lenin sitzt tief in seinem Lehnstuhl; daneben hat ein väterlich erhöhter Stalin auf einem kaum angedeuteten Stuhl Platz genommen. Ein Großteil der Propagandabilder aus der Stalin-Ära zielt darauf ab, die Erinnerung an Lenins Testament auszulöschen und dagegen die „enge Freundschaft" zwischen beiden Männern zu betonen.
Aus: Alain Jaubert: Fotos, die lügen. Politik mit gefälschten Bildern, Athenäum Verlag, Frankfurt/Main 1989, S. 39.

● Den eigentlichen sozialen Kern der Russischen Revolution bildete die Bauernfrage. Die Zugeständnisse der Bolschewiki in diesem Bereich waren nur taktischer Natur. Grundsätzlich hielten sie den russischen Bauern und die überkommene Agrarstruktur für den Inbegriff der Rückständigkeit und für „kapitalistische" Übergangsphänomene. Schon zu Zeiten des „Kriegskommunismus" schuf ein dämonisierendes Feindbild die Voraussetzungen für den unter Stalin in einer „Revolution von oben" geführten Krieg gegen die Bauern.

● Lenins unbedingter Wille, das Land dem Kommunismus zuzuführen und dafür Gewalt als legitimes Mittel zu betrachten sowie menschliches Leid in großem Maßstab in Kauf zu nehmen, zeichnete der Partei von Beginn an einen verhängnisvollen Weg vor. Das Wohl der Bevölkerung war stets den Interessen der Partei oder ihrer Führer und der Staatsräson untergeordnet. Von Beginn an trug die Herrschaft totalitäre Züge, da eine wirksame Kontrolle der Macht durch Gewaltenteilung oder Meinungs- bzw. Parteienpluralismus unterbunden worden war.

● Die Partei des Friedens von 1917/18 blieb eine taktische Episode. Zur Richtschnur der Außenpolitik wurde bald Lenins Wort von der Notwendigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Welt. Deshalb konnte das Angebot „friedlicher Koexistenz" bloß befristet gelten und blieb stets durch die von Lenin vorformulierte „Zwei-Lager-Theorie" in Frage gestellt. Auf dieser Basis konnte die sowjetische Außenpolitik mit einer mal nüchtern-sachlichen, mal revolutionär-drohenden Vorgehensweise sowie einer undurchsichtigen Arbeitsteilung zwischen Organen der Diplomatie und des Klassenkampfes beachtliche Erfolge erzielen.

● Bereits zum Zeitpunkt der Gründung der Sowjetunion stellten das föderative, das nationale und das Räteelement nur mehr formale Etiketten eines großrussischen und parteilichen Zentralismus dar. Abgesehen von den westlichen Randgebieten hatten die Bolschewiki das gesamte Gebiet des ehemaligen Zarenreiches der Sowjetherrschaft unterworfen. Ihnen gelang damit die Vereinigung des zerbrochenen Imperiums auf neuer Grundlage. Während Stalin das neue Staatswesen als „zentralisierte Föderation" bezeichnete, war es tatsächlich ein zentralistischer Einheitsstaat großrussischer Prägung.

Alexander Fischer/Mechthild Lindemann

Auf- und Ausbau der Herrschaft Stalins

Der Aufstieg zur Macht

Die Nachfolger Lenins standen vor erheblichen wirtschaftlichen Problemen. Zwar hatte die „Neue Ökonomische Politik" die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln einigermaßen sicherstellen können; der Arbeitskräfteüberhang auf dem Lande konnte wie die wachsende Arbeitslosenzahl in den Städten jedoch nur durch den Ausbau der Industrie beseitigt werden. Auch war die technologische Rückständigkeit gegenüber den führenden Industrienationen Westeuropas immer noch nicht beseitigt.

Furcht vor Einkreisung

Diese Situation erschien aus der Perspektive der sowjetischen Führung nicht nur in ideologischer Hinsicht unhaltbar, sondern auch aus Furcht vor einer bewaffneten Auseinandersetzung „mit dem Kapitalismus" in der die Sowjetunion bei der gegebenen industriellen und rüstungstechnischen Entwicklung unterliegen würde. Mitte der 20er Jahre glaubten die verantwortlichen Politiker in Moskau die erneute Bildung einer westlichen, gegen die UdSSR gerichteten Einheitsfront zu erkennen, deren Ziel die Einkreisung des Sowjetstaates sei. Nach den Worten des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, W. W. Kujbyschew, war die Frage einer beschleunigten Industrialisierung daher „eine prinzipielle Frage nicht nur unserer Wirtschaftspolitik, sondern auch eine prinzipielle Frage des Kampfes des Sozialismus mit dem Kapitalismus, sowohl im Lande wie nach außen".

Ein Industrialisierungsprogramm war aber von einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion abhängig. Da Investitionen aus dem Ausland ausblieben, konnte die Finanzierung des industriellen Sektors nur durch Agrarexporte erfolgen. Dem stand eine Landwirtschaft entgegen, in der Klein- und Kleinstbetriebe auf einer Vielzahl von Parzellen gerade genug für den Eigenverbrauch erwirtschafteten, während die finanzkräftigeren Mittel- und Großbauern ihre Überschüsse nicht mehr in vollem Umfang auf den Markt brachten, da kein entsprechendes industrielles Warenangebot zur Verfügung stand.

Streit um den Kurs in der Wirtschaftspolitik

An der Frage, wie man dieser Situation Herr werden konnte, schieden sich in der bolschewistischen Führung die Geister. Eine Gruppe um Trotzki, den Vorsitzenden der Komintern G. E. Sinowjew und den Politbürovorsitzenden L. B. Kamenjew trat für eine rasche und umfassende Industrialisierung und für die Kollektivierung der Landwirtschaft ein, deren Kosten durch eine stärkere Belastung der wohlhabenderen Bauern gedeckt werden sollten. Dagegen verfolgten die Anhänger Nikolaj Bucharins einen gemäßigteren Kurs. Alle Bereiche, auch die privaten Bauernwirtschaften sollten gleichermaßen gefördert werden. Ihnen sollten durch eine Vergrößerung des Angebots an Konsumgütern und Industrieerzeugnissen Anreize zur Produktionssteigerung gegeben werden.

Ausschaltung der „linken" und „rechten" Opposition

Vor dem Hintergrund dieser innerparteilichen Diskussion spielte sich der mehrjährige Kampf um die Macht im sowjetischen Staat ab, aus dem letztlich Stalin als Sieger hervorging. Der als Nachfolger Lenins gemeinhin favorisierte Trotzki zeigte sich seinen von Stalin angeführten Gegnern nicht gewachsen. Frühzeitig hatte der von einem elementaren Machtehrgeiz besessene Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei begonnen, seine Position dazu zu nutzen, den Parteiapparat an zentralen Stellen mit Funktionären seiner Wahl zu durchsetzen. Zudem zeigte er sich als Meister im Ausnutzen wechselnder Koalitionen:

● Schon im Januar 1925 konnte Stalin so seinen schärfsten Rivalen Trotzki mit Hilfe Sinowjews und Kamenjews aus dem Amt des Volkskommissars für Verteidigung verdrängen. Auf dem XV. Parteikongreß der KPdSU (B) im Dezember 1927 aus der Partei ausgeschlossen, wurde Trotzki im Januar 1928 nach Alma-Ata in Kasachstan verbannt und ein Jahr später auf Betreiben Stalins sogar aus der Sowjetunion ausgewiesen.

● Der nächste Schlag des Generalsekretärs richtete sich gegen seine früheren Bundesgenossen Sinowjew und Kamenjew. Schon auf dem XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei im Dezember 1925 begann er, beide öffentlich zu diffamieren und zu isolieren. Bei ihrer endgültigen Ausschaltung als „linke Opposition" auf dem von ihm und seinen Kadern beherrschten XV. Parteitag von 1927 konnte sich Stalin auf Bucharin, den „Liebling der ganzen Partei" (Lenin), auf Rykow, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und auf den Gewerkschaftsführer Tomskij stützen.

● Nach dem Ausschluß Trotzkis, Sinowjews und Kamenjews aus Politbüro, ZK und Partei begann der Kampf gegen die bisherigen Parteigänger des Generalsekretärs. Auch Bucharin, Tomskij und Rykow verloren, als „rechte Opposition" gebrandmarkt, 1929/30 ihre Parteiämter.

Stalin: Aufbau des Sozialismus in einem Land

Stalins Weg zur Alleinherrschaft war damit frei. Sie stand im Zeichen seiner erstmals 1924 verkündeten, in scharfem Gegensatz zu Trotzkis Lehre von der „permanenten Revolution" stehenden Doktrin vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land". Während Trotzki in seiner – in ihren Anfängen auf das Jahr 1905 zurückgehenden – Theorie wie selbstverständlich vom zwangsläufigen Übergang einer bürgerlichen in eine sozialistische Revolution sowie von ihrem unvermeidlichen Übergang zur Weltrevolution ausgegangen war, orientierte Stalin die Revolution am russischen Maßstab. Das ursprüngliche Ziel des Sowjetstaates, die Auslösung der Weltrevolution, wurde damit der Verwirklichung eines Gesellschaftsmodells untergeordnet, dessen Wirkung in seinem Vorbildcharakter für die Kommunisten der Welt („kommunistische Weltbewegung") bestehen sollte.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Der energisch vorangetriebene Aufbau des Sozialismus Stalinscher Prägung führte zu umwälzenden Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur Sowjetrußlands.

In einem Tempo durchgeführt, von dem nicht einmal die Parteilinke um Trotzki zu träumen gewagt hätte, sollten sie nicht zuletzt der Herrschaftssicherung der Partei und damit Stalins dienen.

Die „Revolution von oben"

Der Wunsch nach Angleichung des Sowjetstaates an das Niveau westlicher Industriestaaten war schon auf dem XV. Parteitag der KPdSU (B) von 1927 ausschlaggebend für den Beschluß gewesen, die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie eine beschleunigte Industrialisierung umgehend in Angriff zu nehmen. Die daraufhin im Laufe des ersten Fünfjahrplans (1928/29–1932/33) einsetzende Umstrukturierung begann mit Eingriffen in die seit der Neuen Ökonomischen Politik von der groß- und mittelbäuerlichen Schicht („Kulaken") geprägte, ertragsmäßig erstarkte Landwirtschaft.

Bauernversammlung in den zwanziger Jahren. Der Dorfvorsteher kündigt vielleicht schon die bevorstehende Kollektivierung an (oben).

Im Winter 1929/30 begann die Zwangskollektivierung. Diese Bäuerinnen eines ukrainischen Dorfes stimmen geschlossen „freiwillig" für den Eintritt in den Kolchos (Mitte).

Unten eines der im ganzen Land verbreiteten Propagandafotos zur Kollektivierung. Stalin und der Bürgerkriegsheld Marschall Budjonny (links über ihm) lassen sich mit wohlgenährten Bauern fotografieren.

Zwangskollektivierung und „Entkulakisierung“

Aus der „Geschichte der KPdSU“

Die Partei wußte wohl: solange nicht der Widerstand des Kulakentums gebrochen, solange nicht das Kulakentum in offenem Kampfe vor den Augen der Bauernschaft geschlagen sein wird, werden die Arbeiterklasse und die Rote Armee Brotmangel leiden und wird die Kollektivierungsbewegung der Bauern keinen Massencharakter annehmen können.

Entsprechend den Direktiven des XV. Parteitags ging die Partei zur entschiedenen Offensive gegen das Kulakentum über. In ihrer Offensive verwirklichte die Partei die Losung: fest gestützt auf die arme Bauernschaft und das Bündnis mit den Mittelbauern stärkend, einen entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum einzuleiten. Als Antwort auf die Weigerung des Kulakentums, dem Staat die Getreideüberschüsse zu festen Preisen zu verkaufen, führten die Partei und die Regierung eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum durch, brachten den Artikel 107 des Strafgesetzbuchs zur Anwendung, wonach die Getreideüberschüsse der Kulaken und Spekulanten gerichtlich beschlagnahmt werden, falls sie sich weigern, diese Überschüsse dem Staat zu festen Preisen zu verkaufen, und gewährten der Dorfarmut eine Reihe von Vergünstigungen, durch welche der armen Bauernschaft 25 Prozent des beschlagnahmten Getreides der Kulaken übergeben wurden.

Die außerordentlichen Maßnahmen verfehlten nicht ihre Wirkung: die armen Bauern und die Mittelbauern schlossen sich dem entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum an, das Kulakentum wurde isoliert, der Widerstand des Kulakentums und der Spekulanten wurde gebrochen. Ende 1928 standen dem Sowjetstaat bereits genügende Getreidevorräte zur Verfügung, und die Kollektivierungsbewegung ging festeren Schrittes voran.

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946, S. 353 f.

Liquidierung des Kulakentums als Klasse

Eine Woche nach seinem fünfzigsten Geburtstag sprach Stalin auf einer Konferenz von marxistischen Agrarwissenschaftlern. Seine Rede war auch insofern bemerkenswert, als er noch vor einem Beschluß des ZK verkündete:

„Das bedeutet, daß wir von der Politik der Einschränkungen der Ausbeutertendenzen des Kulakentums übergegangen sind zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse.“

Unüberhörbar kündigte sich die Katastrophe an, die Millionen von Menschen großes Leid bringen sollte. Im Jahr 1937 erreichten die Gewalt und die Gesetzlosigkeit ihren Höhepunkt. Es traf in hohem Maße die Intelligenz; deshalb ist es nicht verwunderlich, daß darüber viel geschrieben wurde und jene Periode ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte.

Aber schon Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ergriff der stählerne Besen eine viel größere Zahl von Menschen. Unter ihnen befanden sich womöglich nicht wenige Feinde der Sowjetmacht, jedoch unermeßlich mehr Unschuldige: Mittelbauern, die den Kulaken hinzugerechnet wurden, Bauern und deren Familien, die nicht in die Genossenschaften gehen wollten.

Die Gewalt bereitete sich ein Festmahl. Es traf die Fleißigsten, Fähigsten, Sparsamsten und Ideenreichsten. Selbstverständlich befanden sich unter ihnen auch einige, die der neuen Macht reserviert gegenüberstanden. Aber Stalin und seine Helfer machten sie alle zu Feinden des Sozialismus, die „unschädlich“ gemacht werden mußten. Eine spezielle Kommission erstellte Anfang Januar 1930 einen Entwurf für einen Beschluß des ZK „Über das Tempo der Kollektivierung und über die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau“. Die Fristen, die darin vorgeschlagen wurden, verkürzte Stalin (eigenhändig!) gleich zweimal. Ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage, ohne positive und negative Faktoren in Betracht zu ziehen, forderte der Generalsekretär hartnäckig: schneller, schneller, schneller! Berichte, Vorträge, Flugblätter an die Gouvernementskomitees und die Amtsbezirke. Eine Masse von Bevollmächtigten. Die einen machten Versprechungen: „Traktoren, Petroleum, Salz, Streichhölzer, Seife – alles werdet ihr erhalten, je schneller ihr euch den Kolchosen anschließt!“ Die anderen gingen entschiedener vor: „Wer nicht in die Kolchose will, der ist ein Feind der Sowjetmacht!“ Ausschreitungen, Streit, Gewehre mit abgesägtem Lauf, Morde an Parteifunktionären, Kolchosenaktivisten, Beschwerdebriefe nach Moskau, Hilfesuchende.

Übergriffe wurden alltäglich. Das Wort „Entkulakisierung“ ging in die russische Sprache ein, zwischen ihre Mahlsteine gerieten mehr als eine Million Bauernhaushalte, keineswegs nur Kulaken. Nach einigen Berechnungen waren damals etwa drei Prozent der ländlichen Haushalte den Großbauern zuzurechnen, also rund 900 000. Viele Hunderttausende von Familien wurden in entlegene Gebiete deportiert, nachdem ihnen alle Produktionsmittel, alle Wertgegenstände, alle unbeweglichen Habe weggenommen worden waren. Viele landeten in Sibirien oder im hohen Norden.

Es wird kaum gelingen, eine genaue Zahl derer zu benennen, die dem Sturm der Gesetzlosigkeit zum Opfer gefallen sind. Nach einigen Angaben wurden im Jahr 1929 mehr als 150 000 Kulakenfamilien nach Sibirien und in den Norden verbannt. 1930 waren es 240 000 und 1931 über 285 000. Die „Entkulakisierung“ wurde auch 1928 und nach 1931 durchgeführt. Nach meinen Berechnungen betraf die „Entkulakisierung“ 8,5 bis 9 Millionen Männer, Frauen, Alte und Kinder. Die meisten wurden ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt. Viele wurden wegen Widerstands erschossen, und nicht wenige kamen um auf dem Weg nach Sibirien und in den Norden. Ganze Orte fielen der Gewalt zum Opfer. Und manchmal war gewöhnlicher Raub das Motiv für die Verwandlung eines Mittelbauern in einen Kulaken. Nach meinen Berechnungen wurden sechs bis acht Prozent der Bauernhaushalte in dieser oder in jener Form in den Strudel der „Entkulakisierung“ gerissen.

Zehntausende von Briefen richteten sich an Stalin mit Beschwerden, Unverständnis, Angst und Haß. Aber die entfesselte Maschine der Gesetzlosigkeit zermalmte ihre Opfer ohne Unterbrechung. Stalin, dem der Umfang der Erschütterung nicht entgangen sein konnte, meldete sich am 2. März 1930 zu Wort mit einem Artikel in der „Prawda“: „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“. Der zweite Absatz dieses Artikels liest sich heute wie eine Ode an die Gewalt:

„Es ist Tatsache, daß am 20. Februar d. J. bereits 50 Prozent der Bauernwirtschaften in der UdSSR kollektiviert waren. Das bedeutet, daß wir bis zum 20. Februar 1930 den Fünfjahresplan zu mehr als 200 Prozent erfüllt haben.“

Dimitri Wolkogonow: Stalin, Triumph und Tragödie, Claassen Verlag, Düsseldorf 1989, S. 248 ff.

Generaloberst Wolkogonow war 1964 bis 1970 Dozent an der Lenin-Militärakademie, 1970 bis 1988 in der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte tätig, danach wurde er Leiter des Instituts für Militärgeschichte.

Existenzgrundlage von 130 Millionen Bauern zerstört

Am 27. Dezember verkündete der Führer das Ende der NEP und den Beginn einer neuen Ära. „Die Frage steht demnach so“, erklärte er, „entweder zurück zum Kapitalismus oder vorwärts zum Sozialismus.“ Gemäß bolschewistischer Tradition wurde die Frage in einer Form gestellt, die nur eine Antwort zuläßt. Diese war klar – vorwärts, zum Angriff. „Das bedeutet“, erläuterte Stalin, „wir sind von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen.“

Der Weg nach vorn war der Weg der „durchgängigen Kollektivierung“, der Weg der „Entkulakisierung“. „Eine lächerliche Frage“, antwortete Stalin auf die Frage, ob denn die „Entkulakisierung in den Gebieten der durchgängigen Kollektivierung“ nötig sei. Und als großer Liebhaber russischer Sprichwörter erinnerte er sich an eins: „Verliert man den Kopf, weint man nicht um den Schopf.“

Die nachfolgenden 65 Tage erschütterten das Land um vieles mehr als jene zehn Tage im Oktober 1917, die „die Welt erschütterten". In diesen neun Wochen wurde die Existenzgrundlage von über 130 Millionen Bauern der Sowjetunion zerstört, wurde der Charakter der Wirtschaft des Staates und des Staates überhaupt verändert.

Die „Kulaken" und „podkulatschniki" wurden mit ihrer ganzen Familie deportiert. In kalten, ungeheizten Eisenbahnwaggons wurden Hunderttausende von Verbannten in entlegene Gegenden jenseits des Urals, nach Sibirien und Kasachstan verschickt. Viele starben unterwegs, viele nach der Ankunft, denn in der Regel wurden die Verbannten an unbewohnten Plätzen angesiedelt: im Wald, im Gebirge, in der Steppe. Walter Kriwitski schilderte, was er im Winter 1934 auf dem Kursker Bahnhof gesehen hatte: „Das, was ich gesehen habe, werde ich niemals vergessen. Im Wartesaal drängten sich etwa 600 Bauern – Männer, Frauen und Kinder. Wie Vieh wurden sie von einem Lager ins andere gejagt ... Viele lagen fast nackt auf dem kalten Boden. Andere starben offensichtlich an Typhus. Auf jedem Gesicht waren Hunger, Qual und Verzweiflung zu sehen."

Michael Heller/Alexander Nekrich: Geschichte der Sowjetunion, Erster Band: 1914–1939, Athenäum Verlag, Königstein/Ts., S. 222 ff.

Die Historiker Michael Heller und Alexander Nekrich emigrierten in den sechziger Jahren aus der Sowjetunion. Heller lehrte später an der Sorbonne, Nekrich in den USA.

Welche Opfer die Kollektivierung forderte, zeigen wenige Bilddokumente so deutlich wie diese Zufallsaufnahmen aus einem ukrainischen Dorf, in dem das Sterben der verhungernden Bauern so alltäglich geworden zu sein scheint, daß ihre Mitbürger achtlos an den Leichen vorbeigehen.

Politisch-administrative Maßnahme

Als Stalin mit der Kollektivierung begann, war jedoch keine dieser Voraussetzungen gegeben, und es handelte sich deswegen um eine Zwangsmaßnahme, die nur mit Hilfe von Terror durchgesetzt werden konnte. Im Februar 1930 wurde vom Zentralen Exekutivkomitee und dem Rat der Volkskommissare eine Instruktion über Maßnahmen gegen die Großbauern, die sogenannten Kulaken, herausgegeben. Diese teilte man in drei Kategorien ein: zur ersten gehörten die „konterrevolutionär" eingestellten Kulaken, die verhaftet und den Gerichten zur Aburteilung übergeben wurden. Eine zweite Kategorie von Kulaken wurde zur Verbannung in weit entfernte Regionen verurteilt, während die Angehörigen der dritten Kategorie zwar ausgesiedelt wurden, jedoch innerhalb ihres bisherigen Verwaltungsgebietes bleiben durften.

Die Stalinisten entfesselten den Klassenkampf auf dem Lande mit dem Ziel, die Kulaken als Klasse zu liquidieren. Stalin und seine Mitarbeiter begründeten diesen Schritt damit, daß das Kulakentum sich gegen die Sowjetmacht stemmte und sich aus dieser sozialen Schicht Terroristen, Saboteure und Mörder rekrutierten. Jeder, der auch nur im geringsten mit den Zuständen auf dem sowjetischen Lande vertraut ist, weiß, daß die dem Sowjetstaat tatsächlich von den Kulaken drohende Gefahr in keinem Verhältnis zu den getroffenen Maßnahmen stand. Das offizielle Motiv war nur vorgeschoben, um die eigentlichen Beweggründe zu tarnen. Bei der Liquidierung des Kulakentums spielten für die Stalinisten die gleichen Motive eine Rolle, die nur wenige Jahre später die Vernichtungsmaßnahmen Stalins gegenüber der Parteiopposition rechtfertigen sollten. Die von den Kulaken ausgehende Bedrohung wurde von Stalin aufgebauscht, um mit Hilfe des Terrors seinen Zwangskollektivierungsmaßnahmen freie Bahn zu schaffen. Die Stalinisten und manche sowjetische Autoren von heute behaupten, die harten Schläge der OGPU hätten vor allem deshalb das Kulakentum getroffen, weil die Kulaken der Kollektivierung verbissenen Widerstand geleistet hätten. Es stimmt, daß die Bauern einen Gegenterror entfachten, und die Zahl der von ihnen getöteten Funktionäre war sehr groß. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Stalin die Kollektivierung nicht als wirtschaftliche, sondern als eine politisch-administrative Maßnahme betrachtete, deren Hauptziel die Sicherung der Getreideerfassung war, und die OGPU war der geeignetste Verbündete.

Borys Lewytzkyi: Die rote Inquisition, Geschichte der sowjetischen Sicherheitsdienste, Societäts Verlag, Frankfurt/Main 1967, S. 76 ff.

Vernichtung des Kulakentums

Die Aufforderung Stalins, das „Kulakentum" als Klasse zu vernichten, führte 1930 zu einem regelrechten, von Sicherheitsorganen und „Arbeiterbrigaden" inszenierten „Bauernkrieg". Sein Ergebnis bestand in der erbarmungslosen Ausrottung jener Schicht von Bauern, die es nach europäischen Maßstäben zu bescheidenem Besitz gebracht hatte. Nach neueren Schätzungen wurden Anfang der 30er Jahre mehr als fünf Millionen Menschen („Kulaken" und ihre Familien) nach Sibirien, in den Ural oder nach Kasachstan deportiert, von denen ein Großteil umkam.

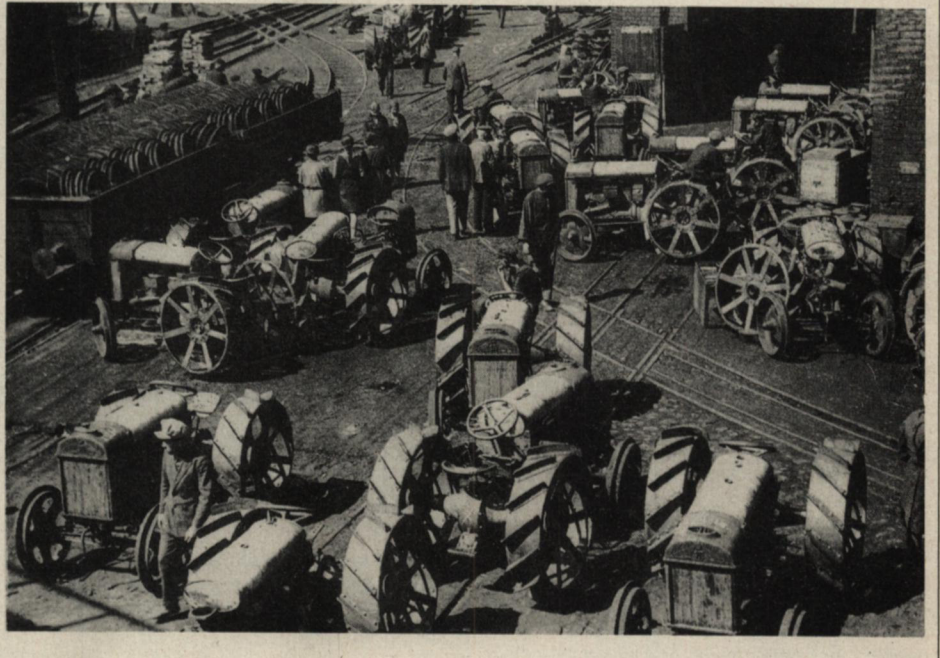
Der Zwang zum Beitritt in die Kollektivwirtschaften war in dieser Form in erster Linie eine politische Entscheidung. Die Partei wollte offenbar bei der so wichtigen Versorgung der Arbeiterschaft, die es für den industriellen Aufbau zu mobilisieren galt, nicht von unberechenbaren Produktions- und Vermarktungsentscheidungen der Bauern abhängig bleiben. Wirtschaftliche Motive wie der Wunsch, möglichst große Überschüsse für den Export (und damit Mittel für Investitionen in der Industrie) zu erzielen, mochten zwar grundsätzlich eher für Kollektivwirtschaften (▶ Kolchosen) und staatliche landwirtschaftliche Großbetriebe (▶ Sowchosen) sprechen, von denen man sich eine größere Leistungsfähigkeit als von den Kleinwirtschaften erhoffen konnte. Indessen fehlte es sowohl an qualifiziertem Personal als auch an den nötigen Produktionsmitteln, vor allem landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren.

So führte die staatlich verordnete Revolution des Agrarsektors zu katastrophalen Einbrüchen in der landwirtschaftlichen Produktion. Es kam zu erheblichen Ertragseinbußen beim Getreideanbau. In der Viehzucht wurden die Bestände zwischen 1928 und 1932 um beinahe die Hälfte reduziert: Die Bauern schlachteten ihr Vieh eher ab, als daß sie es freiwillig den neuen Kollektivwirtschaften überließen. Ein Großteil der Tiere kam auch in den Kolchosen um, da diese weder über ausreichende Futtermittel noch zulängliche Ställe verfügten, um ihre Viehbestände über den Winter zu bringen.

Hungerkatastrophe

Die nicht zuletzt durch die Funktionsunfähigkeit der Kolchosen ausgelöste Hungerkatastrophe, die ungefähr 11 Millionen Menschen das Leben kostete und gegen die die Parteiführung erst im Januar 1933 Maßnahmen ergriff, konnte das Tempo der Kollektivierung nicht beeinträchtigen. Bis zum Herbst 1931 waren schon 61 Prozent aller Bauernwirtschaften in Kolchosen oder Sowchosen aufgegangen, die Bauern damit ihres Besitzes beraubt und mit langfristig katastrophalen Folgen zu Landarbeitern proletarisiert worden. Erst das „Musterstatut" von 1935 räumte jeder Familie zumindest einen halben Hektar Land zur privaten Nutzung ein. Die Mechanisierung der Landwirtschaft ließ bis 1932 auf sich warten. Erst zu diesem Zeitpunkt war die Industrie in der Lage, die staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) mit einem Grundbestand an landwirtschaftlichen Geräten auszurüsten.

Mit der Zwangskollektivierung der Bauern beginnt die technische Ausstattung der Kolchosen. 1927 waren die ersten Traktoren für die Bauern „märchenhafte" Maschinen. Aber erst 1932 war die Industrie imstande, Traktoren vom Fließband zu produzieren. Das Bild unten zeigt die Traktorenmontageabteilung der Putilowwerke in Leningrad 1931.



Massive Industrialisierung

Parallel zur Kollektivierung wurde ein gigantisches Industrialisierungsprogramm durchgepeitscht, dessen Schwerpunkt von Anfang an bei der Schwerindustrie lag. Voraussetzung dafür war ein Massenimport moderner Produktionsmittel. Die Sowjetunion kaufte daher 1932 beinahe die Hälfte des Weltexports an Maschinen, die sie trotz der Hungersnot im eigenen Lande vor allem mit den Erlösen aus Getreide- und Holzexporten bezahlte. In der Überzeugung, das „ökonomische Fundament des Sozialismus" zu legen, ließ Stalin alle Produktionszweige der Schwerindustrie aufbauen, um den Bedarf des Landes an Lokomotiven, Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen, Turbinen sowie Ausrüstungen für die Eisengewinnung und die Stahlindustrie zu decken. Tatsächlich gelang es innerhalb kurzer Zeit, die volkswirtschaftlichen Proportionen des Landes so grundlegend zu verändern, daß die Schwerindustrie einschließlich des Maschinenbaus zum führenden Produktionszweig wurde. So betrug das Wachstum der Schwerindustrie im ersten Fünfjahrplan 285 Prozent, das der gewerblichen Konsumgüterproduktion hingegen nur 64,2 Prozent. Das veranlaßte Stalin, schon 1933 vor dem ZK der Kommunistischen Partei vom „Sieg des Sozialismus" zu sprechen.

Der Schachty-Prozeß

Stalins Kurs der massiven Industrialisierung blieb nicht unwidersprochen. Vor allem Wirtschaftsfachleute in den zentralen Planungsgremien und in den Betrieben sowie Gewerkschaftsvertreter kritisierten die unverhältnismäßig hohen Planvorgaben und den Verschleiß vorhandener Kräfte. Mit ei-

Im Ersten Fünfjahrplan wurde dem Aufbau der Schwerindustrie absoluter Vorrang eingeräumt. Bild oben: Das Industriezentrum Makejewo im Donezbecken im Jahre 1929.
An der Erstellung der Produktionsanlagen waren deutsche Firmen maßgeblich beteiligt. Zahlreiche deutsche Spezialisten arbeiteten in der Sowjetunion: Hier ein deutscher Ingenieur mit seiner sowjetischen Mannschaft im Don-Gebiet.

ner gezielten Kampagne gegen die „Schädlingstätigkeit" bürgerlicher „Spezialisten", die nach der Aufdeckung angeblicher Sabotageakte von leitenden Ingenieuren im nordkaukasischen Schachty 1928 entfacht wurde und in einem Schauprozeß in Moskau, dem „Schachty-Prozeß", ihren Höhepunkt fand, gelang es nicht nur, die Gesellschaft und die politischen Apparate für die beschleunigte Industrialisierung zu mobilisieren. Gleichzeitig wälzte Stalin auch die Verantwortung für verfehlte wirtschaftliche Maßnahmen und die weiterhin bestehenden Probleme (Mangel an qualifiziertem Personal und an Finanzmitteln, überhöhtes Produktionstempo) von der Partei auf die Wirtschaftsspezialisten ab. Im Endeffekt wurden dadurch die Fachleute dazu gebracht, sich politischen Entscheidungen kritiklos zu unterwerfen, zumal Widerstand gegen Parteidirektiven zunehmend das eigene Leben gefährden konnte.

„Rote Fachleute"

Mit der Kampagne gegen die „Schädlinge" wurde auch eine Wende in der Kaderpolitik eingeleitet. Dem Wunsch, die Betriebe stärker unter politische Kontrolle zu bringen, stand der offenkundige Mangel an geeigneten „roten" Fachleuten entgegen. Im Juli 1928 stellte die Moskauer Zeitschrift „Revolution und Kultur" fest, daß „die Bereiche der menschlichen Kader der Industrialisierung äußerst perspektivlos" seien. Dem sollte durch eine gezielte Politik entgegengewirkt werden: ZK und Gewerkschaften mobilisierten Arbeiter zum Eintritt in die Hochschulen, Praktiker nahmen nach Umschulungsmaßnahmen oder auch aufgrund einfacher Beförderung Positionen im Management ein. Damit wurde für viele ein sozialer Aufstieg möglich: Es bildete sich eine neue Oberschicht mit proletarischem Hintergrund.

Stachanow-Bewegung

1. Als Grundlage der Stachanow-Bewegung diente vor allem die radikale Verbesserung der materialen Lage der Arbeiter. Es lebt sich jetzt besser, Genossen. Es lebt sich jetzt froher. Und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten. Daher die hohen Leistungsnormen. Daher die Helden und Heldinnen der Arbeit. Darin vor allem liegt die Wurzel der Stachanow-Bewegung. ...
2. Die zweite Quelle der Stachanow-Bewegung ist die Tatsache, daß es bei uns keine Ausbeutung gibt. Die Menschen arbeiten bei uns nicht für Ausbeuter, nicht für die Bereicherung von Müßiggängern, sondern für sich, für ihre Klasse, für ihre Gesellschaft, die Sowjetgesellschaft, in der die besten Leute der Arbeiterklasse an der Macht stehen. Eben deswegen hat die Arbeit bei uns gesellschaftliche Geltung, ist sie eine Sache der Ehre und des Ruhmes. Unter dem Kapitalismus trägt die Arbeit einen privaten, persönlichen Charakter ... Deswegen wird die Arbeit der Menschen unter dem Kapitalismus nicht gerade hoch eingeschätzt. Es ist klar, daß unter solchen Verhältnissen für eine Stachanow-Bewegung kein Platz sein kann. Anders steht es damit unter den Verhältnissen des Sowjetsystems. Hier wird der arbeitende Mensch geschätzt. Hier arbeitet er nicht für die Ausbeuter, sondern für sich, für seine Klasse, für die Gesellschaft. Hier kann sich der arbeitende Mensch nicht verlassen und vereinsamt fühlen. Im Gegenteil, der arbeitende Mensch fühlt sich bei uns als freier Bürger seines Landes, gewissermaßen als Mann der Öffentlichkeit. Und wenn er gut arbeitet und der Gesellschaft gibt, was er geben kann, dann ist er ein Held der Arbeit, dann ist er ruhmgekrönt. Es ist begreiflich, daß nur unter solchen Verhältnissen die Stachanow-Bewegung aufkommen konnte.

Josef Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947, S. 603–605: Rede auf der Ersten Unionsberatung der Stachanowleute, 17. 11. 1935.

Die Sowjetunion in der Wahrnehmung George Bernard Shaws

George Bernard Shaw berichtete von seiner Unterhaltung mit einem Stachanowarbeiter (natürlich mit Hilfe eines Dolmetschers) und stellte mit Entzücken fest, daß der Stachanowarbeiter außergewöhnlich populär unter seinen Kameraden war. Dies rief einiges Erstaunen bei dem bekannten Satiriker hervor, denn in England, fügte er hinzu, würden ihm die englischen Arbeiter für eine derartige Tat – die Erhöhung der Produktionsnorm – einen Ziegelstein über den Schädel schlagen. Aber Shaw kommt zu dem Ergebnis, in der UdSSR sei alles anders; beispielsweise sei es in den Gefängnissen derartig schön, daß die Hauptsorge der Gefängnisleitung darin bestehe, „die Häftlinge", die ihre Strafe abgesessen haben, davon zu überzeugen, daß sie das Gefängnis verlassen müssen.

Michael Heller/Alexander Nekrich: a. a. O., S. 270 (Prawda, 8. 5. 1936).

Die Stachanow-Bewegung

Einem Umwandlungsprozeß war auch die Arbeiterschaft ausgesetzt. Ihr bürdete der sozial-ökonomische Umwälzungsprozeß enorme Anstrengungen und große Entbehrungen auf. Zu einem ausgeklügelten, auf die materiellen Interessen der Arbeiter abzielenden System der Leistungssteigerung und Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wurden der „sozialistische Wettbewerb" und das seit 1934 im Zeichen des Kampfes gegen „kleinbürgerliche Gleichmacherei" wieder eingeführte Akkordprinzip. Der Hauer A. G. Stachanow, der 1935 auf einer entsprechend vorbereiteten Strecke in einer Schicht 102 t Kohle abbaute und damit seine Arbeitsnorm um 1300 Prozent übertraf, wurde zum offiziellen Vorbild (Stachanow-Bewegung).

Disziplinierung der Arbeiter

Schlechte Arbeitsbedingungen, von Betrieb zu Betrieb stark unterschiedliche Lohnberechnungen und Stoßarbeit beantworteten die – häufig vom Lande stammenden und daher an den industriellen Alltag nicht gewöhnten – Arbeiter anfänglich mit indirekter und direkter Arbeitsverweigerung (Behinderung der Produktion durch Beschädigung oder falschen Umgang mit den Maschinen, „Blaumachen", Streik) sowie dem häufigen Wechsel der Beschäftigung. Dem suchte der Staat durch ein Verbot des Arbeitsplatzwechsels, die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung und den Übergang zur Pflichtarbeit entgegenzuwirken. Zudem wurden bereits für geringfügige Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin rigorose Strafen eingeführt, die von Lohnkürzungen über den Verlust der Lebensmittelkarte und der Wohnung sowie kurzzeitigen Freiheitsentzug bis hin zur Einweisung in ein Arbeitslager reichten.

Millionen von Bauern flohen, um den katastrophalen Zuständen in den kollektivierten Dörfern zu entkommen, in die Städte und suchten Arbeit in den neu entstehenden Industrien. Allein 1931 wanderten 4 Millionen Bauern in die Städte ab, zwischen 1929 und 1935 waren es 16–17 Millionen.

Um diese unerwünschten Entwicklungen unter Kontrolle zu bringen, wurden 1932/33 die „Inlandspässe" aus der Zarenzeit wieder eingeführt, deren Abschaffung zu den wichtigsten Forderungen der revolutionären Bewegung gehört hatte. Städtische Arbeiter erhielten solche Pässe, die ihren Wohnort und Arbeitsplatz festhielten. Ohne Erlaubnis durften sie nicht wechseln. Bauern erhielten überhaupt keine Pässe und waren damit an ihr Dorf gefesselt.

Die Arbeiter waren diesen staatlichen Maßnahmen ausgeliefert, da die Gewerkschaften spätestens seit 1928/29 ihre Funktion als Vertretung und Schutz der Arbeiterinteressen eingebüßt hatten. Sie waren in eine staatliche Kontrolle der Arbeiter verwandelt worden. Mit der Differenzierung der Arbeiterschaft durch soziale Aufstiegsmöglichkeiten bzw. materielle Bevorzugung bestimmter Gruppen wurde darüber hinaus dafür gesorgt, daß ein geschlossener Widerstand gegen Mißstände und staatliche Maßnahmen ausblieb.

Die Große Säuberung

Damit hatte Stalins „Revolution von oben" den Sowjetstaat weitaus gründlicher verändert als Lenins Oktoberumsturz. Die völlige Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur wurde von einem unvorstellbaren Terror der Sicherheitsorgane begleitet, die der Generalsekretär seit Beginn der 30er Jahre fest unter Kontrolle hatte. Höhepunkt war die Säuberungswelle Mitte der 30er Jahre, die nach dem – 1934 von Stalin inszenierten – Mord an S. M. ▷ Kirow, Politbüromitglied und Erster Sekretär der Leningrader Parteiorganisation, einsetzte. In ihrem Verlauf wurden alle möglichen Rivalen Stalins in Schauprozessen wegen „antisowjetisch-trotzkistischer Tätigkeit" verurteilt und hingerichtet. Bei den wichtigsten vertrat der berüchtigte A. J. ▷ Wyschinski als Generalstaatsanwalt die Anklage. Die Ermordung seines Erzfeindes Trotzki konnte Stalin 1940 sogar im fernen Mexiko zustandebringen. 1930 war der Generalsekretär das einzige Mitglied des Politbüros, das diesem schon 1919 angehört hatte. Der Mitgliedsbestand der Partei insgesamt schrumpfte von 3,56 Millionen (1933) auf 1,92 Millionen (1938). Nach vorsichtigen Schätzungen waren zwischen 1936 und 1938 ungefähr 8 Millionen Sowjetbürger in Gefängnissen und Lagern („Archipel Gulag") inhaftiert und bildeten damit ein billiges Arbeitskräftepotential („Sklavenbrigaden") für den industriellen Aufbau im Ostteil der Sowjetunion.

Besonders schwer wurde die Rote Armee von der Säuberungswelle erfaßt: In den Jahren 1937/38 ist ein großer Teil des Offizierskorps und der Generalität mit Marschall ▷ Tuchatschewskij, dem Stellvertretenden Volkskommissar der Verteidigung, an der Spitze von Stalins Sicherheitsorganen „liquidiert" worden. Der Oberste Kriegsrat wurde auf diese Weise um 75 Prozent seiner Mitglieder vermindert. Nach jüngsten Angaben in der Sowjetpresse fielen dieser Säuberungsaktion in der Armee zum Opfer:

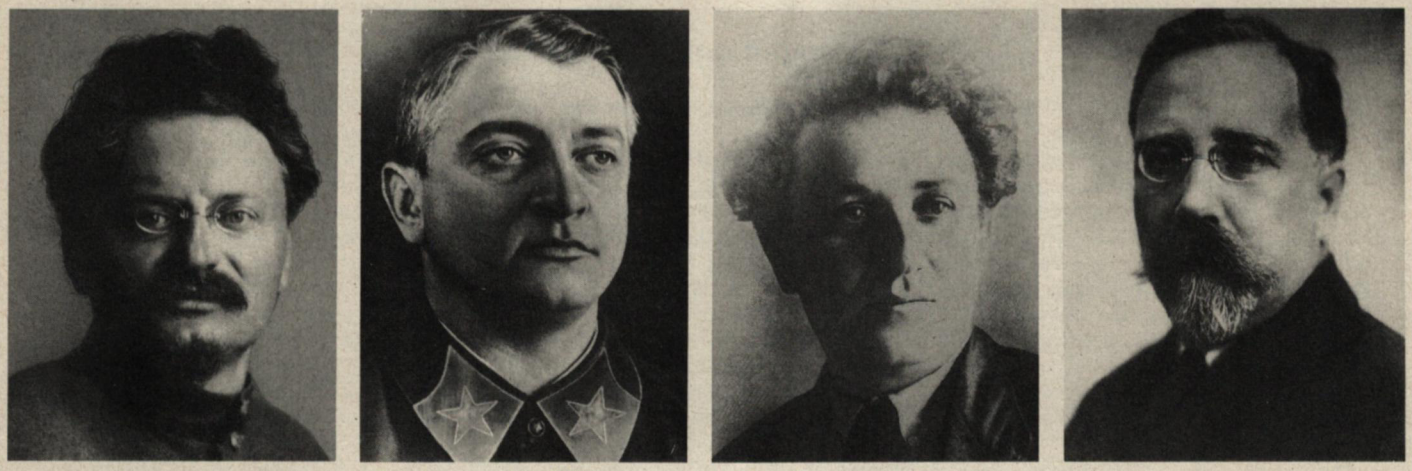
3 von 5 Marschällen der Sowjetunion
13 von 15 Armeekommandeuren
8 von 9 Flottenadmiralen und Admiralen
50 von 57 Korpskommandeuren
154 von 186 Divisionskommandeuren
alle 16 Politkommissare von Armeen
25 von 28 Korpskommissaren
58 von 64 Divisionskommissaren
alle 11 Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung
98 von 108 Mitgliedern des Obersten Militärrates.

Die Aktion wirkte sich nicht nur in den oberen Rängen der Armee verheerend aus. Von Mai 1937 bis September 1938 wurden 36 761 Armeeoffiziere und über 3000 Marineoffiziere aus dem Dienst entlassen.

Die „Köpfung" der Roten Armee sollte langfristig katastrophale Auswirkungen haben. Die schweren Niederlagen der sowjetischen Truppen nach dem deutschen Überfall am 22. Juni 1941 waren auch bedingt durch das Fehlen geeigneter und erfahrener Offiziere. Einigen der verhafteten Militärs verhalf diese Mangelsituation nach Kriegsausbruch allerdings zur Wiedereingliederung in die Reihen der kämpfenden Truppe.

Die Säuberungen waren ein wirksames Mittel zur Sicherung der Machtposition Stalins. Die verhafteten Parteimitglieder wurden durch karrierebewußte, bereits unter Stalin geschulte Kader ersetzt, die sehr viel weniger als die Revolutionäre der Anfangsjahre dazu neigten, von der Devise: „Die Partei (und damit Stalin) hat immer recht" abzuweichen. Nicht zuletzt die ständige Furcht vor Verhaftung erstickte jede Eigeninitiative und machte aus den Funktionären willige Befehlsempfänger. Es entwickelte sich jener Typ des

Ein rigoroses Kontrollsystem sorgte dafür, daß jeder arbeitete, und zwar dort, wo der Staat ihn brauchte. Die Arbeitsnachweise dieser Frauen werden kontrolliert, Aufnahme aus dem Jahre 1932.



Vier prominente Opfer der Großen Säuberung, neben Millionen weniger Prominenten und Unbekannten: Von links nach rechts Leo Trotzki (1879–1940), Michail Tuchatschewski (1893–1937), Grigorij Sinowjew (1883–1936), Lew Kamenjew (1883–1936).

Apparatschiks, der für die bedingungslose Ausführung der Anordnungen der Partei und ihres Generalsekretärs sorgte, wodurch die uneingeschränkte Führungsposition Stalins unterstrichen wurde.

Die Bildungs-, Familien- und Kulturpolitik

Nicht erst die „Säuberungen" trieben den Mangel an Fachkräften in Staat und Wirtschaft auf die Spitze; vielmehr war dieser schon nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki deutlich zu spüren gewesen. Die sowjetische Bildungspolitik konnte ihn vorerst nicht beheben. Beim Aufbau der Industrie und der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde deutlich, daß das staatliche Bildungssystem den Anforderungen der modernen Volkswirtschaft nicht gewachsen war. Trotz aller Bemühungen war es nicht gelungen, die Zahl der Analphabeten (während der Zarenzeit etwa 75 Prozent der Bevölkerung) wesentlich zu senken. Seit den dreißiger Jahren versuchte man deshalb die allgemeine Schulpflicht, die seit 1919 nur der Form nach bestand, durchzusetzen – mit Erfolg, wie sich zeigte: Bis 1939 sank der Anteil der Analphabeten in der Bevölkerung auf 11 Prozent (bis 1959/60 auf 1,5 Prozent).

Neue Kader

Unter dem Motto „Die Kader entscheiden alles" wurde die Heranbildung „neuer Kommandeure für Wirtschaft und Kultur" betrieben, von deren Fachwissen Stalin sich „dreimal und viermal so große Leistungen" wie bisher versprach. Vor allem die völlige Zentralisierung der mittleren Berufsausbildung sollte die „staatlichen Arbeitsreserven" mobilisieren. So wurden Jugendliche vor allem in mittlere Fachschulen und Technika eingewiesen. Nach Abschluß ihrer Ausbildung wurden sie vier Jahre auf vom Staat bestimmten Arbeitsplätzen eingesetzt. Zugleich wurde durch die Erhöhung von Schulgeld bzw. Studiengebühren der Zugang zu den Oberstufen der weiterführenden Schulen bzw. zu den Hochschulen erschwert.

Einer der ersten großen Prozesse richtete sich im Jahre 1930 wie schon der Schachty-Prozeß gegen Wirtschaftsfachleute. Acht Mitglieder der sogenannten Industriepartei wurden beschuldigt, den Umsturz der Sowjetmacht geplant zu haben.

Verhandlung bei einem der großen Schauprozesse der dreißiger Jahre.

Säuberungen und Schauprozesse

Aus der „Geschichte der KPdSU"

Das Jahr 1937 erbrachte neue Beweise gegen die Scheusale aus der bucharinschen-trotzkistischen Bande. Der Prozeß gegen Pjatakow, Radek und andere; der Prozeß gegen Tuchatschewski, Jakir und andere; schließlich der Prozeß gegen Bucharin, Rykow, Krestinski, Rosenholz und andere; alle diese Prozesse haben gezeigt, daß die Bucharinleute und Trotzkisten erwiesenermaßen schon lange eine gemeinsame Bande von Volksfeinden in Gestalt des „Blocks der Rechten und Trotzkisten" gebildet hatten.

Die Prozesse stellten klar, daß sich die trotzkistisch-bucharinschen Scheusale in Erfüllung des Willens ihrer Auftraggeber – ausländischer bürgerlicher Spionagedienste – das Ziel gesteckt hatten, die Partei und den Sowjetstaat zu zerstören, die Landesverteidigung zu untergraben, die auswärtige militärische Intervention zu erleichtern, eine Niederlage der Roten Armee vorzubereiten, die Sowjetunion zu zerstückeln, an die Japaner das fernöstliche Küstengebiet der Sowjetunion, an die Polen das sowjetische Bjelorußland, an die Deutschen die Sowjetukraine auszuliefern, die Errungenschaften der Arbeiter und Kollektivbauern zunichte zu machen, die kapitalistische Sklaverei in der Sowjetunion wiederherzustellen.

Diese weißgardistischen Wichte, deren Kraft man höchstens mit der Kraft eines elenden Gewürms vergleichen kann, hielten sich, wie es scheint, komischerweise für die Herren des Landes und bildeten sich ein, daß sie in der Tat die Ukraine, Bjelorußland, das Küstengebiet an andere verteilen und verkaufen könnten.

Dieses weißgardistische Gezücht vergaß, daß niemand anders als das Sowjetvolk Herr des Sowjetlandes ist, während die Herrschaften Rykow, Bucharin, Sinowjew, Kamenew weiter nichts waren als Leute, die zeitweilig im Dienste des Staates standen, der sie jede Minute wie nutzloses Gerümpel aus seinen Kanzleien hinauswerfen konnte.

Diese nichtswürdigen Lakaien der Faschisten vergaßen, daß das Sowjetvolk nur einen Finger zu rühren brauchte, damit von ihnen nicht einmal eine Spur übrigbleibe.

Das Sowjetgericht verurteilte die bucharinschen-trotzkistischen Scheusale zur Erschießung.

Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vollstreckte das Urteil.

Das Sowjetvolk billigte die Vernichtung der bucharinschen-trotzkistischen Bande und ging zur Tagesordnung über.

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946, S. 419 f.

Wahnsinnige Terrorwelle

Der Kirow-Mord war der Beginn einer Epoche, die von den Historikern nach einem Buch von Robert Conquest als der „große Terror" bezeichnet wird. Historiker interessieren sich für diesen Zeitabschnitt wegen der Namen der Opfer – Führer von Staat, Partei, Wirtschaft und Armee – und weil sich die Partei selbst auslöschte. In ihren Dimensionen allerdings blieben die Repressionen der Jahre 1935 bis 1938 hinter dem Genozid der Bauernschaft von 1930 bis 1934 zurück. Der „große Terror", wenn man diese Bezeichnung so lassen will, war der Abschluß der Politik der „Säuberung" des Landes während des Aufbauprozesses des Sozialismus. Es kann nicht als Zufall angesehen werden, daß dieser Zeitabschnitt gleichzeitig mit einer neuen Repressionswelle und der Vorbereitung einer neuen Verfassung begann, die „die Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft im wesentlichen errichtet ist, gesetzlich verankerte".

Die Besonderheit des „großen Terrors" war vor allem seine Universalität. Während die vorangegangenen Wellen bestimmte Zielgruppen und Schichten hatten, war ab 1935 die gesamte Gesellschaft Zielobjekt des Terrors.

Die wahnsinnige Terrorwelle wurde durch die blutigen Schauspiele der Moskauer Schauprozesse fast noch angetrieben. Im August 1936 wurden Sinowjew, Kamenew und vierzehn „Mittäter" verurteilt. Anderthalb Jahre zuvor waren sie wegen der von ihnen bekannten „moralischen Verantwortung" für den Kirow-Mord verurteilt worden. Jetzt wurden sie für den Mord an Kirow und außerdem für die Vorbereitung von Stalins Ermordung, für Spionage zugunsten ausländischer Geheimdienste u. ä. verurteilt. Im Januar 1937 wurden Pjatakow, Radek und fünfzehn Komplizen verurteilt. Am 13. Juni 1937 veröffentlichte die „Prawda" einen Befehl des Volkskommissars für Verteidigung, Woroschilow, in dem die Verhaftung einer Gruppe hoher sowjetischer Militärs bekanntgegeben wurde, weil diese sich des „Verrats, der Schädlingstätigkeit und Spionage" für schuldig erklärt hätten. Im Organ des ZK wurde mitgeteilt, alle Verhafteten wären laut Urteil des Militärgerichts erschossen worden. Unter den Erschossenen befanden sich der stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung Tuchatschewski, der Befehlshaber des Kiewer Militärbezirks Jakir, der des Weißrussischen Uborewitsch, der stellvertretende Befehlshaber des Leningrader Militärbezirks Primkow, der Militärattache der UdSSR in London Putna, die Korpskommandeure Eideman und Feldman, der Armeekommandeur Kork. Als Verräter wurden auch der stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung und der Chef der Politverwaltung des Revolutionären Kriegsrats Gamarnik aufgeführt, von dem es hieß, er habe sich erschossen.

Die Säuberung der dreißiger Jahre hatte in Wirklichkeit größere Ausmaße als alle späteren Beschreibungen durch Historiker, Politologen und Soziologen. Zahlenmäßig waren weniger regimetreue Partei- und Staatsfunktionäre liquidiert worden als Kolchosbauern, Angestellte und Arbeiter. Jeder Bezirk mußte eine bestimmte Anzahl von „Volksfeinden" entdecken und unschädlich machen. Bei den Säuberungen der dreißiger Jahre erreichte die Diktatur endlich das, was sie zwanzig Jahre lang angestrebt hatte – die breite Unterstützung des Terrors durch entweder enthusiastische oder verschreckte Bürger. Diese Bürger wurden das Ausgangsmaterial für die Schaffung des „neuen Menschen".

Michael Heller/Alexander Nekrich: a. a. O., S. 291 ff.

Der „Konveyer"

Die hauptsächlichste NKWD-Methode, Geständnisse zu erzwingen und den Angeklagten zu brechen, war der „Konveyer" (= das Fließband) – ununterbrochene Vernehmung durch einander ablösende Polizisten über Stunden und Tage hin. Wie viele Erscheinungen der Stalinzeit ließ sich auch dieses Verfahren nicht ohne weiteres ganz verdammen. Gewiß, wenn man sie lange anwandte, kam es auf unzulässigen Druck heraus und schließlich auf physische Folter – aber wo lag die Grenze? Darauf ließ sich keine auf jeden Fall zutreffende Antwort geben.

Doch in jedem Fall ist der Konveyer schon nach zwölf Stunden äußerst unbehaglich. Nach längerer Zeit wird er zu „einer unheimlichen Tortur", die dazu führt, daß das Opfer nach zwei, drei Tagen tatsächlich durch Übermüdung vergiftet ist. Wir hören sogar, daß manche Häftlinge zwar Folter widerstanden, daß aber der Konveyer immer zum Erfolg führte, wenn man ihn nur lange genug anwandte. Es wird berichtet, daß eine Woche genügte, um fast jeden zu brechen. Eine neuere Darstellung von einer sowjetischen Schriftstellerin, die den Konveyer erlebte, spricht von sieben Tagen ohne Schlaf und ohne Essen, wobei sie am siebten Tag stehen mußte; die Marter endete mit einem physischen Zusammenbruch. Dem folgte eine fünftägige Vernehmung in milderer Form, bei der ihr drei Stunden Ruhe in ihrer Zelle gewährt wurde, allerdings immer noch mit dem Verbot, zu schlafen.

[...]

Beck und Godin berichten von einem Fall, wo die Vernehmung ohne jede Unterbrechung elf Tage dauerte; und während der letzten vier Tage mußte der Häftling stehen. Schon bei kürzeren Konveyer-Fristen wird berichtet, daß die Häftlinge etwa alle zwanzig Minuten zusammenbrachen und mit kaltem Wasser oder mit Schlägen wieder zu sich gebracht werden mußten. Vierzehn Stunden lang auf einem Stuhl zu sitzen ist, wie ein Opfer schreibt,

schmerzhafter als an der Wand zu stehen, wo man sein Gewicht wenigstens von einem Bein aufs andere verlegen kann. Die Leistengegend schwillt an, und heftige Schmerzen setzen ein.

Weissberg-Cybulski berichtet über ein Verhör, bei dem er achtzehn Stunden lang vernommen und dann in einen Waschraum gesperrt wurde, wo der Boden unter Wasser stand. Er konnte sich jedoch auf ein Fußbrett legen. Nach vierzehn Stunden wurde er abermals zu einer kurzen Vernehmung gerufen und in den Waschraum zurückgebracht. Inzwischen war das Fußbrett verschwunden; er mußte also vierzig Stunden lang im Wasser stehen, das den Boden einen Zentimeter hoch bedeckte. Dann wurde er abermals verhört. Später wurde er geschlagen, aber auch weiter dem Konveyer unterzogen. Inzwischen war eine technische Verbesserung vorgenommen und der Sitz aus dem Stuhl entfernt worden. Das war selbst für kurze Zeit sehr schmerzhaft.

Es gibt nur sehr wenige Berichte von Menschen, die dem Konveyer Widerstand zu leisten vermochten. Einer handelt von dem 55jährigen Anarchisten Ajsenberg, der sich, als er Konterrevolutionär genannt wurde, weigerte, weitere Fragen zu beantworten. Schläge hatten keinerlei Wirkung bei ihm, und er überlebte einen Konveyer, der 31 Tage und Nächte dauerte – ein ungewöhnlicher Rekord. Die Untersuchung durch einen Arzt zeigte, daß er zwar physisch völlig gesund war, aber insofern nicht normal zu sein schien, als er keine Schmerzen empfand. Er soll dann in ein Irrenhaus geschickt worden sein.

Weissberg selbst hielt sieben Tage aus, wobei ihm eine kurze Unterbrechung half, doch schließlich gestand er. Nach einem Tag Ruhe widerrief er sein Geständnis. Die Vernehmung begann abermals. Diesmal gestand er am vierten Tag, nachdem er den Untersuchungsrichtern bereits mitgeteilt hatte, daß er jedes Geständnis, das er vielleicht ablegen würde, widerrufen wolle, sobald er sich erholt habe. [...]

Grundsätzlich forderte man das Geständnis, selbst von ganz gewöhnlichen Opfern, denen man heimlich den Prozeß machte. Die Hauptarbeit der ganzen riesigen Polizeiorganisation im Land war darauf gerichtet, solche Geständnisse zu erpressen. Wenn wir in Fällen ohne besondere Bedeutung und in solchen, die nie bekannt gemacht wurden, lesen, daß das Konveyer-System angewandt wurde, gewinnt man nicht nur den Eindruck von abscheulicher Grausamkeit, sondern auch von wahnwitzigem Festhalten an einer sinnlosen Formalität. Die Angeklagten hätten ebensogut ohne diesen furchtbaren Unsinn erschossen oder verurteilt werden können.

Robert Conquest: Am Anfang starb Genosse Kirow, Droste Verlag, Düsseldorf 1970, S. 171 ff.

Conquest ist Professor an der Stanford Universität und gehört zu den führenden Fachleuten für die Geschichte der Sowjetunion.

Parteipflicht zum Geständnis

Ein Gespräch im Gefängnis. Der Berichterstatter, von seiner Unschuld überzeugt, hat sich im Verhör bislang geweigert, irgendwelche Geständnisse abzugeben. Mit dieser Haltung stößt er bei seinen beiden Mitgefangenen auf völliges Unverständnis.

Am dritten Tag nach meiner Ankunft fragte er mich nach meinem Fall. Ich erzählte ihm einiges darüber. Er fragte: „Was haben Sie zugegeben?"
„Gar nichts. Ich habe nichts getan."
„Ich verstehe nicht. Welchen Teil der Anklage haben Sie akzeptiert?"
„Ich sagte Ihnen bereits, ich bin völlig unschuldig." [...]

„Alexander Semjonowitsch", sagte Roshanskij, „Sie sind doch ein erwachsener Mensch. Glauben Sie, daß wir Verbrecher gegen die Sowjetmacht sind?"
„Eigentlich glaube ich es nicht, nach alldem was ihr mir erzählt habt."
„Und doch hat Deinin ebenso wie ich fast alle Beschuldigungen bestätigt."
„Ja, aber warum denn? Wer zwingt euch, etwas zu gestehen, was nicht wahr ist?"
Roshanskij schaute auf Deinin und zeigte auf mich mit einer kopfschüttelnden Bewegung, so als ob er ausdrücken wollte, mein Verstand sei getrübt.
„Genosse Roshanskij, erklären Sie mir, was hier vorgeht. Warum gestehen erwachsene Menschen wie Sie und Genosse Deinin Dinge, die sie nicht getan haben?"
„Hat Ihnen das bisher niemand erklärt?"
„Nein, ich saß in Einzelhaft."
„Ja so, das habe ich vergessen. Also ich persönlich halte es für meine Parteipflicht, die Geständnisse zu machen, die der Untersuchungsrichter von mir verlangt."
„Sind Sie wahnsinnig geworden, Roshanskij! Sie wollen etwas gestehen, was nicht wahr ist?" [...]

„Sie reden wie ein Kind. Wer von uns hat etwas zu gestehen? Es gibt gewisse politische Notwendigkeiten, und die Partei hat das Recht, von Parteileuten zu verlangen, daß sie sich den Notwendigkeiten fügen."
Mir wurde schwindlig. Stieß ich hier endlich auf die Haltung russischer Genossen, die ich aus den großen Prozessen kannte und die mir völlig unbegreiflich war. Anfangs dachte ich, Roshanskij wolle mich einfach provozieren. Aber ich schaute in seine Augen und sah, daß es tödlicher Ernst war.
„Genosse Roshanskij, glauben Sie, es sei Pflicht eines Parteigenossen, Dinge zu unterschreiben, die einfach nicht wahr sind?"
„Ich glaube, es ist Pflicht eines Kommunisten, sich in jeder Etappe des Kampfes den Notwendigkeiten des Kampfes zu unterwerfen."

Alexander Weissberg-Cybulski: Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen. Frankfurt a. M. 1951, S. 280 ff.

Weissberg-Cybulski, österreichischer Physiker und KP-Mitglied, arbeitete am Ukrainischen Physikalischen Institut, wurde 1937 verhaftet und nach dreijähriger Haft 1940 an die Gestapo ausgeliefert, konnte später entfliehen.

Aus Chruschtschows Geheimrede vor dem XX. Parteitag der KPdSU 1956

In dieser Periode, von 1935 bis 1938, begann die Massenunterdrückung durch den Regierungsapparat. Sie richtete sich zunächst gegen die Feinde des Leninismus – die Trotzkisten, Sinowjewisten und Bucharinisten –, nachdem diese von der Partei längst politisch besiegt worden waren. In der Folge griff sie aber auch auf zahlreiche aufrechte Kommunisten über, auf diejenigen Parteikader, die die schwere Last des Bürgerkriegs, der ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung getragen, auf Männer, die aktiv gegen die Trotzkisten und die Rechten für die leninistische Parteilinie gekämpft hatten.

Von Stalin stammt der Begriff des „Volksfeindes". Dieser Terminus machte es von vornherein überflüssig, einer Person oder Personengruppe, die sich mit ihm im Widerspruch befand, ideologische Irrtümer nachzuweisen. Dieser Terminus ermöglichte die Anwendung grausamster Unterdrückung, die Verletzung aller Normen der revolutionären Gesetzlichkeit zum Nachteil derer, die in irgendeinem Punkt nicht mit Stalin übereinstimmten, bei denen auch nur der geringste Verdacht feindlicher Absichten bestand und die nicht gut angeschrieben waren. Dieser Begriff des „Volksfeindes" machte jede Form des ideologischen Kampfes bzw. jede freie Meinungsäußerung zu dieser oder jener Frage, auch wenn sie rein praktischer Natur war, unmöglich. In der Regel genügte als einziger Schuldbeweis, im Widerspruch zu allen Normen der Rechtswissenschaft, das „Geständnis" des Angeklagten selbst; wie sich später herausstellte, wurden die „Geständnisse" durch physischen Druck von den Angeklagten erpreßt.

Dies führte zu flagranten Verletzungen der revolutionären Gesetzlichkeit und dazu, daß viele vollkommen unschuldige Personen, die in früheren Jahren für die Parteilinie eingetreten waren, diesen Methoden zum Opfer fielen.

Wir müssen feststellen, daß auch bei Personen, die seinerzeit in Widerspruch zur Parteilinie geraten waren, oft keine stichhaltigen Gründe für ihre physische Vernichtung vorlagen. Die Formel vom „Volksfeind" wurde eigens als Handhabe für die physische Vernichtung solcher Personen eingeführt.

Es ist eine Tatsache, daß viele Personen, die in der Folge als Partei- und Volksfeinde liquidiert wurden, Mitarbeiter Lenins waren. Einige von ihnen haben, als Lenin noch lebte, Irrtümer begangen, aber gleichwohl hat Lenin aus ihrer Arbeit Nutzen gezogen, er hat sie korrigiert und sein Möglichstes getan, um sie der Partei zu erhalten. Er spornte sie an, ihm zu folgen.

Chruschtschow erinnert sich. Hrsg. von Strobe Talbott, Rowohlt Verlag, Reinbek 1971, S. 535 f.

Die Hochschulen hatten die Aufgabe, „Kader heranzubilden, die fähig sind, wissenschaftliche und technische Vorrangstellungen einzunehmen, dazu ausgestattet mit den Kenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus; bereit, das sowjetische Vaterland zu verteidigen und der Sache des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft selbstlos ergeben." Auch Hochschulabsolventen wurden zu einer dreijährigen Tätigkeit in der Produktion an staatlich festgesetzten Stellen verpflichtet.

Die Neuorganisation des Bildungswesens brachte rasche Erfolge: Innerhalb eines Jahrzehnts stieg die Zahl der Schüler an Grund-, Siebenjahres- und Zehnjahresschulen von 11,4 Millionen (1927) auf 34,8 Millionen (1940/41); die Zahl der Studierenden wuchs im gleichen Zeitraum von 169000 auf 1,8 Millionen. Im Hochschulbereich ging zunächst Quantität vor Qualität: Um dem eklatanten Mangel an leitendem Personal abzuhelfen, mußten in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Spezialisten ausgebildet werden, denen aber tieferes Grundlagenwissen fehlte.

Förderung des Bevölkerungswachstums

Eine Neuorientierung erfolgte auch in der Familienpolitik. Ein Gesetz von 1936 erschwerte die unmittelbar nach der Revolution äußerst liberal gehandhabte Ehescheidung. Um die ungeheuren Menschenverluste der Hungersnot zu Beginn der dreißiger Jahre wettzumachen, sollte das Bevölkerungswachstum gefördert werden. Diesem Ziel dienten Steuererleichterungen für kinderreiche Familien sowie ein strenges Abtreibungsverbot, obwohl sich die Mehrzahl der Arbeiter und Kolchosbauern sowie der Parteimitglieder an der Basis nicht zuletzt wegen des notorischen Wohnraummangels (1939 standen pro Person in den Städten im Durchschnitt 4 m^2 zur Verfügung) gegen ein solches Verbot ausgesprochen hatte. Die Festigung der Familienbeziehungen sollte zugleich die bessere Kontrolle durch den Staat ermöglichen, der durch das Prinzip der Sippenhaftung nicht nur den einzelnen, sondern auch die ganze Familie in die Pflicht zur „revolutionären Wachsamkeit" nahm. Das hatte zur Folge, daß während der „Säuberungen" auch Frauen und Kinder Verhafteter in Gefängnisse und Lager verschleppt wurden.

Sozialistischer Realismus

Von den einschneidenden Veränderungen stalinistischer Politik blieb auch der kulturelle Sektor nicht verschont. Hatten Künstler und Literaten in den 20er Jahren, sofern sie sich dem neuen Regime gegenüber loyal verhielten, noch relative Freiheiten genossen, so wurden sie mit der Erklärung des ZK der KPdSU (B) vom April 1932 über das Ende der „Übergangsperiode" in die Uniformität gezwängt. Die Partei ordnete die Auflösung aller Künstlervereinigungen an. Mit dem ersten Schriftstellerkongreß 1934 konstituierte sich der Einheitsverband der Literaten. Auf diesem Kongreß verkündete das ZK-Mitglied A. A. ▷ Schdanow, der „stalinistische Totengräber der sowjetischen Kultur", den neuen Parteiauftrag: Literaten und Künstler wurden auf den „Sozialistischen Realismus" verpflichtet und hatten sich fortan als „Ingenieure der menschlichen Seele" der Einflußnahme auf die Massen im Sinne der Partei zur Verfügung zu stellen. Die Verpflichtung auf die Darstellung der „aktiven Erbauer des neuen Lebens", vor allem aber eines positiven Bildes der sozialistischen Wirklichkeit, bedeutete für viele Künstler das Ende ihrer schöpferischen Tätigkeit. Einige von ihnen (zum Beispiel Majakowskij) wurden in den Selbstmord getrieben, andere wurden Opfer der „Säuberungen".

Sowjetpatriotismus und neue Verfassung

Für die Alleinherrschaft Stalins war seit 1934 die Entfaltung eines neuen Staatsbewußtseins („Sowjetpatriotismus") charakteristisch. Die „patriotische Reichsgesinnung" sollte durch eine Geschichtskonzeption gefördert werden, in deren Mittelpunkt das Bemühen stand, großrussisch-nationale und marxistisch-leninistische Elemente miteinander zu verbinden und eine historische Kontinuität von der russischen zur sowjetischen Geschichte herzustellen.

Die in diesem Zusammenhang erfolgte Rehabilitierung von Helden der russischen Geschichte von Großfürst Alexander Newskij, dem Sieger über die Ordensritter im 13. Jahrhundert, bis hin zu Feldmarschall Kutusow, dem Bezwinger Napoleons, kam dem maßlos übersteigerten Personenkult um Stalin entgegen. Seine Bilder füllten mit denjenigen Lenins die sogenannten roten Ecken, die in öffentlichen Gebäuden eingerichtet wurden, aber auch in manchen Privathaushalten nun die traditionelle Ikonenecke ersetzten.

Die „Stalin-Verfassung" von 1936

Das neue Staatsbewußtsein schlug sich 1936 in einer neuen Verfassung, der „Stalin-Verfassung", nieder, die bis 1977 gültig blieb. Die äußerlich nationale Form des Bundesstaates wurde darin durch die Neugliederung der Sowjetunion in 11 Republiken (1924 und 1929 waren bereits die Usbekische, Turkmenische und Tadschikische Sozialistische Sowjetrepublik aus der RSFSR herausgelöst worden) noch stärker unterstrichen. Gleichzeitig wurde aber auch der sozialistische Kern um so nachdrücklicher betont und damit das auf dem Papier zugestandene Recht, aus der Union auszutreten, faktisch gegenstandslos gemacht. Anders als noch in der Verfassung von 1922 wurde die führende Rolle der Kommunistischen Partei in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens verankert.

Nach Art. 126 war sie „der Vortrupp der Werktätigen in ihrem Kampf um die Festlegung und Entwicklung des sozialistischen Systems" und bildete „den führenden Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowohl wie der staatlichen". Die Grundrechte des einzelnen – freie Meinungsäußerung, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit – wurden mit der bezeichnenden Einschränkung gewährt, daß diese „in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems" auszuüben seien (Art. 125), das heißt der Parteilinie nicht widersprechen durften.

Kirchenkampf

Verfassungsmäßig garantiert war nun auch die Religionsfreiheit (Art. 124). Die Geistlichen erhielten die staatsbürgerlichen Rechte zurück, die ihnen nach der Oktoberrevolution entzogen worden waren. Die bereits 1917 verbriefte Trennung von Staat und Kir-

Heranbildung von Kadern: Schüler des Zentralen Arbeitsinstituts in Moskau 1931.

che hatte die Orthodoxe Kirche nicht vor Verfolgungen von staatlicher Seite bewahrt. Ursprünglich nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern vor allem als Bestandteil des Zarenregimes angegriffen, hatte sich die Orthodoxe Kirche im Bürgerkrieg auf Weisung des Patriarchen Tichon jeder Parteinahme enthalten.

Die Sowjetregierung nutzte die Hungersnot von 1921 zum Schlag gegen die Orthodoxe Kirche. Sie hatte im In- und Ausland ein Hilfswerk für die Hungernden ins Leben gerufen und die Wertgegenstände in kirchlichen Besitz dort eingebracht, mit Ausnahme geweihter sakraler Gegenstände. Die Regierung ließ nun alle Wertgegenstände einschließlich der geweihten beschlagnahmen. Es kam zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen zwischen Gläubigen und Militär. Daraufhin wurden Schauprozesse in Moskau und Petrograd gegen Geistliche inszeniert und mehrere zum Tode verurteilt. Im ganzen Land setzte eine Verfolgung ein, bei der Tausende von Geistlichen, Mönchen und Nonnen hingerichtet wurden.

Der ebenfalls inhaftierte Patriarch entschloß sich angesichts der drohenden Kirchenspaltung durch von der Staatsmacht unterstützte „Erneuerer" zu einer Loyalitätserklärung an den Staat. Nach seinem Tod 1925 wurde dieser Kurs fortgesetzt, wobei sich die Kirche nun mit der im selben Jahr gegründeten „Liga kämpferischer Gottloser" zur Ausrottung der Religion auseinanderzusetzen hatte. 1929 mußte die Kirche im neuen Religionsgesetz weitere Beschränkungen hinnehmen, das ihr alle Tätigkeiten über die reinen Kulthandlungen hinaus untersagte.

Mit der Schließung aller geistlichen Lehranstalten und Klöster (bis Mitte der 20er Jahre) schien absehbar zu sein, wann der Priesternachwuchs ausbleiben und die Kirche endgültig dem Verfall preisgegeben sein würde – ein Schicksal, das die Evangelisch-Lutherische Kirche durch Verbannung ihres Bischofs sowie aller Leningrader Pastoren 1929 erlitt. Ähnlichen Repressionen sahen sich auch Juden und Muslime ausgesetzt.

Von weiteren Verfolgungen wurde zwar mit der neuen Verfassung weitgehend abgesehen, jedoch hörte damit die Behinderung der kirchlichen Tätigkeit nicht auf. Einen Aufschwung erlebte die Orthodoxie mit dem Ausbruch des „Großen Vaterländischen Krieges", als sie sich mit der Segnung der Waffen der Roten Armee in den Dienst der Mobilisierung aller patriotischen Kräfte des Landes stellte. Nicht nur die Rücksichtnahme auf seinen Ruf bei den Verbündeten war es, die Stalin 1943 veranlaßte, eine kirchliche Delegation unter dem Metropoliten Sergij im Kreml zu empfangen und sein Einverständnis zu der – seit 1925 verweigerten – Synode zur Wahl eines Patriarchen zu geben. Bei ihm mag auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß sich im Austausch für ein größeres Maß an Freiheiten das Prestige der Kirche im Ausland für die Sowjetmacht einsetzen ließ.

Alexander Fischer/Mechthild Lindemann

Außenpolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

„Sozialismus in einem Land" und Komintern-Politik

Die Lehre vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" war nicht nur innenpolitisch dafür gedacht, den „revolutionären Eifer" der Sowjetbürger und -völker für die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken.

Absoluter Führungsanspruch der KPdSU

Auch außenpolitisch war die Doktrin nicht ohne Bedeutung, weil der Sieg der Weltrevolution nunmehr vom Erstarken der Sowjetunion abhängig gemacht wurde. Demzufolge galt, wie Stalin es 1927 formulierte, als „Internationalist ..., wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist". Folglich beanspruchte die KPdSU (B) den absoluten Führungsanspruch in der kommunistischen Weltbewegung, dem sich die Kommunistischen Parteien aller anderen Länder bedingungslos zu unterwerfen hatten. Mögliche Gegner dieser These in ihren Reihen wurden rücksichtslos ausgemerzt: Ein Großteil der ausländischen Kommunisten, die im „Vaterland aller Werktätigen" zum Aufbau des Sozialismus/Kommunismus beitragen wollten oder dorthin ins Exil gegangen waren, verlor in den „Säuberungen" der dreißiger Jahre ihr Leben.

Rückschläge

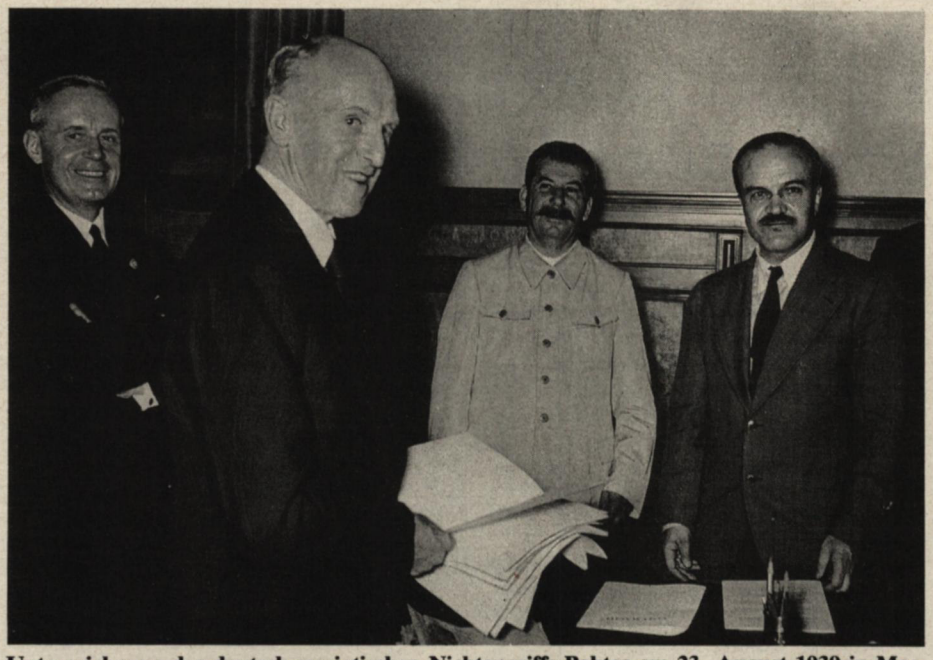
Zunächst aber mußte die KPdSU (B) als Vorreiterin und Lenkerin der Komintern-Politik empfindliche Niederlagen einstecken. Die Aufdeckung umstürzlerischer Aktivitäten der sowjetischen Handelsgesellschaft „Arcos" in London führte 1927 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und zur Kündigung des Handelsvertrages von 1921 durch die britische Regierung. Damit verlor die Sowjetunion ihren bis dahin wichtigsten Außenhandelspartner. Noch vernichtender für das außenpolitische Prestige Stalins gestalteten sich die Ereignisse in China. Dort waren die Kommunisten zur Kooperation mit der – seit 1925 unter der Führung des in Moskau ausgebildeten Tschiang Kai-schek stehenden – Kuomintang-Bewegung angewiesen worden, die der Sowjetstaat auch direkt durch Entsendung von Beratern unterstützt hatte. Der Sieg Tschiangs brachte allerdings nicht das erhoffte Ergebnis: Vielmehr ging die Kuomintang so radikal gegen ihre kommunistischen Bundesgenossen vor, daß die Überreste der KP in den Untergrund gezwungen wurden und sich erst nach einem Rückzug in die nördliche Provinz Yenan unter Führung Mao Tse-tungs („Langer Marsch") neu formieren konnten. Für das künftige Verhältnis der kommunistischen „Brudervölker" nach Maos Sieg 1949 blieb dies – wenn auch zunächst eher unterschwellig – nicht ohne Wirkung.

Von der „kollektiven Sicherheit" zum Hitler-Stalin-Pakt

Für die Moskauer Außenpolitik war es früh zur Gewißheit geworden, daß mit der seit dem September 1931 auch offen erkennbaren Aggressivität Japans an der sowjetischen Fernostgrenze – die 1932 in der Gründung des Satellitenstaates Mandschukuo gipfelte – der „zweite imperialistische Krieg", so der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, begonnen hatte. Mit der Befürchtung, daß aus dem Krisenherd im Fernen Osten ein neuer Weltkrieg entstehen könnte, verstärkte sich in Moskau die Bereitschaft zu außenpolitischer Flexibilität. Den sowjetischen Diplomaten mit Außenkommissar Litwinow an der Spitze wurde ein beträchtlicher Spielraum gewährt, der ihnen die Gelegenheit verschaffte, ihre Konzeptionen zur Abwehr von Aggression und Krieg auf dem internationalen Parkett zu erproben. Sie entledigten sich dieser Aufgabe nicht nur auf herkömmliche Weise, indem sie etwa das westliche Vorfeld der Sowjetunion im Jahre 1932 durch zweiseitige Nichtangriffsverträge mit Finnland, Lettland, Estland, Polen und Frankreich abzusichern suchten.

Politik der „kollektiven Sicherheit"

Ins Spiel gebracht wurde auch eine außenpolitische Alternative, die Konzeption der „kollektiven Sicherheit". Bei dieser Variante sowjetischer Koexistenzpolitik handelte es sich nicht nur um den Versuch, den prinzipiellen Gleichklang mit dem Genfer Völkerbund so nachhaltig zu demonstrieren, daß der Weg zu einer sowjetischen Vollmitgliedschaft in diesem internationalen Gremium schließlich 1934 beschritten werden konnte. Mit der „kollektiven Sicherheit" verband sich auch und vor allem die Hoffnung auf ein engmaschiges, am Gewaltverzicht ausgerichtetes System zwischenstaatlicher Verträge und Abkommen mit den europäischen und asiatischen Nachbarstaaten und den Großmächten.



Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Paktes am 23. August 1939 in Moskau, links Ribbentrop, rechts Molotow.

Die geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt

Die Abgrenzung der Interessensphären zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 23. August 1939.

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphäre in Osteuropa erörtert ...

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939
von Ribbentrop — W. Molotow

Das „Geheime Zusatzprotokoll" vom 28. September 1939

Die unterzeichneten Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest: Das am 23. August 1939 unterzeichnete Geheime Zusatzprotokoll wird in seiner Ziffer 1 dahin abgeändert, daß das Gebiet des Litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen. (Vergleiche die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrag.) Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft, wird zum Zwecke einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, daß das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt.

Ferner wird festgestellt, daß die in Geltung befindlichen wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Deutschland und Litauen durch die vorstehend erwähnten Maßnahmen der Sowjetunion nicht beeinträchtigt werden sollen.

Moskau, den 28. September 1939
von Ribbentrop — W. Molotow

Zitiert nach: Boris Meissner: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1956, Seite 55 f.

Indessen besaß die Idee einer kollektiven Friedensorganisation – bedingt auch durch das international verbreitete grundsätzliche Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion angesichts der immer offenkundigeren Ausprägung des stalinistischen Systems in den dreißiger Jahren – offenbar wenig Durchschlagskraft: Im Westen konnten nur mit Frankreich und der Tschechoslowakei vertragliche Regelungen getroffen werden, und im Fernen Osten blieben die sowjetischen diplomatischen Bemühungen ohne jeden Erfolg. Zudem erwies sich, daß Stalin nicht gewillt war, den Sowjetstaat gefährlichen Situationen auszusetzen: Als die Japaner im Juli 1937 mit Hilfe eines provozierten Zwischenfalls den schwelenden Konflikt mit China in einen offenen Krieg verwandelten, beantwortete Moskau diese Herausforderung zwar mit dem Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit China (21. August 1937); jedoch besaß dieser nicht die besondere Qualität der kollektiven Sicherheitsvereinbarungen mit Frankreich und der Tschechoslowakei zwei Jahre zuvor, die eine Beistandsverpflichtung enthielten.

Außenpolitische Isolierung

Mit der Verschärfung der politischen Lage im Fernen Osten wurde in Moskau die gegen die „faschistische" Aggression angelegte Politik der „kollektiven Sicherheit" abgelöst von einer aus der freiwilligen Isolierung heraus betriebenen außenpolitischen Konzeption Stalins. Drei wesentliche Merkmale kennzeichnen diese neue Leitlinie:

- *Erstens* würde jede Verantwortung für den Frieden und für die Sicherheit anderer Staaten abgelehnt;
- *Zweitens* standen eigene Sicherheitsinteressen im Vordergrund. Das heißt, in der Stunde der Gefahr wollte man nach eigenem Gutdünken über Maßnahmen zum Schutz der staatlichen Existenz wie zur Sicherung der Grenzen der Sowjetunion entscheiden können; und
- *drittens* bemühte man sich, augenblicklich jeden kriegerischen Konflikt und insbesondere die Hineinziehung des Sowjetstaates in einen Krieg zu vermeiden.

Annäherung an Deutschland und Japan

Die Politik der „kollektiven Sicherheit" war spätestens gescheitert, als sich die Westmächte – September 1938 im Münchener Abkommen – auf einen Ausgleich mit Hitlerdeutschland einließen. Aus der Sicht der Sowjetunion wollten sie damit die Hoffnung auf eine antifaschistische Front zunichte machen. Stalin begann nun, die Möglichkeit eines direkten Interessenausgleichs mit Deutschland und Japan ernsthaft zu überlegen. Vor die Frage gestellt, entweder die militärischen und politischen Verträge mit den Westmächten energisch auszubauen, verbunden mit dem Risiko, im Konfliktfall in einen Krieg verwickelt zu werden, oder aber sich mit jenen Mächten zu vergleichen, deren aggressives Vorgehen auf eine grundsätzliche Neuordnung der europäischen, insbesondere

der ostmitteleuropäischen, und der asiatischen Landkarte aus war, wählte Stalin das vermeintlich kleinere Übel. Er schloß einen Nichtangriffspakt mit dem „Dritten Reich" im August 1939 und einen Neutralitätspakt mit Japan im April 1941.

Der Hitler-Stalin-Pakt

Es ist unbekannt, was die Sowjetführung seinerzeit von der Dauerhaftigkeit des Interessenausgleichs mit dem nationalsozialistischen Deutschland gehalten hat. Es gibt Hinweise darauf, daß der Kreml mit einem deutschen Angriff ab etwa 1942 rechnete. Das erklärt das große Interesse der Sowjetunion an einer Verlängerung des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und den europäischen Westmächten. Dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 kam in diesem Kalkül eine überragende Bedeutung zu. Gewiß ermöglichte er auch jene „Atempause", von der die sowjetische Seite unter Leugnung der Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls lange Zeit zur Rechtfertigung sprach. Diese Sicht verharmloste jedoch die grundlegende Veränderung Ostmitteleuropas, wie sie in der Zuordnung Finnlands, Estlands und Lettlands, später auch Litauens, zur sowjetischen Interessensphäre und in der Ankündigung einer vierten Teilung Polens festgeschrieben wurde. Nicht minder schwer wog die Bedeutung des deutsch-sowjetischen Abkommens als Unterstützung für die Kriegführung und die Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches".

Furcht vor einem deutschen Angriff

Wenngleich Moskaus Hoffnungen auf langwierige Kämpfe im Westen, in denen sich die deutschen Kräfte erschöpfen würden, mit dem raschen Fall Frankreichs zerbrachen, erfüllte der Hitler-Stalin-Pakt die in ihn gesetzten Erwartungen wenigstens in territorialer Hinsicht. Mit dem Zusammenbruch der Französischen Republik tauchte jedoch das Gespenst eines britisch-deutschen Ausgleichs auf, der eine baldige Wendung Hitlers gegen die Sowjetunion zur Folge haben könnte. Moskau war daher in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 bemüht, nicht nur die territorialen Gewinne aus dem Pakt vom Vorjahr endgültig zu sichern (völlige Eingliederung des Baltikums und Bessarabiens), sondern auch seine Position in Südosteuropa vorsichtig auszubauen und dem deutschen Einflußgewinn an der Südwestflanke der Sowjetunion entgegenzuwirken. Molotows Berlin-Besuch im November 1940 zeigte indessen, daß ein Interessenausgleich der Vertragspartner nicht möglich war. Die Politik Moskaus blieb davon bestimmt, die kleineren Staaten (Bulgarien, Jugoslawien) vom Beitritt zum Antikominternpakt abzuhalten, ohne sich dabei so weit zu kompromittieren, daß das Bündnis mit dem Deutschen Reich in Gefahr geriet. Nach dem Fall Jugoslawiens im April 1941 wuchs die Nervosität im Kreml sichtlich, wie sprunghaft ansteigende Warenlieferungen an Deutschland belegen. Den aus der Furcht vor einem Angriff geborenen Beschwichtigungsversuchen stand jedoch der feste Glaube Stalins gegenüber, daß sich Hitler unter keinen Umständen auf einen Zwei-Fronten-Krieg einlassen würde.

Der „Große Vaterländische Krieg"

Der deutsche Überfall vom 22. Juni 1941 brachte das stalinistische Regime in große Bedrängnis. Die trotz zahlreicher Warnungen vor den deutschen Angriffsabsichten nur unzulänglich vorbereitete sowjetische Armee mußte bei Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges" schwere Niederlagen hinnehmen. Der „große Führer" Stalin ließ unter dem Schock der Ereignisse zunächst offenbar jede Übersicht vermissen und war erst Anfang Juli in der Lage, die Zügel wieder in die Hand zu nehmen. Der deutsche Vormarsch konnte erst im September 1941 vor Leningrad und im Dezember vor Moskau zum Stehen gebracht werden.

Der deutsche Einmarsch weckte in den baltischen Ländern und in der Ukraine Erwartungen auf eine politische Selbständigkeit. Dem stand jedoch eine deutsche Besatzungspolitik entgegen, die vor allem auf die Ausbeutung der materiellen Reserven und der Menschen des Sowjetstaates ausgerichtet war. Auch unterschätzten die deutschen Angreifer die Fähigkeit der Völker der Sowjetunion zum Durchhalten, zum Beispiel bei der Belagerung Leningrads. Der Kampfeswille wurde nicht nur durch patriotische Propaganda, sondern auch durch Androhung drakonischer Strafen für den Fall der Kapitulation gefördert. Nach der Schlacht bei Stalingrad im Winter 1942/43, die allgemein als die Wende im deutsch-sowjetischen Krieg gilt, ging das Gesetz des Handelns auf die sowjetische Armee über, die das Land bis 1944 freikämpfte.

Verhältnis zu den Westmächten

Die seit dem Sommer 1941 existierende Zusammenarbeit mit den Westmächten in der „Anti-Hitler-Koalition" war anfänglich nur oberflächlich ausgeprägt: Moskau erteilte zum Beispiel der Atlantik-Charta von 1941 nur eine eingeschränkte Zustimmung. Die Allianz gewann jedoch ab 1942 durch westliche Materiallieferungen (Gesamtwert bis Mai 1945 etwa 11 Milliarden Dollar) für die sowjetische Kriegführung an Bedeutung. Das genügte Stalin jedoch nicht. Er forderte zur Entlastung immer wieder die Errichtung einer „Zweiten Front" im Westen, das heißt eine Landung der Westalliierten in Frankreich. Als sie ausblieb, spielte Stalin erneut für kurze Zeit die „deutsche Karte". In Stockholm suchte man den Kontakt zur deutschen Gesandtschaft, um in Erörterungen über die Frage eines Sonderfriedens mit Hitlerdeutschland einzutreten. Nach dem Fehlschlag dieser Sondierungen wurde 1943 in der Sowjetunion aus kriegsgefangenen Offizieren und Soldaten sowie kommunistischen deutschen Emigranten das Nationalkomitee „Freies Deutschland" gegründet, das durch entsprechende Propaganda den Widerstand deutscher Soldaten gegen Hitler schüren sollte. Ab Frühherbst 1943 führte dann eine kurzfristige Phase interalliierter Solidarität zu einer Serie von Konferenzen der „Großen Drei" in Teheran (1943), Jalta und Potsdam (beide 1945). Dort bildete das zielstrebige Vorgehen Stalins, verbunden mit taktischen Maßnahmen zur Verharmlosung der kommunistischen Bewegung (zum Beispiel Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943), die Voraussetzung für eine weitgehende Verwirklichung der sowjetischen Nachkriegspläne.

Diese hatten sich frühzeitig abgezeichnet. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht unter größtem militärischen Druck Ende 1941, war Stalin bereit gewesen, von seinem Ziel der Wiederherstellung der Westgrenze von 1941, das heißt unter Einbeziehung der Gebietsgewinne aus dem Hitler-Stalin-Pakt, abzurücken. Sein zweites Hauptziel bestand in der Einflußnahme auf die künftige politische Neugestaltung Europas, insbesondere Ostmittel- und Südosteuropas. Hierfür wurden durch die frühzeitige Bildung kommunistischer Exilgruppen und nationaler Truppenkontingente in der Sowjetunion erste Voraussetzungen geschaffen.

Die Sowjetisierung Ostmittel- und Südosteuropas

Die unmittelbare Nachkriegsentwicklung in den sowjetischen Nachbarstaaten zeigte, daß die früher der Komintern angehörigen Kommunistischen Parteien durchaus nicht zu reinen „Landesparteien" werden sollten, wie die Nachrichtenagentur Reuter noch 1943 gemeldet hatte. Vielmehr wurden sie, geleitet durch das ZK der KPdSU (B), zum Instrument, über das Stalin die Staaten rasch in eine Satellitenrolle drängte. Noch während auf den Konferenzen der „Großen Drei" über eine gemeinsame Lösung für die ehemaligen Verbündeten bzw. Opfer Deutschlands in Ostmittel- und Südosteuropa verhandelt wurde und Stalin sich zum Prinzip freier Wahlen bekannte, legte er im Frühjahr 1945 einer Delegation jugoslawischer Kommunisten seine Devise für die künftige Entwicklung in den von der Roten Armee befreiten und inzwischen besetzten Staaten dar: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein."

Kommunistische Machtübernahme in Polen

Deutlich wurde diese Strategie erstmals in Polen, wo es Stalin trotz der Bemühungen der Westmächte um Unterstützung der demokratischen Kräfte im Exil und im Lande gelang, dem kommunistisch beherrschten „Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung" (Lubliner Komitee) den entscheidenden Einfluß zu sichern. Der im Einvernehmen mit der polnischen Exilregierung ausgelöste Warschauer Aufstand im Sommer 1944, dem die bereits am anderen Weichselufer stehende Rote Armee tatenlos zusah, sorgte dafür, daß ein Großteil der polnischen

Intelligenz im Kampf mit den Deutschen ausgeschaltet wurde. Die verbliebenen Führer der polnischen Parteien im Untergrund wurden im Frühjahr 1945 vom sowjetischen Geheimdienst in eine Falle gelockt und nach Moskau verschleppt. Der Entstehung eines neuen Polens im Sinne der Kremlführung stand danach nichts mehr im Wege.

Ein Gürtel von Satellitenstaaten

In allen späteren „Satellitenstaaten" verlief die Entwicklung nach ähnlichem Muster. Der – selbsternannte – Generalissimus nahm es dabei in Kauf, mit seiner bald erkennbaren einseitigen Interessenpolitik in Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und zuletzt in der Tschechoslowakei das Bündnis mit den westlichen Alliierten erheblichen Belastungen auszusetzen. Unter Aufrechterhaltung des Anscheins demokratischer Strukturen leiteten unter dem Schutz der Roten Armee die in der Sowjetunion geschulten Kommunisten in ihren Heimatländern, unterstützt von den einheimischen Parteigenossen die politische Umwälzung ein. Von einer offenen Übertragung des Sowjetsystems wurde mit Rücksicht auf die Zusammenarbeit mit dem Westen zunächst abgesehen. Der Äußerung jugoslawischer Kommunisten im Juni 1945, Jugoslawien werde bald Teil der Sowjetunion werden, wurde offen widersprochen. Gemäß der schon Mitte der dreißiger Jahre propagierten „antifaschistischen" Volksfronttaktik riefen die Kommunisten zum Kampf gegen Faschisten und Kollaborateure und zur Bildung „Nationaler Fronten" auf, die bald der Ausschaltung der „bürgerlichen" Opposition und zur Unterwanderung der populären Bauernparteien dienten. Mit der Verdrängung des rumänischen Königs Ende 1947 und dem kommunistischen Umsturz in Prag im Februar 1948 – Ereignisse, an denen sich mit ▷ Wyschinskij in Bukarest und Sorin in Prag führende Sowjetvertreter offen beteiligten – war dieser Prozeß beendet. Die letzten oppositionellen Politiker konnten sich der drohenden Verhaftung nur durch die Flucht ins westliche Ausland entziehen.

Die totale Gleichschaltung der neuen „Volksrepubliken" im Sinne sowjetischer Interessen war damit faktisch abgeschlossen. Nicht nur aus taktischen Erwägungen unterblieb eine weitergehende Einbindung dieser Staaten in die Sowjetunion. Schon 1920 hatte Stalin seine Vorbehalte gegen eine solche Lösung formuliert. Damals unterschied er zwischen den an den unmittelbaren Zentralismus gewöhnten Völkern Rußlands und solchen, die nie zum Russischen Reich gehört hatten und „durch Gewalt oder durch die Umstände sich gezwungen sehen werden, mit Sowjetrußland eine staatliche Verbindung dieser oder jener Art einzugehen". Stalin erläuterte diese Differenzierung so:

> „Nehmen wir beispielsweise ein zukünftiges Sowjetdeutschland, Sowjetpolen, Sowjetungarn, Sowjetfinnland; diese Völker, die ihren eigenen Staat und ihre eigene Armee ... hatten, werden, selbst als Sowjetstaaten, kaum damit einverstanden sein, nach Art der Baschkiren oder Ukrainer sofort eine Föderation mit Sowjetrußland einzugehen."

Die 25 Jahre später eingeleitete Bindung der „Satellitenstaaten" an die UdSSR war allerdings kaum weniger wirksam. In Militär, Polizei, Verwaltung und Wirtschaft eingeschleusten sowjetische „Beratern" stellten die politische wie wirtschaftliche Ausrichtung auf Moskau sicher. Die „weltpolitische Ernte" (G. v. Rauch) der Kremlführung bestand damit nicht nur in Terrain für die militärische Sicherung der UdSSR, sondern vor allem auch in wirtschaftlichem Potential (Rohstoffe, Industriepotential, Arbeitskräfte), das dem innersowjetischen Wiederaufbau dienstbar gemacht werden konnte. So wurden die Polen gezwungen, die oberschlesische Kohle nicht gewinnbringend im Westen zu verkaufen, sondern sie zu Schleuderpreisen an die Sowjetunion abzugeben. Die Teilnahme am Marshall-Plan wurde ihnen wie den Tschechoslowaken untersagt.

Titos Bruch mit Moskau

Wie die Entwicklung in Jugoslawien, wo keine Besatzungstruppen standen, zeigte, funktionierte dieses System nur unter Aufsicht der Roten Armee. In dem südosteuropäischen Vielvölkerstaat widersetzte sich Tito bald offen dem alleinigen Führungsanspruch Stalins, so daß es im Juni 1948 zum Bruch mit Moskau kam. Säuberungsaktionen in den Kommunistischen Parteien der übrigen Satellitenstaaten und Schauprozesse (zum Beispiel gegen den Primas von Ungarn, Kardinal Mindszenty, 1949, und den Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Rudolf Slánský, 1951) waren die Folge. Dabei wurden insbesondere „Nationalkommunisten" unter dem Vorwurf des „Titoismus" ausgeschaltet. Nationale Sonderwege zum Sozialismus, die die führende Rolle Moskaus in Frage gestellt hätten, duldete Stalin nicht. Mit dem im September 1947 gegründeten Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) war die Steuerung der Kommunistischen Parteien durch den Kreml schon frühzeitig sichergestellt worden. Auf staatlicher Ebene wurde das „Ostpakt-System" durch wechselseitige Freundschafts- und Beistandsverträge etabliert, ehe 1949 mit der Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, COMECON) auch ein wirtschaftlicher Verbund entstand.

Alexander Fischer/Mechthild Lindemann

Der Spätstalinismus

Außenpolitik im Zeichen des „Kalten Krieges"

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich die Sowjetmacht bei der direkten Annexion fremder Gebiete auffällig zurückhaltend gezeigt: Neben den territorialen Gewinnen von 1939/40 wurden nur das nördliche Ostpreußen mit Königsberg, die Karpatho-Ukraine sowie – zur Tilgung des „Schandflecks" der russischen Niederlage im Krieg gegen Japan 1904/05 – die Südhälfte Sachalins und die Kurilen annektiert. Die Begründung dieser Erwerbungen mit dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis war für die westlichen Alliierten noch akzeptabel gewesen.

Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition

Die Sowjetisierung des entstehenden Satellitengürtels zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, wie sie sich in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges bereits abzeichnete, führte zu einer beträchtlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen den Mitgliedern der „Anti-Hitler-Koalition" und mündete schließlich in den „Kalten Krieg". Mit der Verschlechterung der Beziehungen wurden alte Bedrohungsvorstellungen der UdSSR wieder lebendig. Die wachsende internationale Kritik an ihrer rigorosen Sowjetisierungspolitik bestätigte der Moskauer Führung die Gültigkeit des alten Grundsatzes, wonach die eigene Strategie auf den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu gründen sei. Aus dieser Sicht war es logisch, 1946 die Koalition mit den Westmächten für beendet zu erklären und ein Wiederaufbrechen der „inneren Widersprüche der kapitalistischen Welt" in einem dritten Weltkrieg zu erwarten. Durch die von Schdanow auf der Gründungssitzung des Kominform geprägte, von Lenin bereits vorformulierte „Zwei-Lager-Theorie" erfolgte die ideologische Abgrenzung der sozialistischen Staaten vom „imperialistischen und antidemokratischen" Westen.

Rückschläge

Weiteren sowjetischen Expansionsbestrebungen schoben die Westmächte einen Riegel vor. Unter ihrem Druck und in der Einsicht in die eingeschränkten Möglichkeiten zu einem weitergehenden weltpolitischen Engagement befahl Stalin den Rückzug der sowjetischen Truppen aus der Mandschurei und aus den persischen Nordprovinzen (1946). Auch im gemeinschaftlich besetzten Deutschland sowie in Korea spitzten sich die Konflikte zwischen den ehemaligen Koalitionspartnern zu. In Berlin, wo mit der Blockade von 1948 die Westmächte verdrängt und die Grundlage für eine Ausdehnung des sowjetischen Einflusses auf ganz Deutschland geschaffen werden sollte, mußte die Sowjetunion ebenso dem westlichen Widerstandswillen weichen wie in Korea. In dem dortigen, auf gemeinschaftliches Betreiben Moskaus und Pekings hin ausgelösten Krieg hatte Stalin sich freilich – taktisch klug – jeder direkten Beteiligung enthalten und dies China überlassen.

Deutschland-Politik

Die sowjetische Aktivität hatte sowohl in

Europa als auch in Asien das Zusammenrükken des Westens in Verteidigungspakten (NATO 1949, SEATO 1954, Bagdadpakt 1955) zur Folge. Darin erblickte Moskau eine Bedrohung der eigenen Sicherheit. Der Versuch, die westlichen Verteidigungsanstrengungen zu unterlaufen, insbesondere die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das Westbündnis zu verhindern, war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Dies hätte nur durch ein gezieltes Wiedervereinigungsangebot an die Deutschen bewerkstelligt werden können, die das Angebot freier Wahlen hätte enthalten müssen. Damit aber wäre die Position der Sowjetunion und der ihr ergebenen Führung in der DDR zur Disposition gestellt worden. Letztlich erschien die Sicherheitsbedrohung der Kremlführung nicht so groß, als daß sie dieses Risiko zu tragen bereit gewesen wäre. Die umstrittenen Stalin-Noten von 1952 blieben ein eher halbherziger Versuch, für das vage Zugeständnis eines bündnislosen, aber mit Verteidigungskräften ausgestatteten Gesamtdeutschland einen Verzicht der Regierung Adenauer auf die Westbindung zu erwirken. Daß man über die Erfolgsaussichten dieses diplomatischen Vorstoßes in Moskau keine Illusionen hegte, zeigte auch die Tatsache, daß die Weichen im Ostteil Deutschlands unterdessen bereits in eine andere Richtung gestellt wurden: Noch vor dem Ende des Notenwechsels wurde hier mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED zum „Aufbau des Sozialismus" die Angleichung an die „Volksdemokratien" in die Wege geleitet. So gelang zwar mit Hilfe willfähriger deutscher Kommunisten die Festigung der Herrschaft im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, nicht aber die Beseitigung der Präsenz der Westmächte auf dem europäischen Kontinent und der Gewinn von Einwirkungsmöglichkeiten auf die westlichen Besatzungszonen bzw. die Bundesrepublik.

Fehleinschätzung der Entwicklung in China

Auch die Entwicklung in China war von Stalin offensichtlich falsch eingeschätzt worden. Mit einem Erfolg der Kommunisten unter Mao hatte er nicht gerechnet, so daß er bis zuletzt Beziehungen zum Nationalchina Tschiang Kai-scheks unterhielt. Nach dem – zwar von sowjetischer Seite unterstützten, aber doch weitgehend selbständig errungenen – Sieg Mao Tse-tungs beeilte sich der Kremlherrscher, die Volksrepublik anzuerkennen. Anläßlich einer Einladung Maos nach Moskau wurde am 14. Februar 1950 ein Freundschafts- und Beistandsabkommen unterzeichnet. Die Sowjetunion verzichtete dabei auf die ihr von Tschiang Kai-schek zugestandenen Rechte an den Häfen Port Arthur und Dairen (die freilich erst 1955 geräumt wurden) sowie der ostchinesischen Eisenbahn. Langfristig aber waren Konflikte der beiden „Bruderstaaten" nicht nur territorialer Art vorgezeichnet. Mit der bevölkerungsreichen und von Moskau unabhängigen Volksrepublik China war der Sowjetunion ein potentieller Rivale um den Führungsanspruch in der kommunistischen Weltbewegung erwachsen.

„Geliebter Stalin – Glück des Volkes!"

Innenpolitik

Die mit dem Ausbruch des „Kalten Krieges" erforderliche Neuordnung der internationalen Beziehungen der UdSSR erfolgte mit der Zielsetzung, die erreichte militärische Stärke auszubauen und darüber hinaus im atomaren Bereich wenigstens ein Gleichgewicht mit den USA zu erreichen.

Wiederaufbau

Zu diesem Zweck sollte der erste Fünfjahrplan nach dem Krieg (1946–1950) das Vorkriegsniveau in Industrie und Landwirtschaft mindestens wiederherstellen. Dieses Programm konnte mit westlicher finanzieller Hilfe und der Ausbeutung der Satellitenstaaten, nicht zuletzt der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, bewältigt werden. Zu den Hauptaufgaben der neuen Planperiode gehörten – begründet mit den angeblichen Offensivabsichten des Westens – die Stärkung des Wehrpotentials und die Ausrüstung der Sowjetarmee nach Gesichtspunkten moderner Militärtechnik. Daneben galt es, ein enormes Wohnungsbauprogramm zu bewältigen: Der Krieg hatte ca. 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht; allein in den Städten fehlten 60 Millionen m^2 Wohnfläche. Großbauprojekte („Stalinbauten") zur Verbesserung der Stromversorgung und des Transportsystems wurden ebenso in Angriff genommen wie Bewässerungsprojekte, die der Erweiterung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche und damit der Steigerung der Ernteerträge dienen sollten. Mit dem gleichen Ziel wurde erneut die Technisierung der Landwirtschaft vorangetrieben, da der Mangel an Traktoren neben dem dezimierten Bestand an Zugtieren erhebliche Ernteverluste zur Folge hatte. Die während des Krieges stillschweigend geduldete Reprivatisierung von Ackerland wurde umgehend rückgängig gemacht. Vielmehr entstanden 1949 – unter Federführung N. S. Chruschtschows – durch die Zusammenlegung von jeweils drei bis fünf Kollektivwirtschaften sogenannte Großkolchosen. Der Plan des ZK-Sekretärs, die Bauern in neu zu bauende Agrostädte umzusiedeln und sie damit auch in ihren Lebensbedingungen der Arbeiterschaft anzugleichen, das heißt sie endgültig zu landwirtschaftlichen Facharbeitern zu machen, wurde freilich nach heftigen Debatten im Politbüro auf Intervention Stalins aufgegeben.

Rigorose Kulturpolitik

Die Abgrenzung vom Westen erfolgte nicht nur außenpolitisch, sondern auch auf geistigem Gebiet. Die Kulturpolitik der Nachkriegszeit stand ganz im Zeichen der berüchtigten „Schdanowschtschina", benannt nach dem Verantwortlichen für diese Politik, A. A. Schdanow, das heißt des Kampfes gegen jede Beeinflussung aus dem Ausland, gegen den „vaterlandslosen Kosmopolitismus" und „Objektivismus". Offenbar in dem Bestreben, unliebsame Folgen der kriegsbedingten Kontakte der Sowjetbürger mit dem westlichen Ausland zu verhindern, sind heimkehrende Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte in der Regel umgehend von der Gesellschaft isoliert und in Arbeitslager eingewiesen worden. Literaten und Künstler, aber auch die Wissenschaft wurden mehr denn je zur „Parteilichkeit" verpflichtet. Die Bemühungen, die Überlegenheit russischer Kulturleistungen gegenüber der westlichen „Dekadenz" nachzuweisen (so dadurch, daß wesentliche Erfindungen der Neuzeit ausschließlich russischen Entdeckern zugeschrieben wurden), gipfelte in „einer kritiklosen Selbstglorifizierung primitivster Art" (G. Stökl).

Neuauflage des Terrors

Der sowjetische Alltag der Nachkriegszeit war von einem außerordentlich niedrigen Lebensstandard und von den üblichen Kennzei-

chen stalinistischer Unterdrückung bestimmt. In einem Klima der Furcht und Unsicherheit waren Verhaftungen, Verurteilungen und Deportationen aus politischen Gründen an der Tagesordnung; in den Straf- und Zwangsarbeitslagern befanden sich zeitweise bis zu 10 Millionen Menschen. Die allmächtige Stellung Stalins, der die Partei- und Staatsverwaltung mit ihm ergebenen Parteimitgliedern besetzt hatte, blieb unangetastet. Seine Position war so stark, daß er die höchsten Parteiorgane ignorieren und nur sehr unregelmäßig Vollsitzungen des ZK oder sogar des Politbüros abhalten konnte. Erst im Oktober 1952, nach dreizehnjähriger Pause, tagte wieder ein Parteikongreß der KPdSU. Als im Januar 1953 einige Kremlärzte unter der Beschuldigung, für den Tod führender Funktionäre verantwortlich zu sein, verhaftet wurden, schien sich eine neue Säuberungswelle anzukündigen. Die begleitende Pressekampagne war auffällig antisemitisch ausgerichtet, zumal sechs der angeklagten Ärzte jüdischer Herkunft waren. Jedoch beendete die Nachricht vom Tode des Diktators die sich ausbreitende Furcht. Stalin wurde – zunächst – neben Lenin im Mausoleum auf dem Roten Platz bestattet.

Die Sowjetunion am Ende der Herrschaft Stalins

Mit der Verdammung des „Personenkults" auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurde der bis dahin maßlosen Glorifizierung Stalins weitgehend ein Ende bereitet. Es blieb der Mythos vom großen Militärführer, dem der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im „Großen Vaterländischen Krieg" in hohem Maße zu verdanken sei. Nicht beeinträchtigen durften die Enthüllungen über den Diktator auch die uneingeschränkt positive Bewertung der unter seiner Herrschaft vollzogenen Veränderungen des Sowjetstaates, galten diese als große Fortschritte auf dem Wege zum Sozialismus und zu dem schon von Lenin propagierten „Einholen und Überholen" des „kapitalistischen" Westens. Vor einer allzu kritischen Betrachtung der stalinistischen Phase des Sowjetstaates scheute die neue Partei- und Staatsführung zurück, weil sie dabei eine Relativierung der „sozialistischen Errungenschaften" in Wirtschaft und Gesellschaft, des Glaubens an das Endziel der kommunistischen Gesellschaft befürchtete. Zumindest aber konnte sie nicht ausschließen, daß erhebliche Zweifel an der angeblichen Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zum Sozialismus sowie an der uneingeschränkten Führungsrolle der KPdSU geweckt werden könnten.

So blieben Informationen über die Verbrechen Stalins wie die Diskussion über Ursachen und Wirkungen des stalinistischen Systems in die Untergrundliteratur verbannt. Erst 1987 setzte die Stalinismus-Debatte in der sowjetischen Publizistik und Forschung mit Heftigkeit ein: Journalisten und Historiker diskutierten mit dem Lesepublikum über die – in Fachkreisen nunmehr überwiegend als wenig rühmlich angesehene – Rolle Stalins als Kriegsherr, insbesondere über sein Verhalten zu Beginn des deutschen Überfalls von 1941. In Zweifel gezogen wurde auch sein Kalkül beim Abschluß des Paktes mit Hitler. Es kamen neue Informationen über die Verbrechen des Diktators ans Licht wie die Zahlen der Opfer des „sozialistischen Aufbaus". Erstmals wurde in der Sowjetunion die Frage nach der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Kollektivierung sowie der Industrialisierung in der von Stalin betriebenen Form gestellt und Überlegungen früher totgeschwiegener Parteitheoretiker, insbesondere Bucharins, dagegen ins Feld geführt. Dabei traten immer wieder Fürsprecher für den einstigen Sowjetführer auf, die – bei allem Entsetzen über das Ausmaß der Opfer der Stalin-Zeit – doch seine Leistungen als Regierungschef und als Obersten Kriegsherr nicht geschmälert wissen wollten.

Zweifellos hat die Sowjetunion unter Stalins Herrschaft außenpolitisch einen deutlichen Macht- und Prestigegewinn zu verzeichnen gehabt:

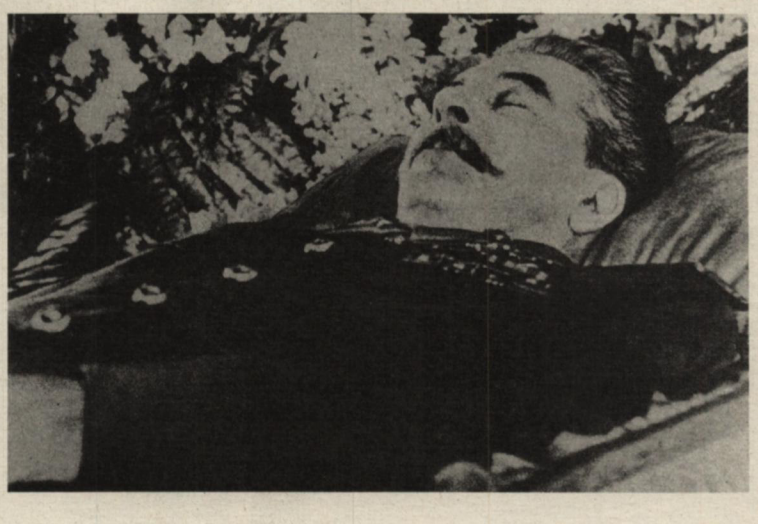
- durch die allgemeine diplomatische Anerkennung, die in den 30er Jahren erreicht werden konnte;
- durch den maßgeblichen Beitrag zum Sieg über Hitlerdeutschland und durch die nachfolgende territoriale Ausdehnung an der West-, Südwest- und Ostflanke;
- durch die Bildung eines breiten Gürtels von Satellitenstaaten in Ostmittel- und Südosteuropa, der durch den Export des stalinistischen Herrschaftssystems fest an Moskau gebunden wurde und
- durch die Schaffung der Voraussetzungen für eine kommunistische Weltbewegung in Form des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform 1947–1956) sowie kommunistischer Welt- oder Frontorganisationen wie des Weltgewerkschaftsbundes (WGB 1945), des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ 1945) oder des Weltfriedensrates (1949).

Weitergehende Ziele nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses über Deutschland hinaus auf den Westen Europas, wurden nicht erreicht.

Die Abschottung der Sowjetunion und ihrer Satelliten vom Westen war einerseits selbstgewählt, um die innere Konsolidierung der sowjetischen Einflußsphäre (des „Ostblocks") und ihrer einzelnen Mitglieder zu ermöglichen; andererseits aber hatte sie das entschiedene Zusammenrücken des Westens in Wirtschafts- und Verteidigungsbündnissen zur Folge. Diese schoben nicht nur weiteren Versuchen der Sowjetunion, ihr Einflußgebiet auszudehnen, einen Riegel vor, sondern schürten in Moskau erneut die Einkreisungsfurcht, die sich erst nach dem Tode Stalins mit den Rüstungserfolgen Mitte der fünfziger Jahre legte.

Der Machtzuwachs nach außen war wesentlich einer enormen Aufbauleistung im Inneren mit einseitiger Ausrichtung auf die Schwer- und Rüstungsindustrie zu verdanken. Dieser Kraftakt vollzog sich in einem neurotischen politischen Klima, im Spannungsfeld zwischen großen Zukunftshoffnungen einerseits und maßlosem Terror andererseits, auf Kosten von Lebensstandard und -qualität der Bevölkerung. Der radikale Umgestaltungsprozeß von Wirtschaft und Gesellschaftssystem war in dieser Form weder durch ökonomische noch durch außenpolitische Notwendigkeiten bestimmt. Vielmehr wurde er auf Betreiben einer von Stalin angeführten Fraktion in der Partei eingeschlagen, „die – wirtschaftlich nicht sonderlich kompetent und angesichts der ‚Getreidekrise' stark verunsichert, ... dabei vordringlich auf Herrschaftssicherung und Sicherung des sozialen Besitzstandes bedacht – versuchte, den gordischen Knoten der sozialen und ökonomischen Rückständigkeit mit Gewalt durchzuhauen." (H.-H. Schröder).

Die durch die Zerschlagung hergebrachter Strukturen bewirkten Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft, die sich in einer sozialen Nivellierung, aber auch im Verlust aller Identitäten auswirkten, dienten letztlich allein der Partei und dem Mann an ihrer Spitze. Nachdem auch die KPdSU (B) in den Sog der gewaltsamen Umwälzung geriet, verblieb der georgische Diktator als unumschränkter Herrscher und, so schien es, als einzig integrierender Faktor. Die totalitäre Herrschaft Stalins, der die wichtigsten Funktionen von Partei und Staat in seiner Person vereinigte, über beiden Apparaten stand und letztlich, nur gestützt auf die von ihm kontrollierte Geheimpolizei, einem Autokraten glich, ist in der Sowjetunion bis zu ihrem Ende ein Stück unbewältigter Vergangenheit geblieben.



Stalins im Kremlsaal aufgebahrte Leiche vor der Überführung in das Lenin-mausoleum am Roten Platz.

Stalinkult

Direkter Nachfolger Goethes

Eine ganze Klasse von Schriftstellern gab sich dazu her, Lobeshymnen zu verfassen. Eine kleine Probe charakteristischer Zitate aus der Sowjetpresse der dreißiger Jahre soll hier folgen:

Aleksej Tolstoj schrieb: „Ich möchte heulen, brüllen, kreischen, schreien vor Entzücken bei dem Gedanken, daß wir in der Zeit des glorreichsten, einzigartigen und unvergleichlichen Stalin leben! Unser Atem, unser Blut, unser Leben – nimm es hin, oh großer Stalin!"
„Du bist die helle Sonne des Volkes, die Sonne unserer Zeit, die niemals untergeht, und mehr noch als unsere Sonne, denn die Sonne hat keine Weisheit."

In der *Prawda* vom 27. 5. 1938 hieß es: Stalin gehört zu den „profundesten Kennern und Kritikern Hegels" und „er ist einer der maßgebendsten Experten auf dem Gebiet der zeitgenössischen Philosophie".

Kultura i rewoljuzija schrieb: „In Wirklichkeit sind gewisse Voraussagen von Aristoteles nur von Stalin in ihrem vollen Umfang verstanden worden."

Kultfront: „Sokrates und Stalin sind die Gipfel der Weisheit."

„Die volle Bedeutung der Theorien Kants für die heutige Wissenschaft kann man nur im Licht des letzten Briefes des Genossen Stalin voll verstehen" (von einem Professor der Kommunistischen Akademie).

Iswestija: „Kann denn wirklich irgend jemand über irgendein Thema schreiben, ohne seinen Stalin zu kennen? Niemals! Ohne Stalin kann niemand etwas verstehen oder etwas Interessantes schreiben."
„Stalin ist nicht mehr und nicht weniger als ein direkter Nachfolger Goethes", sagte eine Schriftstellerin.

Bucharin bezeichnete Stalin als „Feldmarschall der Revolution". Stereotype Wiederholungen gab es im Überfluß. Jeder zweite Satz begann mit der Phrase: „Stalin hatte recht ..." und „wie Stalin sagte". Die alten Epitheta „Stoßbrigadier", „legendäre Gestalt", „geliebter Führer", „genialer Denker" und „angebeteter Stalin" waren durch ständige Wiederholung ein wenig entwertet worden. Man wetteiferte miteinander, um neue möglichst bombastische Beinamen zu finden: „stählerner Koloß", „großer Pionier", „großer Nachfolger", „der größte aller Theoretiker", „der großartigste Leninist".

Joel Carmichael: Säuberung. Die Konsolidierung des Sowjetregimes unter Stalin 1934/38, Ullstein Verlag, Frankfurt/Main. 1972, S. 31 f.

Die Sonne der Völker

„Genialer Führer der proletarischen Revolution", „Inspirator und Organisator des Sieges des Sozialismus", „höchster Genius der Menschheit", „erfahrener proletarischer Befehlshaber", „genialer Theoretiker und Organisator des Aufbaus von Kolchosen", „genialer Führer der Werktätigen der ganzen Welt" – alle diese Elogen, in denen sich die immer grotesken Auswüchse des Personenkults um Stalin manifestieren, entstammen einer einzigen Rede, die von einem besonders servilen Parteisekretär gehalten wurde. Begleitet wurde diese Verehrung von „Illusionen, Selbstbeschwichtigung, der Unfähigkeit zu kritischem Denken, Intoleranz gegenüber Dissidenten und Fanatismus", wie Roy Medwedew schrieb. Immer wieder berichteten Sowjetbürger, sie seien in Ohnmacht gefallen oder in Ekstase geraten, als sie Stalin zu Gesicht bekamen oder seine Stimme hörten.

Auch Intellektuelle leisteten ihren Beitrag zu diesem Kult. Schon sehr früh schrieb Alexej Tolstoi pathetische Lobeshymnen wie die folgende: „Du, strahlende Sonne der Völker. Die nie versinkende Sonne unserer Zeit. Und mehr als die Sonne, denn die Sonne hat keine Weisheit."

Nicht nur im gesprochenen und geschriebenen Wort, sondern auch in den bildenden Künsten waren Lüge und Verherrlichung an der Tagesordnung. In einem Film nach dem anderen wurde Stalins Rolle vor, während und nach der Revolution verherrlicht. Bilder entstanden, auf denen er Streiks anführte oder einem aufmerksam zuhörenden Lenin Ratschläge erteilte. In fast jedem Büro, jeder Werkstatt, in vielen Privathäusern hingen anstelle der früheren Ikonen idealisierte Porträts des Führers an den Wänden.

Manches war ebenso grotesk wie furchtbar. Bei einer Parteiversammlung in der Provinz gab es stehende Ovationen, als der Name Stalins erwähnt wurde, und niemand wagte es, sich als erster zu setzen. Als ein alter Mann, der nicht länger stehen konnte, sich hinsetzte, wurde sein Name notiert, und am folgenden Tag wurde er verhaftet. Einmal wurde eine Rede Stalins auf acht Schallplatten aufgenommen; die letzte war ausschließlich dem Applaus vorbehalten.

Robert Conquest: Stalin. Der totale Wille zur Macht, List Verlag, München 1991, S. 272 f.

Der beste Freund der Kinder

Ab 1935 war Stalin der beste Freund der Kinder: die Zeitungen veröffentlichten ein Foto des menschlichsten aller Menschen mit seiner Tochter Swetlana und ein Foto mit anderen Mädchen, die ihm Blumen schenken. Besonders bekannt wurde ein Foto (als Plakat dann millionenfach verbreitet) der schwarzäugigen Geli Markisowa mit den hervorstehenden Wangenknochen, das am 27. Januar 1936 im Kreml auf einem „Empfang von Werktätigen aus der Burjatisch-Mongolischen ASSR" gemacht wurde. Das Plakat erfreute die Sowjetbürger noch lange, obwohl der Vater von Geli als „Volksfeind" erschossen und die Mutter verhaftet wurde und später Selbstmord beging.

Michael Heller/Alexander Nekrich: a. a. O., S. 269.

Roy Medwedew

Wer kennt die Opfer, nennt die Zahlen?

Ich würde mich nicht damit befassen, die ungeheuerliche Menge der Opfer des Stalinismus zu zählen – die Millionen Inhaftierten, Erschossenen, Verhungerten, in den Norden und Osten Verbannten, an Folter Verendeten, in riesigen Massengräbern Bestatteten –, wenn diese grausige Statistik irgendwann veröffentlicht worden wäre. Aber eine derartige offizielle Statistik existiert nicht und wurde, wie ich vermute, auch nie aufgestellt. Ich aber erhalte bei jeder Diskussion zum Thema Stalinismus viele Zettel mit stets der gleichen Frage: „Wie viele Opfer des Stalinismus gab es insgesamt?" Also muß ich wenigstens annähernde Zahlen sammeln. Sie sind nicht so hoch wie die Daten westlicher Forscher, und ich möchte auch nichts übertreiben. Doch auch meine Rechnung läßt mich jedes Mal erschauern.

Linke und rechte Abweichler

Die erste Welle der Massenrepressionen rollte bereits 1927/28 nach dem Sieg Stalins über die vereinigte linke Opposition. Ihr fielen damals Zehntausende Trotzkisten und Sinowjew-Anhänger, die in entfernte Landesregionen verbannt, in politische Zuchthäuser gesteckt, aus der Partei ausgeschlossen und vom Arbeitsplatz vertrieben wurden, zum Opfer. (Fast alle kehrten zwischen 1930 und 1933 nach einer demütigenden Prozedur der „Reue" und des „Treueids auf Stalin" wieder in ihren Beruf zurück.) Ein Jahr später gingen diesen Weg auch Zehntausende „rechte Abweichler". 1936/37 jedoch wurden alle diese Personen erneut festgenommen und sahen nun ihre Angehörigen niemals wieder. Die ehemaligen Oppositionellen (oder sogar ehemalige Studenten und Komsomolmitglieder, die sie in den 20er Jahren unterstützten) wurden größtenteils auf geheimen Sonderbefehl in den Jahren 1938/39 erschossen. Nur ein paar hundert Häftlinge dieser Kategorie erlebten ihre Rehabilitierung in der Zeit von 1954 bis 1957.

Bürgerliche Nationalisten und Spezialisten

Schon auf dem Höhepunkt der Bekämpfung von Trotzkisten und Sinowjew-Anhängern starteten die Stalinisten neue, ebenfalls mit Massenrepressionen gepaarte politische Feldzüge. In verschiedenen Unions- und autonomen Republiken setzte die Hatz auf „bürgerliche Nationalisten" ein. Nach dem „Fall Schachtinsk" (Schachty-Prozeß) 1928 verhärtete sich die politische Unterdrückungskampagne gegen die „Schädlinge" unter den „bürgerlichen Spezialisten". Alle Gefängnisse und Zuchthäuser waren in diesen Jahren (1930/31) überfüllt mit Vertretern der technischen Intelligenz sowie der Geistesschaffenden, mit bisher der Verbannung entgangenen Sozialrevolutionären und Menschewiki. Die Gesamtzahl dieser Opfer des Stalinismus belief sich auf Zehntausende.

Ländliche Führungsschicht

In den ländlichen Gebieten kam es nach dem provozierten Fall der „Partei der werktätigen Bauern" (russ. TKP – die Red.), dem hervorragende Agrarfachleute zum Opfer fielen, zu Massenrepressionen von Agronomen, Viehzüchtern, Mitarbeitern von Genossenschaftsverwaltungen und allen ländlichen Intellektuellen. In der Presse hieß es Anfang der dreißiger Jahre, daß rund 200 000 Mitglieder der TKP verhaftet worden waren.

Von den Repressionen Ende der zwanziger Jahre gegen aktive Oppositionelle waren Zehntausende Personen betroffen. Die Zahl der verhafteten und größtenteils in der Haft umgekommenen „Schädlinge", TKP-Mitglieder, „bürgerlichen Nationalisten" und dann auch der NÖPmen (russische Bezeichnung für Privateigentümer unter der Neuen Ökonomischen Politik Lenins – die Red.) ging bereits in

die Hunderttausende. Lediglich einige tausend Angehörige dieser „fremden" Schichten und Klassen konnten noch zu Zeiten Stalins der Haft entrinnen. Dazu ein paar tausend, die 1956/57 nach harten Lagerjahren zurückkehrten. Sie hatten zwischen 25 und 30 Jahre in Haft und Verbannung verbracht.

Kulaken

Die Zeit der Zwangskollektivierung währte etwa von 1929 bis 1932. Dabei handelte es sich um beispiellose Unterdrückungsmaßnahmen zur „Kulakenenteignung", die sich wesentlich von dem Vorgehen gegen die Großbauern der Jahre von 1918 bis 1920 unterschied. Damals wurden bei wohlhabenden Bauern „Überhänge" an Boden und Landmaschinen beschlagnahmt, während nun der ganze Hof konfisziert und die Familien der Enteigneten in eilig errichtete Sondersiedlungen im hohen Norden und Osten ausgesiedelt wurden.

Offiziell wurde die Gesamtzahl der Anfang der dreißiger Jahre Enteigneten erkennbar untertrieben. 1933 nannte Stalin auf dem Januarplenum des ZK der KPdSU(B) die verdächtig präzise Zahl von 240 757 aus den Gebieten der Vollkollektivierung ausgesiedelten Familien. In Schriften zur Geschichte der KPdSU der sechziger Jahre werden bereits 381 000 enteignete Familien genannt. Allerdings lassen diese beiden Zahlen manches offen.

Erstens kennen wir die durchschnittliche Größe der enteigneten Familien nicht. Wohlhabende Bauernfamilien zählten in den Jahren 1930 bis 1932 selten weniger als fünf bis sechs Personen. Die damalige Norm waren zehn- bis zwölfköpfige Familien. Rechnet man zu einer Durchschnittsfamilie acht Personen, dann bedeuten 380 000 ausgesiedelte Familien 2,7 bis 2,8 Millionen Menschen. Laut Angaben aus den Jahren 1927/28 gab es jedoch in unserem Land mehr als eine Million Familien, die gemäß der sozialen Statistik jener Zeit zu den Kulaken gerechnet wurden. Und wir haben keine Belege dafür, daß auch nur ein geringer Teil von ihnen an ihren bisherigen Wohnorten belassen wurde. Hinzu kommt, daß nach Angaben aus den dreißiger Jahren und anhand späterer Unterlagen in vielen Bezirken und Gebieten auch Familien von Mittelbauern ausgesiedelt wurden. Außerdem wurden Dorfpfarrer und Mönche, kleine Kaufleute, Schmiede, überhaupt alle unliebsamen Personen ausgesiedelt.

Eine Statistik der Enteignung wurde nicht geführt oder sie ist in Archiven vergraben. Ich denke, wir können, ohne uns einem großen Irrtum hinzugeben, zehn Millionen angeben. Diese Zahl teilte Stalin Churchill mit, als dieser ihn nach den Opfern der Kollektivierung fragte.

Natürlich heißt Aussiedlung noch nicht Tod. Obwohl nicht selten Kulaken und deren erwachsene Kinder, die „aktiven Widerstand" leisteten und zeitweise tatsächlich zur Waffe griffen (in manchen Gebieten kam es zu brutal niedergeschlagenen Aufständen), erschossen wurden. Die meisten der zehn Millionen ausgesiedelten Bauern blieben, wenn auch mit Mühe und Not, am Leben. Hohe Sterblichkeit war auf dem Hinweg und in den ersten Jahren der Eingewöhnung in den Sondersiedlungen zu verzeichnen, besonders unter Kindern und alten Menschen. Eine Statistik wurde wiederum nicht geführt.

Hungertote

Die nächste Leidenszeit, verursacht durch die Politik Stalins, ist das Hungerjahr 1933. Auch hier fehlt jegliche Statistik. Am schlimmsten war der Hunger in den südlichen Gebieten der Ukraine und in Kasachstan, etwas weniger hatten der Nordkaukasus und das Wolgagebiet zu ertragen. Verschiedene Autoren nennen unterschiedliche Zahlen: von vier bis zehn Millionen Toten. Ich denke, wir dürfen als Hypothese (bis zu genaueren Berechnungen) die Zahl von sechs Millionen Opfern der Hungersnot annehmen.

Konterrevolutionäre Elemente

Vielleicht ist einzig das Jahr 1934 ohne irgendwelche großangelegten Repressionsfeldzüge abgegangen, obwohl auch in diesem Jahr Verhaftungen erfolgten und Gruppen von „Konterrevolutionären" entlarvt wurden. Doch schon am Ende dieses „ruhigen" Jahres, nach der Ermordung Kirows am 1. Dezember, begannen die Verhaftungen der Sinowjew-Anhänger und bald darauf die Massenaussiedlung „fremder Elemente" aus Moskau, Leningrad und einigen anderen Städten. Dabei handelte es sich um Familien von einstigen Adeligen sowie von vielen früheren Ge-

schäftsleuten und Kapitalisten – rund eine Million Menschen. Auf diese Weise wurden nach annähernden Schätzungen noch vor dem Schreckensjahr 1937, das von vielen westlichen Autoren als Beginn des „Großen Terrors" bezeichnet wird, mindestens 17 bis 18 Millionen Menschen zu Opfern des Stalinismus, von denen nicht weniger als zehn Millionen umkamen oder ermordet wurden.

Die Große Säuberung: Parteifunktionäre und andere

1937/38 waren nach meinen Berechnungen zwischen fünf und sieben Millionen Menschen von Repressionen betroffen: Rund eine Million Parteimitglieder und rund eine Million ehemalige Parteimitglieder, die den Säuberungen Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre zum Opfer gefallen waren; die restlichen drei bis fünf Millionen waren Parteilose aus allen Bevölkerungsschichten. Die meisten der 1937/38 Verhafteten gerieten in die über das ganze Land verstreuten Lager. Ein großer Teil einstiger sehr hoher Partei- und Staatsfunktionäre wurde sofort nach der Festnahme oder nach einer gefälschten Untersuchung erschossen. Die Todesurteile wurden in etwa registriert, und wie ich früher vermutete, hat es 700 000 bis 800 000 Erschießungen gegeben. Viele jedoch wurden auf Geheimanordnungen in den Lagern erschossen, so daß die Zahl von einer Million wahrscheinlicher sein dürfte.

Klassenfremde Elemente in den annektierten Gebieten

1939/40 flauten die Repressionen ab. Besser gesagt, Art und Regionen wandelten sich. Massenarreste erfolgten in den westlichen Gebieten der Ukraine und Belorußlands. Dort wurden „klassenfremde Elemente" ausgehoben. Interniert wurden die Überreste der polnischen Armee, in Städten der Westukraine und Westbelorußlands ansässige polnische Familien wurden nach Sibirien ausgesiedelt. 1940 begannen die Festnahmen im Baltikum, in Bessarabien und der Nordbukowina. Die Gesamtzahl der Opfer dieser Repressionen, einschließlich der Deportierten, dürfte bei etwa zwei Millionen liegen.

Alle Deutschen

Der Krieg setzte der Politik der Verfolgungen kein Ende. Bereits 1941 wurden alle Bewohner der autonomen Republik der Wolga-Deutschen und überhaupt alle Sowjet-Deutschen nach Osten ausgesiedelt. Die meisten der Ausgesiedelten fanden sich in Sondersiedlungen wieder, nicht wenige aber wurden auch als frische Arbeitskräfte in die Gulags befördert. Seit Kriegsausbruch hatte sich nämlich die Versorgungssituation in den Lagern verschlechtert, die Arbeit dagegen war intensiviert worden, wodurch auch die Sterblichkeit wesentlich stieg.

Nationale Minderheiten

1942/43 wurde die Tätigkeit der NKWD-Organe (NKWD = Volkskommissariat des Innern – die Red.) immerhin auf den Kriegsbedarf umgestellt, wobei das Personal dieses Volkskommissariats nicht etwa ab-, sondern zunahm. Doch schon Ende 1943 und das ganze Jahr 1944 hindurch beginnt das NKWD wieder, sich mehr und mehr seiner gewohnten Arbeit hinzugeben. Auf Beschluß des Staatlichen Verteidigungskomitees wurden Kalmyken, Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren, Karatschajewer und einige andere kleinere nationale Gruppen – ein Teil der Griechen und Kurden zum Beispiel – nach Osten ausgesiedelt. Die Gesamtzahl der Deportierten von der Krim, aus dem Wolgagebiet und dem Nordkaukasus lag bei drei Millionen, wobei bestimmten Angaben zufolge mindestens eine Million Kinder, Greise und Frauen umkamen, weil sie der Belastung der Aussiedlung und der ersten Jahre in den neuen Regionen nicht gewachsen waren.

Befreite Sowjetbürger

Die NKWD-Organe hatten gewaltige Arbeit beim „Durchkämmen" der Bevölkerung in den von der Sowjetarmee befreiten, eben noch okkupierten Gebieten der UdSSR. Bekanntlich lebten in den besetzten Regionen über 60 Millionen sowjetische Bürger. Sehr viele Bewohner der Ukraine, Belorußlands, Moldawiens, des Baltikums mußten mindestens drei Jahre unter dem Besatzungsregime verbringen. Um nicht zu verhungern, waren diese Menschen gezwungen, in den Kolchosen, in Industriebetrieben, bei der Bahn zu arbeiten. Ihre Kinder brauchten Unterricht. Nach der damaligen Terminologie bedeutete das „mit den Okkupanten kollaborieren". Natürlich waren alle zu bestrafen, die den unter Befehl der deutschen Behörden stehenden Straftrupps, der Polizei, der Wlassowarmee angehörten, in den Goebbels-Presseorganen und anderen Institutionen mitarbeiteten. Das waren nicht wenige, und sie erhielten harte Strafen. Wir haben nicht vor, sie unter die Opfer des Stalinismus einzureihen. Aber es gab auch viele Menschen, deren Arbeit in Betrieben, Kolchosen, bei der Bahn die einzige Möglichkeit bot, nicht Hungers zu sterben und auch ihre Kinder vor dem Hungertod zu bewahren. Sicher wurden nicht alle diese Leute belangt, sonst hätte sich das normale Dasein und die Wirtschaft in den westlichen Landesregionen nicht wieder aufbauen lassen. Aber praktisch allen, die unter das Besatzungsregime geraten waren, wurden ihre Rechte beschnitten, und ein nicht geringer Teil doch in die Lager geschickt, die sich während des Krieges infolge der hohen Sterblichkeit merklich geleert hatten.

Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter

Es ist mir einfach kaum möglich, dazu irgendwelche Zahlen anzugehen, weshalb ich mich lediglich auf vermutete zwei bis drei Millionen beschränken will. Berücksichtigt man dabei noch Personen, die 1945/46 Repressionen ausgesetzt waren, so ließe sich diese Zahl auf fünf Millionen steigern. Der Sieg hatte den Überlebenden in den Kriegsgefangenenlagern und Millionen Bewohnern der okkupierten Gebiete, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren, die Freiheit wiedergegeben. Alle diese Menschen mußten die sogenannten zeitweiligen „Filterlager" passieren. Durchaus nicht alle kehrten heim. Viele wurden in die Lager von Kolyma, Kasachstan und Norilsk verfrachtet. Unter ihnen auch heldenhafte Verteidiger von Brest, Sewastopol, Odessa, Stalingrad und Moskau.

Unter dem Strich also kann man die Gesamtzahl der Opfer des Stalinismus in den Jahren 1941 bis 1946 mit mindestens zehn Millionen angeben.

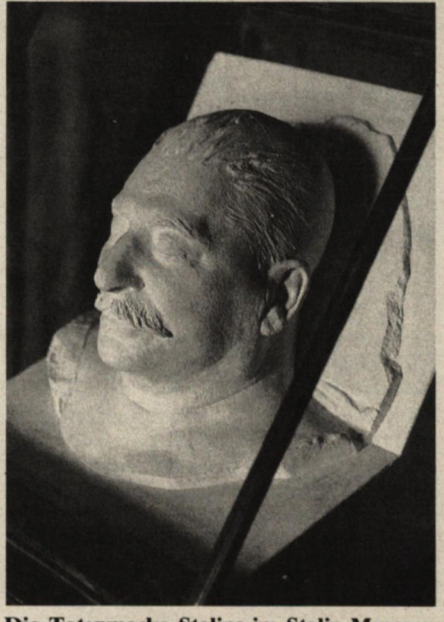
„Kosmopoliten" und Ärzte

Zwischen 1947 und 1953 haben wir etliche weitere Repressionsmaßnahmen erleben müssen. Unter ihnen der „Fall Leningrad", die Bekämfpung der „Kosmopoliten" und der „Mordärzte". Jede dieser Kampagnen ging mit Festnahmen einher. Auch „üblich" motivierte Arreste dauerten an: wegen „antisowjetischer Propaganda" und auf Grund aller Punkte des Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches. Der grausame Krieg und die Repressionen früherer Jahrzehnte aber hatten das Land so ausgeblutet, daß die Verhaftungen der Jahre 1947 bis 1953 nicht mehr die bisherige Größenordnung erreichten. Ich denke, daß ich mich nicht irre, wenn ich eine Million von Repressionen Betroffene nenne.

Eine grausige Statistik. Aber wir sollten sie kennen.

Moskau News, Deutschsprachige Ausgabe, Nr. 1/Januar 1989.

Roy Medwedew ist Historiker und gehört zu den bekanntesten Dissidenten der Breschnew-Zeit.



Die Totenmaske Stalins im Stalin-Museum in Gori/Georgien.

Urteile über Stalin

Bilanz des Stalinismus

Mit Stalins Tod endete die unbeschränkte Terrordiktatur in der Geschichte des sowjetischen Regimes. Gleichzeitig war es die Periode der Reifung und Herausbildung der modernen Sowjetgesellschaft gewesen. Ihre Fundamente und Prinzipien waren von Lenin in den ersten Jahren der Sowjetmacht geschaffen worden. Die von Stalin in den dreißiger Jahren durchgeführte Revolution von oben war die logische Folge der Oktoberrevolution und der von Lenin ausgearbeiteten Strategie. In diesem Sinn sind Stalins historische Ansprüche auf treue und folgerichtige Übernahme des Lenin-Erbes gerechtfertigt.

Stalins Diktatur hat den Traum der Tyrannen aller Epochen verwirklicht – die absolute Herrschaft über den Menschen, seinen Körper und seinen Geist. Das sowjetische System des Sozialismus war vollendeter und stabiler als der deutsche Nationalsozialismus oder der Faschismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Es machte nicht nur sein Recht auf die menschliche Seele geltend, sondern auch auf die Schaffung eines neuen Menschen, des Homo sovieticus. Zu diesem Zweck waren einige konsequente Operationen zur Säuberung der russischen Gesellschaft vonnöten. Nicht nur ihre Sozialstruktur, sondern auch die Bevölkerung mußte grundlegend geändert werden ...

In den letzten Jahren der Stalin-Diktatur, die zuweilen als Periode des reifen Sozialismus bezeichnet werden, verschärften sich all ihre Charakterzüge so wie es gewöhnlich mit alternden Leuten geschieht, wenn ihre guten oder schlechten Eigenschaften augenfälliger werden. Die spätstalinistische Gesellschaft trug alle Grundzüge vorzeitiger Altersschwäche. Diese Züge sind der Zerfall der Ideologie, die Willkür der Macht und die Herrschaft der Organe der Staatssicherheit über alle Lebensbereiche, weit verbreitetes Denunziantentum, die grobe Einmischung von Partei und Staat in die Sphäre der Familie, die Zuspitzung der multinationalen Beziehungen, die Zunahme expansionistischer Tendenzen, Fremdenhaß und die Schürung von Chauvinismus und Antisemitismus im Inneren des Landes. All dies verlief parallel zum schnellen Wachstum des Rüstungspotentials des Staates und der zielgerichteten Verschlechterung der Wirtschaftslage des Landes, besonders der Lebensverhältnisse der Bauernschaft.

Einige Historiker haben versucht, das sowjetische Experiment unter dem Aspekt der Interessen des Menschen, der menschlichen Gesellschaft zu untersuchen. Dabei stellten sie fest, daß beim Bau der „lichten Zukunft der Menschheit" Dutzende von Millionen Menschen physisch vernichtet wurden, verhungerten oder eines gewaltsamen Todes starben. Einige führen 25, andere 40 Millionen Menschen an. Solschenizyn nimmt an, daß es 60 Millionen Opfer bisher gegeben hat. Wie auch immer es sei, es geht hier um eine echte demographische Katastrophe, die Rußland in diesem Außmaß bisher nicht kannte. Es handelt sich um eine moralische Katastrophe für die Überlebenden. Wie konnten sie mit dem Erbe dieser Epoche fertig werden? Das war die Frage, die die Geschichte im März 1953 stellte.

Michael Heller/Alexander Nekrich: a. a. O. Zweiter Band: 1940–1980, S. 193 ff.

Beurteilung Stalins aus heutiger Sicht

Allgemeiner ausgedrückt setzte Stalin seine ganze Existenz ein, um Illusion und Täuschung hervorzubringen. Fehlschläge wurden in Erfolge umgemünzt. Terror wurde als Demokratie hingestellt. Selbstherrschaft wurde Sozialismus genannt. Und Stalins Unterdrückungsapparat arbeitete so wirkungsvoll, daß auch Besucher aus dem Ausland sich täuschen ließen. Seine eigenen Untertanen bewog er durch Zwang dazu, ein Leben zu führen, das aus lauter Lügen bestand.

Es war vor allem diese alles beherrschende Verlogenheit, die selbst nach Stalins Tod die Sowjetunion in einem Zustand der Rückständigkeit, des moralischen Verfalls, gefälschter wirtschaftlicher Daten und einer allgemeinen Verschlechterung hielt, bis in den letzten zehn Jahren die Wahrheit nicht länger unterdrückt werden konnte ...

Der Zustand der heutigen Sowjetunion ist das unmittelbare Ergebnis von Stalins Denken und Handeln. Wie es ein sowjetischer Schriftsteller von Stalin und den Stalinisten sagt: „Am Ende trugen sie den Sieg davon: Sie vernichteten sich selbst und das Volk."

Ein abschließendes moralisches Urteil über eine Erscheinung wie Stalin ist vermutlich weniger einfach, als es zunächst den Anschein hat. Die Kommunisten der damaligen Zeit und sogar Stalin selbst sind aufgrund ihrer guten Absichten entschuldigt worden – sie hätten tatsächlich oder möglicherweise geglaubt, daß ihr Handeln im Verlauf der Verwirklichung einer idealen Gesellschaft gerechtfertigt war, da die Abschaffung von Einkommen aus Kapital alle Untaten aufwog ...

Angenommen, Stalin wäre im Recht gewesen? Angenommen die Theorie, Massenmord könne zur Verwirklichung von Utopia führen, wäre richtig gewesen? Dann stünden wir vor einer weiteren Variante der alten Behauptung, daß der Zweck die Mittel heilige ...

So gilt immer noch, was Djilas geschrieben hat: „Alles in allem war Stalin ein Ungeheuer, das, während er abstrakten, absoluten und fundamental utopischen Ideen anhing, in der Praxis nur den Erfolg anerkannte und auch nichts anderes anzuerkennen vermochte – Erfolg, Gewalttat, physische und geistige Vernichtung." ...

Stalin stand für einen Dogmatismus, einen Glauben an ein Tausendjähriges Reich in seiner gröbsten Form. Doch so gewöhnlich, ungeschliffen und beschränkt seine Persönlichkeit auch erscheinen mag, von seiner Laufbahn läßt sich jedenfalls nicht behaupten, wir könnten nichts daraus lernen oder sie sei uninteressant. Dennoch richtet sich unser Interesse hauptsächlich auf das extreme und unerhörte Ausmaß der physischen, moralischen und geistigen Zerstörung, die von ihr ausging. Wenn wir jetzt damit anfangen können, Stalin als eine Person der geschichtlichen Vergangenheit zu begreifen, dann geschieht es in der Hoffnung, daß niemals wieder ein Mensch wie er eine solche politische Macht erlangt.

Robert Conquest: Stalin. Der totale Wille zur Macht, List Verlag, München 1991, S. 408 ff.

Über eine Million Menschen jubelten Stalin am 1. Mai 1951 in Moskau zu.

ZEITTAFEL

1855–1881: Zar Alexander II.

1861: Bauernbefreiung in Rußland.

22. 4. 1870: Wladimir Iljitsch Uljanow (später Lenin genannt) wird in Simbirsk geboren.

21. 12. 1879: Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili (später als Stalin bekannt) wird in Gori (Georgien) geboren.

1881–1894: Zar Alexander III.

1894–1917: Zar Nikolaus II.

1898: Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP).

1900: Lenin in Deutschland; er bereitet die Herausgabe der Zeitung „Iskra" (Der Funke) vor, deren erste Nummer mit seinem Artikel „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung" erscheint.

1902: Lenins Buch „Was tun?" mit seiner neuen Parteidoktrin erscheint.

1903: Auf dem 2. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (zunächst in Brüssel, dann in London), spaltet sich die Partei in Menschewiki und die von Lenin geführten Bolschewiki.

1905: „Blutsonntag" in Petersburg. Beginn der ersten russischen Revolution.

1914–1918: Erster Weltkrieg.

27. 2. (12. 3. 1917): Februarrevolution: Bildung der Provisorischen Regierung und von Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets).

2. 3. (15. 3. 1917): Abdankung des Zaren Nikolaus II.

3. 4. (16. 4. 1917): Rückkehr Lenins aus der Schweiz nach Petrograd.

4. 4. (17. 4. 1917): Lenins Aprilthesen.

1. 9. (14. 9. 1917): Ministerpräsident Kerenski proklamiert Rußland offiziell als Republik. Trotzki wird zum Präsidenten des Petrograder Sowjets gewählt (Bolschewiki, linker Flügel der Sozialrevolutionäre und Menschewiki).

10. 10. (23. 12. 1917): Das Zentralkomitee der Bolschewiki beschließt den bewaffneten Aufstand.

12. 10. (25. 10. 1917): Bildung des Militärrevolutionären Komitees durch den Petrograder Sowjet, Trotzki Vorsitzender; damit ist der Provisorischen Regierung die Verfügung über die Truppen entzogen.

22. 10. (4. 11. 1917): Alle Truppen in Petrograd unterstellen sich ausdrücklich den Befehlen des Militärrevolutionären Komitees.

24. 10. (6. 11. 1917): Provisorische Regierung plant militärischen Gegenschlag. Dagegen besetzen aufständische Truppen unter Befehl Trotzkis alle wichtigen Gebäude in Petrograd.

25. 10. (7. 11. 1917): Verhaftung der Mitglieder der Provisorischen Regierung, Flucht Kerenskis. Sieg und Machtergreifung durch die Bolschewiki: „Oktoberrevolution." Die Bolschewiki zwingen die Vertreter der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki zum Verlassen des Kongresses.

26. 10. (8. 11. 1917): Der Rumpfkongreß setzt als neue Regierung den „Rat der Volkskommissare" unter Führung Lenins ein. Beschlüsse: „Dekret über den Frieden", „Dekret über den Grund und Boden".

2. 11. (15. 11. 1917): „Deklaration über die Rechte der Völker Rußlands".

25. 11. (8. 12. 1917): Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung.

11. 12. (24. 12. 1917): Das ZK billigt Lenins Plan, die Verfassunggebende Nationalversammlung zu sprengen.

5. 1. (18. 1. 1918): Zusammentritt der Nationalversammlung. Die Mehrheit deklariert gegen bolschewistische Obstruktion Rußland als „demokratische föderative Republik."

6. 1. (19. 1. 1918): Truppen verhindern den erneuten Zusammentritt der Nationalversammlung.

24. 2. (9. 3. 1918): Moskau anstatt Petrograd (1924 in Leningrad umbenannt, seit 1991 wie schon bis 1914 wieder Sankt Petersburg) wird Hauptstadt Rußlands. Gregorianischer Kalender eingeführt.

3. 3. 1918: Frieden von Brest-Litowsk.

1918–1921: Bürgerkrieg „Kriegskommunismus".

16./17. 7. 1918: Ermordung der Zarenfamilie.

2.–6. 3. 1919: Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern).

2.–18. 3. 1921: Kronstadter Aufstand.

8.–16. 3. 1921: X. Parteikongreß der KPR (B); Beginn der Neuen Ökonomischen Politik (NEP).

3. 3. 1922: Wahl Stalins zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) KPR (B).

16. 4. 1922: Vertrag von Rapallo.

30. 12. 1922: Gründung der UdSSR.

24. 1. 1924: Tod Lenins.

2.–19. 12. 1927: XV. Parteikongreß der KPdSU (B); Ausschaltung der „linken Opposition". Alle Gegner und Kritiker Stalins werden aus der bolschewistischen Partei ausgeschlossen.

1928: Beginn der Kampagne gegen die „rechte Opposition" in der Partei.

1935: Todesstrafe für Kinder ab 12 Jahre wird eingeführt. Stachanow-Bewegung proklamiert.

1936–1938: Schauprozesse und „Große Säuberung".

5. 12. 1936: Verabschiedung einer neuen Sowjetverfassung.

23. 8. 1939: Hitler-Stalin-Pakt mit Geheimem Zusatzprotokoll.

1940: Die bisherigen selbständigen Staaten Estland, Lettland und Litauen und das zu Rumänien gehörende Bessarabien werden von sowjetischen Truppen besetzt (Juni), Trotzki von einem stalinistischen Agenten in Coyoacan (Mexico) erschlagen.

22. 6. 1941: Deutscher Angriff auf die UdSSR.

1942–1943: Schlacht um Stalingrad, Wende des Krieges.

28. 11.–1. 12. 1943: Konferenz von Teheran.

4.–11. 2. 1945: Konferenz von Jalta.

17. 7.–1. 8. 1945: Konferenz von Potsdam.

1946: Stalin kündigt in einer Rede weitere Fünfjahrespläne in der Sowjetunion an; die Priorität der Schwerindustrie soll erhalten bleiben. Verschärfter kulturpolitischer Kurs.

1947: Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform).

1948: Kommunistischer Umsturz in der Tschechoslowakei. Bruch mit Tito.

1949: „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) gegründet. Massenverhaftungen in Leningrad, bekannt als „Leningrader Affäre". Der 70. Geburtstag Stalins wird mit einem bis dahin nie dagewesenen Pomp gefeiert.

1951: Massenverhaftungen in den kaukasischen Republiken der UdSSR.

1952: Stalins letzte Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" erscheint. Drastische Verschärfung der Wachsamkeitskampagne, Anzeichen für eine neue große Säuberung.

1953: Aufdeckung einer angeblichen „Verschwörung der Kreml-Ärzte", die wegen Spionage und versuchter Ermordung hoher Sowjetführer angeklagt werden. Die „Massensäuberung" nimmt immer größere Ausmaße an. Stalin erleidet einen Gehirnschlag (5. März).

Glossar

Autokratie: (griech.: „Selbstherrschaft"), Staatsform in Rußland bis zum Sturz des Zarentums 1917. Seit 1492 führt der Moskauer Zar den aus dem byzantinischen Titel „Autokrator" übersetzten Titel „Samodershez" (= Selbstherrscher). Bei den → Slawophilen galt A. neben Orthodoxie und Volksverbundenheit (narodnost) als tragender Pfeiler des russischen Staates.

Bolschewiki: (von russ. „bolsche" = mehr); etwa = Mehrheitler, d. h. der Teil der 1903 gespaltenen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDRP), der unter Führung Lenins bei einer Parteitagsabstimmung die Mehrheit bekam; der andere Teil wurde → Menschewiki genannt. Fortsetzer der B.: → KPdSU.

Duma (eigtl. = der Gedanke, im weiteren Sinne: beratendes Gremium) vom Mittelalter bis zum 17. Jh. → Bojaren-Duma; Wiederaufnahme des Begriffes nach der Revolution von 1905 als „Staatsduma": Durch indirektes Zensuswahlrecht gewähltes, gesetzgebendes Repräsentantenhaus. Von den vier Dumen zwischen 1906 und 1917 waren die beiden ersten überwiegend oppositionell, die anderen beiden aufgrund geänderten Wahlrechts regierungskonform. Nach dem Rücktritt des Zaren stellte die Duma im März 1917 eine → Provisorische Regierung auf. Aufhebung der Duma nach der → Oktoberrevolution.

Februarrevolution: 27. 2. (12. 3.) 1917; Sturz des Zarismus in Rußland; Entstehen einer wenige Monate dauernden Doppelherrschaft aus einer von der → Duma getragenen → Provisorischen Regierung und den damit konkurrierenden → Sowjets.

Intelligenzija: Seit der Mitte des 19. Jhs. in Rußland Angehörige der gebildeten Schicht (Nicht-Geistliche); immer mehr im Sinne radikal-demokratischer Opposition verstanden.

Kadetten: Abkürzung für Angehörige der Konstitutionell-demokratischen Partei (auch: Partei der Volksfreiheit), gegr. 1905; zunächst wichtigste Träger des russischen Liberalismus; an der → Provisorischen Regierung 1917 beteiligt.

Kalender: In Rußland wurde nicht wie im Bereich der lateinischen Kirche die Gregorianische Kalenderreform von 1582 durchgeführt; dort galt bis Februar 1918 der Julianische Kalender („alten Stils"). Dieser blieb gegenüber dem im übrigen Europa gültigen („neuen Stils") im 16. und 17. Jh. um 10, im 18. Jh. um 11, im 19. um 12 und im 20. Jh. um 13 Tage nach. Die „Oktoberrevolution" fand somit am 25. Oktober a. St. bzw. am 7. November n. St. statt.

Kolchos (der oder das, auch: die Kolchose): Abkürzung für: kollektivnoje chosjajstwo (Kollektivwirtschaft), landwirtschaftlicher Genossenschaftsbetrieb. Im Laufe einer gewaltsamen Zwangskollektivierung wurde zwischen 1929 und 1933 fast die Gesamtheit der bäuerlichen Wirtschaften der UdSSR in Kolchosen umgewandelt.

Kreml: Festung im Kern mehrerer alter russischer Städte, enthält Kirchen und Regierungsgebäude.

KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion): Fortführung der Partei der Bolschewiki. Vorläufer: Exilgruppe „Befreiung der Arbeit" in Genf 1883. Gründungskongreß der „Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (RSDRP) 1898 in Minsk; Namensänderungen: 1917 RSDRP (B) (Zusatz „B" = Bolschewiki); 1918 Kommunistische Partei Rußlands (B) (KPR [B]); 1925 KPdSU (B); 1952 KPdSU.

Kulaken (eigentl.: kulak = Faust): Schimpfwort für Mittel- oder Großbauern in Rußland. Der „Kampf gegen die Kulaken" richtete sich im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung 1929–1933 gegen die im Rahmen der NEP zu mäßigem Wohlstand gekommenen Bauern, die ihre Betriebe nicht kollektivieren lassen wollten. Ihr Widerstand wurde u. a. durch Massendeportationen gebrochen.

Menschewiki: analog zu → Bolschewiki diejenige Gruppe marxistischer Sozialdemokraten, die bei der Parteispaltung 1903 in einer Abstimmung die Minderheit (von russ. „mensche" = weniger) erhielt. Die M. widersetzten sich dem straffen Zentralismus der Leninschen Kaderpartei; sie vertraten demokratischere Prinzipien. Bedeutende Vertretung in den Dumen und nach der Februarrevolution in der → Provisorischen Regierung und in den Sowjets. Nach dem Sieg der Bolschewiki vom Oktober 1917 ausgeschaltet.

Mir: Dieses Wort ist im Russischen dreideutig: 1. Welt, 2. Friede, 3. (diese Bedeutung wird auch als Fremdwort im Deutschen verwendet) „bäuerliche Dorfgemeinschaft", innerhalb derer das Bauernland immer wieder umverteilt wurde; gleichzeitig Gemeinhaftung für Steuern usw. Von den → Slawophilen und den → Narodniki wurde diese Gemeindeform als Ausdruck urrussischer Lebensweise verherrlicht; der Mir erwies sich jedoch als hinderlich für die Entwicklung moderner Landwirtschaft und wurde – zu spät – von Stolypin (1906–1911) abgeschafft.

Narodniki (von russ.: „narod" = Volk): Unzulänglich übersetzbar mit „Volksfreunde", „Populisten". Seit den sechziger Jahren des 19. Jhs. polit. Richtung in der russischen → Intelligenzija mit dem Ziel, unter Fortentwicklung der bäuerlichen Traditionen in Rußland (Mir) eine neue, nichtkapitalistische Gesellschaft aufzubauen. Mißerfolge führten Teile der N.-Bewegung zum Terrorismus. Fortsetzer der N.: die → Sozialrevolutionäre.

NEP (= Neue ökonomische Politik): 1921 auf dem X. Parteikongreß der KPR (B) verkündetete Wirtschaftspolitik, die beschränkte privatkapitalistische Elemente enthielt, um der katastrophalen Wirtschaftssituation abzuhelfen. Beendet durch die Ära der Fünjahrpläne (1928).

Oktoberrevolution: Sturz der → Provisorischen Regierung und Machtergreifung durch die → Bolschewiki am 25. 10. (7. 11.) 1917. Bildung einer „Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung" (Rat der Volkskommissare) unter W. I. Lenin.

Provisorische Regierung: Zwischen → Februar- und → Oktoberrevolution, von Liberalen und gemäßigten Sozialisten getragen; zunächst unter Fürst Lwow, dann unter Kerenski.

Semstwo (wörtlich = Landschaft): Gewählte Provinzkörperschaften, in den Reformen von 1864 eingesetzt, mit beschränkten Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaft, Erziehung, Gesundheit usw.; Träger der späteren konstitutionellen Bewegung.

Slawophile: Anhänger einer Bewegung im Rußland des 19. Jhs., die die russische Vergangenheit romantisch verherrlichten, die von Peter d. Gr. begonnene Europäisierung kritisch ansah und Rußland auf sein eigentliches, in Orthodoxie, Autokratie und Volksverbundenheit ausgedrücktes Wesen zurückführen wollte. Gegenposition: Westler.

Sowchos (der oder das; auch: die Sowchose): Abkürzung für: sowjetskoje chosjajstwo (Sowjetwirtschaft); Staatsgut, ohne bäuerliches Landeigentum: Landarbeiter werden wie Industriearbeiter entlohnt. Von geringerer Bedeutung als die → Kolchosen.

Sowjets (wörtl. = Räte): Während der Revolution von 1905 zum ersten Mal aufgetretene Streikorgane; nach der → Februarrevolution „Arbeiter- und Soldatenräte", die → Duma und → Provisorischer Regierung die Macht streitig machten. Das Revolutionäre Militärkomitee des Petrograder Sowjets unter Leitung von Trotzki war Träger der Oktoberrevolution. In der UdSSR waren auf örtlicher, regionaler und Staatsebene die Sowjets, die gewählt, in der Kandidatenaufstellung aber von der KPdSU bestimmt werden, Träger der Staatsgewalt.

Sozialrevolutionäre Partei: 1902 aus Anhängern der → Narodniki-Bewegung gegründet; zielte vor allem auf einen Agrarsozialismus ab. Nach der → Oktoberrevolution beteiligten sich zunächst die linken SR an der bolschewistischen Herrschaft, wurden aber bald ausgeschaltet.

Tscheka: Sowjetische Geheimpolizei, wurde 1917 unter dem Namen „Außerordentliche Kommission" (Abkürzung Tscheka nach den Anfangsbuchstaben der russischen Bezeichnung) gegründet und später öfter umbenannt: 1922 Staatliche Politische Verwaltung (GPU); 1923 OGPU; 1934 Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD); 1941 Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB); 1946: Ministerium für Staatssicherheit (MGB); 1954 Komitee für Staatssicherheit (KGB).

Westler: Im 19. und 20. Jh. Bewegung unter den Angehörigen der russischen → Intelligenzija, die, entgegen der Meinung der → Slawophilen, eine Fortsetzung des Europäisierungswerkes Peters d. Gr. anstrebten und Rußlands Chance im Nachvollzug der Entwicklung im europäischen Westen sahen.

Hans Lemberg

Biographisches Namenverzeichnis

BERIJA, Lawrentij Pawlowitsch, 1899–1953, georgischer Bolschewik; Partei- und Staatskarriere unter Stalin; von 1938 an Leiter der NKWD (MWD), die er nach den Säuberungen reorganisierte und zu seinem persönlichen Machtinstrument ausbaute; seit 1946 Politbüromitglied; 1953 gestürzt und erschossen.

BUCHARIN, Nikolai Iwanowitsch, 1888–1938, prominenter Parteipolitiker; Wirtschaftstheoretiker; Mitglied des Politbüros; ab 1926 Vorsitzender der Komintern; 1929 als „Rechtsabweichler" erstmals aus der Partei ausgeschlossen; vorübergehend rehabilitiert; im 3. Moskauer Schauprozeß 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

BUDJONNYJ, Semjon Michailowitsch, 1883–1973, Marschall der Sowjetunion; zeichnete sich in den Revolutionskämpfen und im Krieg mit Polen 1920/21 aus; seit 1938 Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet; im Zweiten Weltkrieg zeitweise Oberbefehlshaber der Südwestfront.

DENIKIN, Anton Iwanowitsch, 1872–1947, General, 1918–20 Oberkommandierender der weißen Freiwilligenarmee Südrußlands; emigrierte.

DSERSCHINSKI (Dzierzyński), Felix Edmundowitsch, 1877–1926, Berufsrevolutionär polnischer Herkunft, Bolschewik; erster Leiter der 1917 gegründeten Tscheka und Organisator des „Roten Terrors".

KAMENEW (eig. Rosenfeld), Lew Borissowitsch, 1883–1936, prominenter Parteipolitiker; 1917 Mitglied des ZK, 1919 Mitglied des Politbüros; gehörte nach Lenins Tod der Führungstroika an; 1927 aus der Partei ausgeschlossen; 1936 im 1. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet.

KERENSKI, Alexander Fjodorowitsch, 1881–1970, Politiker der Partei der Sozialrevolutionäre; Juli–Oktober 1917 Ministerpräsident der Provisorischen Regierung; floh nach der Oktoberrevolution nach Frankreich.

KIROW (eig. Kostrikow), Sergej Mironowitsch, 1886–1934, Parteipolitiker; 1926–34 Leningrader Parteisekretär; ab 1930 Mitglied des Politbüros; enger Mitarbeiter Stalins; seine Ermordung löste die „Große Säuberung" aus.

KOLTSCHAK, Alexander Wassiljewitsch, 1873–1920, Admiral; bildete 1918 in Sibirien eine antibolschewistische Armee und Gegenregierung; militärisch geschlagen und erschossen.

RASPUTIN, Grigorij Jefimowitsch, 1872–1916, Abenteurer, Wanderprediger; seit 1907 am Zarenhof; gewann als angeblicher Heiler des Thronfolgers großen Einfluß auf die Zarenfamilie; von Angehörigen der Hofgesellschaft ermordet.

SCHDANOW, Andrej Alexandrowitsch, 1896–1948, Parteiideologe; seit 1934 Sekretär der Leningrader Parteiorganisation; Mitglied des Politbüros; verantwortlich für die stalinistische Kulturpolitik („Schdanow-Ära") nach dem Zweiten Weltkrieg.

SINOWJEW (eig. Apfelbaum), Grigorij Jewsejewitsch, 1883–1936, prominenter Parteipolitiker; seit 1907 Mitglied des ZK, seit 1921 des Politbüros; seit 1919 Vorsitzender der Komintern; gehörte nach Lenins Tod der Führungstroika an; 1927 wegen Linksabweichung aus der Partei ausgeschlossen; 1936 im 1. Moskauer Schauprozeß verurteilt und hingerichtet.

STOLYPIN, Pjotr Arkadjewitsch, 1862–1911, Politiker; von 1906 an Innenminister und Vorsitzender des Ministerrates; Urheber einer nach ihm benannten Agrarreform, in der die Umsiedlung armer bäuerlicher Bevölkerung nach Sibirien eine große Rolle spielte; beim Attentat eines Sozialrevolutionärs tödlich verletzt.

TROTZKI (eig. Bronstein), Lew Davidowitsch, 1879–1940, prominenter revolutionärer Politiker, schloß sich 1917 Lenin an; führende Rolle in der Oktoberrevolution; leitete als erster Volkskommissar für Äußeres die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk; 1918 Kriegskommissar und Organisator der Roten Armee; nach Lenins Tod in Opposition gegen Stalin; 1927 Parteiausschluß; 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen; 1940 in Mexiko von einem Geheimagenten der NKWD ermordet.

TUCHATSCHEWSKI, Michail Nikolajewitsch, 1893–1937, Marschall der Sowjetunion; Bürgerkriegsheld; 1925 Generalstabschef der Roten Armee; 1931 stellvertretender Kriegskommissar; hingerichtet.

WYSCHINSKI, Andrej Januarjewitsch, 1883–1954, Jurist; seit 1935 Generalstaatsanwalt der UdSSR; Hauptankläger bei den Moskauer Schauprozessen, Theoretiker der Stalinjustiz; 1949–53 Außenminister.

Entnommen aus: Alexander Solschenizyn: Archipel Gulag, Scherz Verlag, Bern 1974, S. 584–602.

Literaturhinweise

1. Allgemeines

Hösch, Edgar/Grabmüller, Hans-Jürgen: *Daten der sowjetischen Geschichte.* Von 1917 bis zur Gegenwart, dtv TB, München 1981.

Ausführliche chronologische Datensammlung mit Erläuterungen.

Schramm, Gottfried (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Rußlands,* Bd. III, 1856–1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat, 1. Halbband, Verlag Anton Hiersemann, Stuttgart 1983.

Wissenschaftliches Handbuch, dessen einzelne Abschnitte mit Zeittafeln, einer Einführung und einer umfassenden Diskussion der neuesten Literatur versehen sind.

Stökl, Günther: *Russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart,* Kröner Verlag, Stuttgart 5. Auflage 1990.

Chronologische Darstellung der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion; das Standardwerk in deutscher Sprache mit umfangreichem Verzeichnis wissenschaftlicher Literatur.

Heller, Michail/Nekrich, Alexander: *Geschichte der Sowjetunion,* 2 Bände, Athenäum, Königstein 1981/82.

Darstellung der Geschichte der Sowjetunion aus der Sicht zweier aus der UdSSR emigrierter Historiker, die vor allem auch durch das verwendete sowjetische Quellenmaterial von Interesse ist.

Rauch, Georg von: *Geschichte der Sowjetunion,* Kröner Verlag, Stuttgart 8. Auflage 1990.

Chronologisch gegliederte Darstellung zur Geschichte der UdSSR mit ausführlicher Zeittafel und Literaturverzeichnis. Standardwerk.

Ruffmann, Karl Heinz: *Fragen an die sowjetische Geschichte.* Von Lenin bis Gorbatschow, dtv-Zeitgeschichte, München 1987.

Anregender Versuch einer Bilanz und kritischen Würdigung der sowjetischen Geschichte von Lenin bis Gorbatschow, wobei der Verfasser unter anderem der Frage nach der Verhandlungsfähigkeit des Systems nachgeht.

Ruffmann, Karl-Heinz: *Sowjetrußland 1917–1977,* Struktur und Entfaltung einer Großmacht, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 10. Auflage 1984.

Nach strukturellen Gesichtspunkten gegliederte Gesamtdarstellung der sowjetischen Geschichte mit Auswahlbibliographie und ausführlicher Zeittafel.

Lorenz, Richard: *Sozialgeschichte der Sowjetunion* I: 1917–1945, Edition Suhrkamp 654, Frankfurt a. M. 1976.

Anregende Darstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der UdSSR zwischen Revolution und dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die der Verfasser insbesondere von der Zielsetzung der Bolschewiki her beleuchtet, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Raupach, Hans: *Wirtschaft und Gesellschaft Sowjetrußlands 1917–1977,* Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1979.

Interpretation der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR aus den spezifischen geographischen und historischen Bedingungen heraus als nachgeholte „industrielle Revolution" in Eurasien.

2. Quellensammlungen

Altrichter, Helmut: *Die Sowjetunion,* Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod,

Band 1: Staat und Partei, dtv dokumente, TB 2948, München 1986.

Altrichter, Helmut/Hausmann, Heiko: *Die Sowjetunion, Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod,* Band 2: Wirtschaft und Ge-

sellschaft, dtv Dokumente, TB 2949, München 1987.

Umfangreiche Quellensammlung, die zahlreiche Aspekte der Entstehung und Geschichte des politischen Systems sowie der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft der Sowjetunion dokumentiert und knapp erläutert.

Hauptmann, Peter/Stricker, Gerd (Hrsg.): *Die Orthodoxe Kirche in Rußland:* Dokumente ihrer Geschichte (860–1980), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1988.

Bedeutende Quellensammlung zur russischen Kirchengeschichte, die auch die Entwicklung in der Sowjetzeit ausführlich dokumentiert.

Hellmann, Manfred: *Die russische Revolution 1917.* Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, dtv dokumente, TB 2903, München 5. Auflage 1984.

Nützliche und vielseitige Sammlung von Quellen, vor allem zum politischen Geschehen der russischen Revolution.

3. Innere Entwicklung

Altrichter, Helmut: *Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917–1922/23,* Reihe Erträge der Forschung, Bd. 148, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1981.

Prägnante Darstellung vor allem der Staats- und Wirtschaftsverfassung, des Verwaltungsapparates, der Justiz und der Armee zwischen Oktoberrevolution und Gründung der UdSSR.

Bonwetsch, Bernd: *Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz,* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991.

Wissenschaftliche Einführung in wesentliche sozialgeschichtliche Voraussetzungen und Bedingungen der russischen Revolution, begrenzt auf die Bauern- und Arbeiterfrage.

Bullock, Alan: *Hitler und Stalin. Parallele Leben,* Siedler Verlag, Berlin 1991.

Der Autor stellt auf beeindruckende Weise Hitler und Stalin gegenüber, analysiert, vergleicht und zieht Parallelen zwischen der deutschen und russischen Geschichte.

Conquest, Robert: *Stalin.* Der totale Wille zur Macht, List Verlag, München 1991.

Der Autor schildert den Werdegang Stalins, die Machtergreifung und sein Terrorregime unter Verwendung neuester sowjetischer Quellen.

ders.: *Ernte des Todes.* Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933. Verlag Langen Müller, München 1988.

Darstellung der „Entkulakisierung" und Kollektivierung der Landwirtschaft mit ihren verheerenden Folgen, wobei die Hungersnot in der Ukraine als bewußter Schlag Stalins gegen die Bauernschaft und den ukrainischen Nationalismus gedeutet wird.

ders.: *Am Anfang starb Genosse Kirow.* Säuberungen unter Stalin. Droste Verlag, Düsseldorf 1970.

Ausführliche, überwiegend auf zeitgenössischen Meldungen, Prozeßberichten und Erinnerungen Betroffener fußende Darstellung der „Säuberungen" im Zeitraum von 1934 bis 1938.

Geyer, Dietrich: *Die russische Revolution.* Historische Probleme und Perspektiven, Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1433, Göttingen 1985.

Systematische und problemorientierte Analyse der russischen Revolution, ihrer Vorgeschichte und Wirkungen.

Hildermeier, Manfred: *Die russische Revolution 1905–1921,* Edition Suhrkamp 1534, Frankfurt a. M. 1989.

Ausgewogene Überblickdarstellung und Einführung in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der russischen Revolution.

Laqueur, Walter: *Stalin.* Abrechnung im Zeichen von Glasnost, Kindler Verlag, München 1990.

Keine Biographie im eigentlichen Sinne, sondern eine Erörterung neuer Bewertungen der Stalinzeit in der Sowjetunion nach Gorbatschows Amtsantritt.

4. Außenpolitik

Geyer, Dietrich (Hrsg.): *Osteuropa-Handbuch:* Sowjetunion. Außenpolitik, Bd. 1, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1972.

Wissenschaftliches Standardwerk zur Außenpolitik bis 1955 mit umfangreicher Einführung des Herausgebers in die Besonderheiten der sowjetischen Politik. Im Anmerkungsapparat der einzelnen Kapitel finden sich zahlreiche Quellen- und Literaturhinweise.

Fischer, Alexander: *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945,* Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart 1975.

Detaillierte Analyse der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland vom deutschen Angriff auf die UdSSR bis zum Beginn der sog. „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" in der späteren sowjetischen Besatzungszone.

Unterrichtsmaterialien

„Geschichte lernen", März 1991: *Rußland/Sowjetunion;* Friedrich Verlag, Velber.

Themenheft mit Unterrichtsmodellen für Sek. I und II einschließlich der dazugehörigen Materialien.

Größl, Wolf-Rüdiger/Herrmann, Harald: *Stundenblätter Rußland und die Sowjetunion 1905 bis 1990.* Zwischen Revolution und Reform, Klett Verlag, Stuttgart.

Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe II mit Unterrichtsmaterialien, Kopiervorlagen, Tafelbildern, didaktischer Konzeption und Literaturhinweisen.

Hecker, Hans: *Staat zwischen Revolution und Reform.* Die innere Entwicklung der Sowjetunion 1922 bis 1990, Klett Verlag, Stuttgart.

Materialien für die Sekundarstufe II.

Linke, Horst G.: *Die russischen Revolutionen 1905/1917.* Zusammenbruch der zaristischen Herrschaft und Machtergreifung der Bolschewiki, Klett Verlag, Stuttgart 1986.

Quellensammlung, die die langfristigen strukturellen Voraussetzungen der russischen Revolution berücksichtigt und neben den politischen auch wirtschaftliche, soziale und verfassungsgeschichtliche Aspekte einbezieht.

„Praxis Geschichte", März 1992: *Vom zaristischen Rußland zur Perestrojka,* Westermann Verlag, Braunschweig.

Themenheft mit Unterrichtseinheiten für Sek. I und II, vielfältigen Materialien und einer Folie.

Ripper, Werner (Hrsg.): *Russische Revolution und Sowjetsystem,* Diesterweg Verlag, Frankfurt/M.

Sammlung von Textquellen und anderen Materialien für die Sekundarstufe II mit Zeittafel und kommentierendem Register historischer Namen und Begriffe.

Filme

Zusammenstellung der Titel nach den Katalogen des „Instituts für Film und Bild" der Landesbildstellen, Landesfilmdienste und Landeszentralen für politische Bildung. Sie stellt keine Empfehlung dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht alle Verleihstellen verfügen über sämtliche aufgeführten Materialien.
• Anfragen und Anforderungen sind an die jeweilige Stadt- oder Kreisbildstelle oder an andere Verleihstellen in dem jeweiligen Bundesland zu richten, nicht jedoch an die Bundeszentrale für politische Bildung. •

Geschichte Rußlands von 1650 bis 1917 (16-mm-Film, 19 Min., 1964, FWU 32 00701)

Historischer Überblick von der Öffnung Rußlands nach Westen durch Peter d. Großen bis zur Revolution von 1917, dargestellt in Originalaufnahmen und Karten- und Zeichentricksequenzen.

Zur Geschichte der UdSSR I: Der Untergang des Zarenreiches 1900–1917 (16-mm-Film, 21 Min., 1969, FWU 32 02080)

Politische Geschichte des Zarenreiches, der Februarrevolution und der Oktoberrevolution anhand von Dokumentaraufnahmen.

Zur Geschichte der UdSSR II: Rußland unter Lenin und Trotzki 1917–1924 (16-mm-Film, 22 Min., 1969, FWU 32 02081)

Machtübernahme durch die Bolschewiki, Bürgerkrieg und Konsolidierung der bolschewistischen Herrschaft.

Zur Geschichte der UdSSR 1924–1941 (16-mm-Film, 23 Min., 1976, FWU 32 02784)

Vom Tod Lenins bis zum Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges: Personenkult um Stalin, Schauprozesse, Kollektivierung, Außenpolitik – vor allem Beziehungen mit Deutschland.

Oktober (16-mm-Film, 109 Min., UdSSR 1927/28)

Spiel- und Dokumentarfilm von Sergej Eisenstein. Zeichnet den chronologischen Ablauf des Revolutionsjahres 1917 nach.

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Hannegret Homberg, Horst Pötzsch (verantwortlich), Carola Schüller.

Manuskripte und Mitarbeit: Prof. Dr. Alexander Fischer, Bonn; Wolf-Rüdiger Größl, Filderstadt; Hannegret Homberg, Bonn; Prof Dr. Hans Lemberg, Marburg; Dr. Mechthild Lindemann, Bonn; Dr. Nikolaus Katzer, Bonn; Horst Pötzsch, Bonn; Regina Pohl, Bonn; Dr. Werner Ripper, Darmstadt; Carola Schüller, Bonn.

Titelbild: Turnley Black Star.

Fotos: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (S.4, 8 oben, 20); Das Rußland der Zaren, Nishen Verlag (S. 5 oben); David King Collection (S. 27); dpa (S. 7 oben, 11 unten, 43); Fotos, die lügen, Athenäum Verlag (S. 41); Archiv Gerstenberg (S. 3, 22); Historia Photo (S. 7 unten, 14, 17, 31 oben); N. Kuchinke, Unkel (S. 2); Literaturnaja Gazeta, Moskau Nr. 32, 1990 (S.1); Musée de l'Elysée, Lausanne (S. 5 unten); Privat (S. 19 oben, 39); Swan Verlag (S. 18, 19 unten); Süddeutscher Verlag (S.10, 11 oben, 15, 23, 25, 28, 29, 30, 31, 34, 36, 40, 44); Ullstein (S. 8 unten, 9, 13, 21); Archiv Westermann (S. 7 Mitte);

Kartographie: Joachim Zwick, Gießen (S. 12).

Gesamtherstellung und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH, Karlstraße 35, 8000 München 2.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.
ISSN 0046-9408. Auflage: 1,3 Millionen.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: Mai 1992.

Anforderungen (nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr zur Verfügung.

B 6897 F – Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Informationen zur politischen Bildung
Franzis-Druck GmbH, Vertrieb,
Postfach 37 01 40, 8000 München 37